

# VERANTWORTUNG

Zeitschrift des  
Dietrich-Bonhoeffer-Vereins  
13. Jahrgang / Nr. 24  
Dezember 1999  
ISSN 0936-7454



"Erinnerung  
wird zur Kraft  
der Gegenwart"

mit Beiträgen  
von  
Hans Mommsen  
Andreas Pangritz  
Helmuth Kiesel  
u.a.

# 24

**Personalia**

Eberhardt Bethge zum 90. Geburtstag ..... 719

**Gastbeitrag**

Hans Mommsen  
über die Erinnerung an den Holocaust  
und das nationale Selbstverständnis  
der Deutschen ..... 722

**Tagung „Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart“**

Andreas Pangritz  
über Dietrich Bonhoeffer ..... 732

Helmuth Kiesel  
über Eigenart und Bedeutung  
der dichterischen Rede über die  
Schatten der NS-Vergangenheit ..... 740

Karl Martin:  
Predigt ..... 750

**dbv intern**

Nachrichten und Termine ..... 753

**Resolutionen**

Kosovo-Konflikt ..... 756

Zviler Friedendienst ..... 763

Kirchensteuer ..... 764

**Kirche und Geld**

HR-Gespräch zur Kultursteuer ..... 765

**Buchbesprechung**

Heinrich Grosse über  
R.-U. Kunzes Heckel-Biographie ..... 767

Impressum ..... 770

Mit der Zeitschrift "Verantwortung" Heft 24 werden Ihnen die Referate, Resolutionen und Unterlagen der Akademietagung des dbv vom 7.-9. Mai 1999 in Berlin zugänglich gemacht. Wir haben bewusst gewartet, bis alle Texte komplett vorlagen, damit Sie in einer einzigen Ausgabe veröffentlicht werden können. Ergänzend haben wir einen Gastbeitrag von Prof. Dr. Hans Mommsen an den Anfang gestellt. Hans Mommsen hat an der Berliner Tagung teilgenommen und die in dem Gastbeitrag ausgeführten Positionen persönlich in die Diskussionen eingebracht.

Es gehört zu den Aufgaben der "Verantwortung", über die Tagungen und Veranstaltungen des dbv zu berichten. Im Augenblick haben wir noch einen Stau abzarbeiten. Die Beiträge der beiden Oktober-Tagungen (Herbstseminar vom 8.-10. Oktober 1999 über das "Erlaßjahr 2000" und Bonhoeffer-Seminar vom 29.-31. Oktober 1999 "Zum Verhältnis von Theologie und Ökonomie") werden den Schwerpunkt der nächsten Ausgabe(n) bilden. Die Redaktion bemüht sich, möglichst bald auf dem Laufenden zu sein, so dass nach einer Tagung die nächstfolgende "Verantwortung" den kompletten Tagungsbericht enthält.

In die vorliegende "Verantwortung" haben wir das erste Mal die Rubrik "dbv intern und Termine" aufgenommen. Damit wollen wir Sie über das Vereinsleben informieren. Die Terminankündigungen und den Brief der "Arbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V." empfehlen wir der besonderen Aufmerksamkeit. Die jüngsten Resolutionen des dbv finden Sie im Anschluß daran.

Das zu Ende gehende Jahrhundert war angefüllt mit ungeahnten Schrecken. Das Thema der Berliner Tagung "Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart" wird uns weiter begleiten. Der Unruhe des bevorstehenden Jahrtausendwechsels stellen wir die Ruhe von Bonhoeffers Gedicht zum Jahreswechsel 1944/45 entgegen:

*"Von guten Mächten treu und still umgeben,  
behütet und getröstet wunderbar,  
so will ich diese Tage mit euch leben  
und mit euch gehen in ein neues Jahr."*

Dieses Vertrauen in die Wegbegleitung unseres Gottes wünscht allen Leserinnen und Lesern, auch im Namen der Redaktion,

*Ihr Karl Martin*

Das Titelbild zeigt einen Ausschnitt aus dem  
Linarschnitt „Jesus in der Synagoge von Nazareth“,  
1984 (48x70) von Willy Beppler

## Alles ist Politik - aber Politik ist nicht alles!

### Eberhard Bethge zum 90. Geburtstag

von Paul Gerhard Schoenborn

**A**m 28. August 1999 wird Eberhard Bethge 90 Jahre alt. Seit Anfang der dreißiger Jahre gehört er der Evangelischen Akademikerschaft und deren Vorgängerinnen an. Er hat ihre Arbeit, besonders auf Landesverbandsebene, stets anregend kritisch begleitet. Der Gesamtverband schließt sich der Gratulation aus dem Rheinland mit allen guten Wünschen an.

Dietrich Bonhoeffer wurde in Flossenbürg ermordet, Bethge überlebte den SS-Kerker in der Lehrter Straße in Berlin. 1953 wurde er Pfarrer der beiden Londoner Gemeinden, ebendort, wo schon Dietrich Bonhoeffer 1933/34 amtiert hatte. Nach Lehr- und Forschungstätigkeit in den USA leitete er von Februar 1962 bis zu seiner Pensionierung im März 1976 das Pastorkolleg der EKIR in Rengsdorf. Seither lebt er mit seiner Frau in Villiprott bei Bonn.

Eberhard Bethge wurde von der rheinischen Landessynode zum nebenamtlichen Mitglied der Kirchenleitung und dann auch zum Vorsitzenden des Theologischen Ausschusses gewählt. Er war im Ausbildungsausschuss tätig. Später wurde er Mitglied im Ausschuss "Christen - Juden" und bestimmte dessen Arbeitsgang und -ergebnisse maßgebend mit.

Mit welcher Weisheit, Modernität und Spiritualität er die Arbeit der Pfarrerfortbildung in Rengsdorf betrieb, das bezeugen dankbar bis heute Hunderte von rheinischen Pfarrerinnen und Pfarrern. Bethge hörte intensiv darauf, was für sie die "generativen Themen" (Paulo Freire) waren. Er zog sie zur Vorbereitung der Kollegs mit heran. Er bereitete brüderlich mit ihnen die nächste Sonntagspredigt vor und lernte mit ihnen solche neuartigen Sachen wie Gruppendynamik und Themenzentrierte Interaktion. Nicht wenige baute er mit seelsorgerlicher Einfühlsamkeit auf. Unvergessen die offenen Abende bei den Bethges mit dem schwarzen Humor Georg Kreisslers aus Wien von der Schallplatte. Doppelt unvergessen auch, da Bethge oft gegen die Bedenken des Landeskirchenamtes Pastorkollegs über Politisches Nachtgebet und Politische Theologie, über das Antirassismusprogramm und die Anti-Apartheidsbewegung, über die Verbindung von politischer Aktion und christlicher Existenz in den rheinischen ESGen und manch anderes Emanzipatorisches und Linkslastiges durchführte. Er stand dafür gerade und hielt über die linken Schwestern und Brüder seine

schützende Hand. Ihnen selbst gegenüber übte er freundlich-entschieden die Kritik, die sie brauchten: "Alles ist Politik - aber Politik ist nicht alles!" und: "Wo in euren politischen Gemeinden und ihren Gottesdiensten behält das Lob Gottes seinen Platz? Denn ohne Gotteslob kein Gottesdienst im Alltag der Welt und kein mündiges Christsein!"

Im Jahre 1971 kandidierte er auf Bitten vieler Freunde für das Präsesamt der Evangelischen Kirche im Rheinland, unterlag aber schließlich. Manche vermuten, es habe ihm geschadet, dass er - z.B. in seinem Aufsatz "Umstrittenes Erbe - Zum Selbstverständnis der Bekennenden Kirche und seinen Auswirkungen heute" - es unternommen hatte, den Kirchenkampf zu 'entmythologisieren'. Im nachhinein kann man Gott nur danken, dass Bethge den Systemzwängen und Strapazen des kirchenleitenden Amtes nicht ausgesetzt wurde, sondern frei blieb, das zu tun, was ihm wichtig war. Gerade dadurch konnte er vor und nach seiner Pensionierung so viel bewirken - in der EKIR und in der Ökumene.

Eberhard Bethge wird vor allem - und mit Recht - wegen der immensen, weitgespannten und akribischen Arbeit gerühmt, in der er Bonhoeffers Werk den Kirchen der Welt zugänglich gemacht hat. Aber seine theologische Lebensleistung besteht nicht nur in der Sicherung und Herausgabe der Schriften Dietrich Bonhoeffers und in der uneigennützigsten und großzügigsten Anregung und Begleitung unzähliger Forschungsprojekte zu Bonhoeffer in der ganzen Ökumene. Eberhard Bethge hat in Jahrzehnten eine immer stärker differenzierende und vertiefende Interpretation von Werk, Leben und Martyrium des Freundes vorgelegt. Bethges Bonhoeffer-Interpretation lehrt, Bonhoeffers Intentionen erkennen und verstehen. Darin bleibt sie wegweisend und gültig. Aber zugleich ist sie in hohem Grade auch eigenständige "Bethgesche" Theologie und Selbstaussage.

Im Geiste Bonhoeffers, zunehmend ohne Bezug auf ihn, eben als Eberhard Bethge, hat er seit den sechziger Jahren als Rheinländer viele brisante Themen theologisch bearbeitet, die im deutschen Protestantismus, der Ökumene und auch in der Gesellschaft der Bundesrepublik virulent waren: Widerspruch gegen Apartheid und Rassismus, Christusbekenntnis als Imperialismus oder Befreiung, Legitimität von

Widerstandsrecht und -pflicht contra Legalität, Martyrium als ökumenisches Phänomen. Auch wurde er zu einem anerkannten und beachteten Kirchenkampf-Forscher.

Vor allem ein Themenkreis wurde ihm existentiell wichtig: Wie konnte es zum Holocaust kommen? Weshalb hat der deutsche Protestantismus versagt? Warum fehlt der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 eine siebte These "Die Judenfrage und die Kirche"? Haben wir wirklich Buße getan für Auschwitz? Wie bekennen wir Christus nach Auschwitz? Der rheinische Synodalbeschluss zum "Verhältnis von Christen und Juden" aus dem Jahre 1980 und der daraus folgende Beschluss zur Änderung des Grundartikels der Kirchenordnung der EKIR (mit dem Bekenntnis zur bleibenden Treue Gottes zu Israel) im Jahre 1996 sind auch eine Frucht von Eberhard Bethges unermüdlicher und überzeugender Arbeit an dieser Thematik.

Am 28. August 1999 wird Eberhard Bethge 90 Jahre alt. Mehr als 65 Jahre lang ist der Jubilar Mitglied der Evangelischen Akademikerschaft im Rheinland und deren Vorgängerinnen. Wir gratulieren von ganzem Herzen!

*Entnommen aus: evangelische aspekte 3/99 Seite 50/51*

## **Leonore Siegele Wenschkewitz**

FRANKFURT A.M./SCHMITTEN. Die Direktorin der Ev. Akademie Arnoldshain und renommierte Theologin Leonore Siegele-Wenschkewitz ist am Freitag in Frankfurt im Alter von 55 Jahren gestorben. Kirchenpräsident Peter Steinacker würdigte die Verstorbene als „außergewöhnliche Frau, die als kritische Wissenschaftlerin und engagierte Theologin Herausragendes für das Gespräch zwischen Kirche und Gesellschaft geleistet“ habe. Der viel zu frühe Tod von Siegele-Wenschkewitz hinterlasse, so Steinacker, nicht nur menschlich, sondern auch angesichts der Aufgaben, denen sie sich mit Leidenschaft gewidmet habe, eine tiefe Lücke. „Ihr Engagement für die Sache der Kirche, ihr profundes Wissen, ihre Klugheit und ihre Menschlichkeit werden unserer Kirche gerade in diesen schwierigen Zeiten schmerzlich fehlen“, sagte der Kirchenpräsident.

Die aus Pommern stammende Leonore Siegele-Wenschkewitz studierte Theologie und Musikwissenschaften. Sie war nicht nur Studienleiterin in Arnoldshain und Pfarrerin, sondern auch Professorin für Historische Theologie an der Frankfurter Universität. Seit 1996 leitete sie die Ev. Akademie Arnoldshain, die mit ihren Symposien zu kirchlichen und gesellschaftspolitischen Streitfragen weit über Hessen hinaus bekannt geworden ist. Noch im September war Siegele-Wenschkewitz für ihre Arbeit im Rahmen der feministischen Theologie und des jüdisch-christlichen Dialogs mit dem Göttinger Edith-Stein-Preis ausgezeichnet worden, der alle zwei Jahre Menschen ehrt, die in besonderer Weise Grenzen überschreiten. (Ihe)

*Frankfurter Rundschau vom 18.12.1999*

## **Wir stellen vor:**

### **Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft**

#### **1. Entstehung**

Der Rat der EKD beschloß im Jahre 1949, eine Verbindungsstelle zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und den Verfassungsorganen des Bundes einzurichten. Der Name der Dienststelle ist ziemlich lang geraten: „Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft“. Seit dem 1. Oktober 1999 ist Prälat Dr. Stephan Reimers Leiter der Dienststelle. Zuvor hatten dieses Amt die Bischöfe Dr. Hermann Kunst (1950-1977), Heinz-Georg Binder (1977-1992) und Dr. Hartmut Löwe (1993-1999) inne. Entsprechend der Bundesebene unterhalten die Landeskirchen in den Landeshauptstädten der Bundesländer Beauftragte am Schnittpunkt von Politik und Kirche.

#### **2. Auftrag**

Der Bevollmächtigte hat einen diplomatischen Auftrag und ein pastorales Mandat. Zum einen ist ihm die „ständige Fühlungnahme mit den leitenden Stellen der Bundesregierung, dem Bundestag und den evangelischen Abgeordneten“ aufgegeben. Zudem steht er als Seelsorger den evangelischen Mitgliedern der Bundesorgane und Bundesdienststellen zur Verfügung. In seiner Arbeit ist er ausschließlich an Weisungen des Rates der EKD gebunden.

Im Rahmen der ständigen Kontakte zu den leitenden politischen Stellen der Bundesrepublik sollen nicht nur Positionen der EKD zu allen für unser Gemeinwesen bedeutsamen Fragen vermittelt werden. Es gilt zugleich, den Rat der EKD kontinuierlich über die politische Lage zu informieren.

#### **3. Arbeitsweise**

Der Bevollmächtigte nimmt seine Aufgaben in einem Geflecht dienstlicher, gesellschaftlicher und persönlicher Verbindungen wahr. Die politischen Instanzen (u.a. Bundespräsident, Parlament, Bundeskanzler, Bundeskabinett und Bundesministerien) werden regelmäßig über christliche Einsichten und politische Vorstellungen sowie Beschlüsse des Rates der EKD oder Entschliebungen und Kundgebungen der EKD-Synode unterrichtet. Der Informationsfluß ver-

läuft jedoch auch in umgekehrter Richtung: In jeder Sitzung des Rates und der Kirchenkonferenz gibt der Bevollmächtigte einen Bericht zur politischen Lage. Ebenso wird das Kirchenamt der EKD über politische Vorgänge von Relevanz für die Kirche in Kenntnis gesetzt. In diesem Zusammenhang gehört die kontinuierliche Beobachtung der Gesetzgeberarbeit des Bundes im Blick auf die Rolle der Kirche als Mitgestalterin gesellschaftlichen Zusammenlebens mit der Absicht, einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

Angesichts umfassender internationaler und ökumenischer Beziehungen unterhält der Bevollmächtigte auch Kontakte zum Auswärtigen Amt sowie zu zahlreichen diplomatischen Vertretungen in Berlin und Bonn.

Nicht nur aus ökumenischen Gründen, sondern wegen der zu bewältigenden Aufgaben ist die Zusammenarbeit mit dem Katholischen Büro in Berlin (wie früher schon in Bonn) geboten. Der gemeinsamen Verantwortung der Kirchen für Politik und Gesellschaft entsprechen die gewachsenen engen Kontakte zwischen den beiden Dienststellen.

## 4. Europa

Vor dem Hintergrund der europäischen Integration und der zunehmenden Bedeutung der EG-Rechtssetzung wurde im September 1990 in Brüssel eine Außenstelle des Bevollmächtigten eingerichtet. Sie unterrichtet kirchliche Gremien über die für die Kirche bedeutsamen Entwicklungen und Vorhaben der Europäischen Union und bringt Anliegen und Stellungnahme der EKD in den Dialog mit den Organen der EU ein. Die Kirchen erinnern an das kulturelle Erbe und die christlichen Wurzeln Europas, die bei der Verfolgung politischer und wirtschaftlicher Ziele der EU nicht vergessen werden dürfen. Die Vielfalt der staatskirchlichen Traditionen und Identitäten der einzelnen Mitgliedstaaten muss bewahrt bleiben. In der Erklärung zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften in der Schlussakte des Vertrages von Amsterdam (1997) heißt es: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen und beeinträchtigt ihn nicht.“ Die Brüsseler Dienststelle arbeitet im Rahmen ihrer ökumenischen Kontakte eng mit der Kommission für Kirche und Gesellschaft Europäischer Kirchen (KEK) zusammen.

## Die Dienststellen des Bevollmächtigten des Rates der EKD

### Prälat Dr. Stephan Reimers

Bevollmächtigter des Rates, Vorsitzender der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE)

### Oberkirchenrat Dr. Joachim Gaertner

Stellvertreter des Bevollmächtigten; zuständig für juristische Fragen: Staatskirchenrecht, Europa-, Sozial- und Steuerrecht, soziale und wirtschaftliche Fragen

### Oberkirchenrat Wilhelm Schlemmer

Zuständig für theologische und (sozial)ethische Fragen, öffentliche Verantwortung der Kirche, außen- und medienpolitische Themen, Denkmalschutz

### Oberkirchenrätin Heldrun Tempel

Leiterin der Außenstelle des Bevollmächtigten in Brüssel; Verbindung zu den Organen der Europäischen Union sowie zur Kommission für Kirche und Gesellschaft der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)

### Oberkirchenrat Detlef Rückert

Datenschutzbeauftragter der EKD, zuständig für juristische Fragen: Liegenschaftsrecht, Meldewesen, Stiftungsrecht, Bildungspolitik

### Kirchenrätin Dr. Ricarda Dill

Zuständig für juristische Fragen: Aussiedler-, Ausländer- und Asylrecht, Jugendpolitik, Gesundheits-, Umwelt- und Entwicklungspolitik, Ehrenamt, Datenschutz

### Dipl.-Theologin Anne Gidion

#### Persönliche Referentin des Bevollmächtigten

### Kirchenamtsrat Detlef Schumacher

Verwaltungsleiter der Dienststelle des Bevollmächtigten

Anschrift:

Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft

Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin,

Postfach 080117, 10001 Berlin,

Tel. (030) 20355-0, Fax: (030) 20355-100, E-Mail: [ekd.berlin@t-online.de](mailto:ekd.berlin@t-online.de)

# Die Erinnerung an den Holocaust und das nationale Selbstverständnis der Deutschen

## Versuch einer historischen Ortsbestimmung von Hans Mommsen

*Diesen Vortrag hielt Hans Mommsen am 3. Februar 1999 in der Technischen Universität Berlin auf Einladung der "Topographie des Terrors". Der Verfasser hat "Verantwortung" den Text zum Abdruck überlassen.*

Die publizistischen Auseinandersetzungen, die an die Rede Martin Walsers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels in Frankfurt am 11. Oktober 1998 anknüpfen, werfen die grundsätzliche Frage auf, welchen Stellenwert die Erinnerung an den Holocaust im Bewusstsein der Deutschen einnimmt. Ist das Erinnern an die Shoa und die Verbrechen, die in diesem Begriff zusammengefasst sind, eine unerträgliche Bürde, die zur Verdrängung herausfordert, oder ist sie Bezugspunkt eines sich neu ausbildenden Bewusstseins in Deutschland, welches das nationalsozialistische Erbe als politische und moralische Herausforderung annimmt?

Um sich einer Beantwortung dieser Frage zu nähern, ist es sinnvoll, den Weg nachzuzeichnen, den die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im letzten halben Jahrhundert beschritten hat. Unter dem Schlagwort der "Bewältigung der jüngsten Vergangenheit" wurde dies häufig als einmalig zu vollziehender Akt missverstanden, nach dessen Absolvierung die Deutschen wieder in die Lage versetzt seien, sich "wieder nationalen Aufgaben zuzuwenden", wie Martin Walser 1978 im Hinblick auf Auschwitz formulierte.

Die Beschäftigung der deutschen Öffentlichkeit mit der Geschichte des Nationalsozialismus läßt im zeitlichen Verlauf signifikante Akzentverschiebungen erkennen. Sie stehen im Zusammenhang mit einer fortschreitenden Ausräumung von bis dahin zäh beibehaltenen historisch-politischen Tabus, welche die Schnittstellen der nationalsozialistischen Politik im engeren Sinne und der tradierten gesellschaftlichen Struktur berühren und das Problem der Kontinuität tangieren. Das herausragende Beispiel ist sicherlich der Versuch, die Mitverantwortung der rechtsbürgerlichen Eliten für die nationalsozialistische Machteroberung herunterzuspielen. Dafür boten die Theorie des Totalitarismus und das bereits zeitgenössisch verbreitete Hitler-zentristische Erklärungsmodell wichtige Anknüpfungspunkte. Die frühen Bestrebungen, das

NS-Regime als terroristische Herrschaft einer Minderheit über das durch eine machiavellistische Propaganda verführte Volk hinzustellen, korrespondierten mit der Tendenz, die Mitverantwortung der konservativen Führungsgruppen an der Etablierung der NS – Diktatur herunterzuspielen und sie ebenfalls als Opfer des hitlerschen Machiavellismus erscheinen zu lassen. Analog dazu konnte der deutsche Widerstand als repräsentativ für das "andere Deutschland" hingestellt werden. Dieses apologetische Selbstverständnis, das Hermann Lübbe als psychologische Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau eines demokratischen Systems in einer Mitläufergesellschaft betrachtete, fand in der Formulierung Friedrich Meineckes von Deutschland als "dem ersten vom Nationalsozialismus besetzten Land" beredten Ausdruck.

Die Tabuisierung bestimmter Problemkomplexe und Sachverhalte hing zum Teil mit der Formierung der Bundesrepublik und der Errichtung des demokratisch-parlamentarischen Systems unmittelbar zusammen. Das am meisten ins Auge stechende Beispiel ist der Versuch, die Deutsche Wehrmacht von der Mitwirkung an der verbrecherischen Politik des Regimes zu entlasten und sie als bloßen Befehlsvollstrecker erscheinen zu lassen. Bei der Gründung der Bundeswehr ging Konrad Adenauer bewusst diese Lebenslüge ein und er zögerte auch nicht, sich in diesem Zusammenhang der wahlpolitischen Unterstützung der Soldatenverbände zu versichern und sich dabei der semioffiziellen "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" zu bedienen.

Obwohl die historische Forschung seit Langem die Mitverantwortung der Wehrmacht an der Vernichtungspolitik in der Sowjetunion, an der Implementierung des Holocaust und der völkischen Flurbereinigung Heinrich Himmlers herausgestellt hat, erregt die Ausstellung des Hamburger Instituts zur Sozialgeschichte über die Verbrechen der Wehrmacht noch immer heftige Opposition in Kreisen der politischen Rechten. Die Gründe für die Proteste liegen in erster Linie in fortwirkenden nationalen Ressentiments.

Seit der Gründungsphase des Bundes hat sich das Bild der NS-Zeit grundlegend verwandelt. Eine Fülle von zunächst sorgsam gehüteten Tabus sind inzwischen beiseitegeräumt. Dies betrifft beispielsweise die Arierisierung jüdischen Vermögens und die

Beteiligung der Industrie, das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand, die Lage der Zwangsarbeiter in der deutschen Industrie, schließlich die aktive Mitwirkung der deutschen Unternehmen im System der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft bis hin zu erst jüngst wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückten Komplizenschaft der Großbanken und Versicherungen. In jüngster Zeit ist auch die Beteiligung der akademischen Intelligenz am "Generalplan Ost" und der intellektuellen Vorbereitung des Holocaust in den Vordergrund des Interesses der Forschung getreten, nachdem sie sich vor allem mit der Rolle der Ärzte und des Gesundheitswesens im Zusammenhang mit der Euthanasie und den Menschenversuchen in den KZ befasst hatte. Es tritt immer deutlicher hervor, dass die deutschen Eliten ungleich stärker der verbrecherischen Politik des Regimes den Boden bereitet oder an ihr direkt und indirekt teilgenommen haben, als bisher angenommen wurde.

In den 50er und 60er Jahren stand begreiflicher Weise die Frage nach den Ursachen der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Etablierung des totalen Führerstaates im Vordergrund des zeitgeschichtlichen Interesses. Erst in einem zweiten Schritt begann sich die Forschung intensiv mit der Entwicklung des NS-Systems im zweiten Weltkrieg zu beschäftigen. Sie nahm dabei auch die deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich, den Benelux-Staaten, schließlich im skandinavischen Raum in den Blick. Später wandte sich die Forschung der deutschen Herrschaft im Generalgouvernement und den besetzten Gebieten der Sowjetunion zu und beschrieb die Auswirkungen des von Hitler im Mai 1941 verkündeten Programm des "Rassenvernichtungskrieges". Die Öffnung der russischen Archive hat diese Untersuchungen wesentlich erleichtert.

In dem Wandel der Forschungsgegenstände verberg sich ein grundlegender Paradigmenwechsel, dessen wichtigste Folge darin bestand, dass das Geschehen des Holocaust in das Zentrum der Betrachtung rückte. Ursprünglich stand die Shoah nur am Rande des aus den Prämissen der Theorie der totalitären Diktatur abgeleiteten Geschichtsbildes, zumal sich der Genozid außerhalb des Altreichs und in Abschirmung vor der deutschen Öffentlichkeit vollzog. Anfänglich fand das Gedenken an den Novemberpogrom von 1938 im öffentlichen Bewusstsein weit größere Resonanz, als das Geschehen in den Konzentrations- und schließlich den Vernichtungslagern, zumal persönliche Betroffenheit noch anschaulich war. Das spiegelte sich auch darin, dass zahlreiche Gerichtsverfahren gegen diejenigen eingeleitet wurden, die an den Gewalttaten der "Reichskristallnacht" beteiligt gewe-

sen waren. Die Geschehnisse des Holocaust traten erst mit dem Eichmann-Prozess und dem Ulmer Einsatzgruppenprozess in das öffentliche Bewusstsein.

Es dauerte jedoch noch beinahe zwei Jahrzehnte, bis sich die historische Forschung in Deutschland unmittelbar der Geschichte des Holocaust zuwandte, deren Bearbeitung sie bis dahin überwiegend ausländischen Historikern, in der Regel jüdischen Wissenschaftlern, überlassen hatte. Dabei konnte sie teilweise auf Materialien zurückgreifen, die im Zusammenhang mit der spät einsetzenden Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechern von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in der Ludwigsburg zusammengetragen oder den Anklagebehörden erhoben worden waren, und die auch Christopher Brownings bahnbrechender Studie über das Hamburger Polizeibataillon 101 zugrunde lagen.

Im Zusammenhang mit der Intensivierung der Holocaustforschung rückten die Psychologie der Täter, der Zusammenhang von Judenvernichtung und völkischer Flurbereinigung und die Methoden des Rassenvernichtungskrieges in der Sowjetunion in den

*"Ursprünglich stand die Shoah nur am Rande des aus den Prämissen der Theorie der totalitären Diktatur abgeleiteten Geschichtsbildes."*

Vordergrund des Interesses; damit auch die deutsche Besatzungspolitik im Ostraum, die durch die Öffnung der russischen Archive erleichtert wurde, ohne ausschließlich von ihr bedingt zu sein. Teilweise sind die einschlägigen Arbeiten – so von Götz Aly, Jörg Sandkühler, Dieter Pohl, Hans Safrian, Christian Gerlach und anderen – hierzu bereits im Druck erschienen, teilweise stehen sie unmittelbar vor ihrem Abschluss. Hierher gehören auch eingehende Studien zur Ostpolitik und zur Ausbeutung der besetzten Gebiete, welche die Vielzahl der beteiligten Ressorts, Dienststellen und Verbände, einschließlich der Industrie beleuchten.

Die heute weit umfassendere Kenntnis des nationalsozialistischen Vernichtungsapparats und dessen Wirkungsweise hat schrittweise das NS-Regime aufgefächert und die anfängliche Überbewertung der Rolle von SS und NSDAP samt der angegliederten Organisationen im Verhältnis zur Wehrmacht, zu den klassischen Ressorts und zum Auswärtigen Amt zurückgedrängt. Die terroristischen und verbrecheri-

schen Züge, die das Regime – namentlich in den besetzten Territorien – entfaltete, wurden nicht einfach nur auf die unmittelbare Befehlsgebung des Diktators, sondern auch auf eine Interaktion zwischen den Machthabern vor Ort und den zentralen Schaltstellen des Systems zurückgeführt.

Dadurch verteilte sich die Last der historischen Verantwortung auf viele Schultern und ist die pauschale Hervorhebung einzelner terroristischer Apparate, wie sie noch im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess überwog und in Eugen Kogons Formel vom "SS-Staat" zum Ausdruck kam, nicht mehr akzeptabel. Dies muss mit der fortschreitenden Enttabuisierung zusammen gesehen werden, die es nicht mehr zulässt, die politische und moralische Schuld an den Geschehnissen auf bestimmte Funktionsgruppen zu beschränken. Mehr denn je wird die Mitverantwortung breiter Teile der Funktionsebenen des dritten Reiches, des militärischen Führungsapparates, aber auch der allgemeinen und inneren Verwaltung und nicht zuletzt der Justiz für dessen verbrecherische Politik herausgestellt.

Parallel dazu hat sich das Bild des Widerstandes gegen Hitler in mehrerer Hinsicht qualitativ verändert. Bei allem Respekt, der den verschiedenen Richtungen der deutschen Opposition gebührt, hat sich in der Forschung und in der Öffentlichkeit ein differenziertes Bild durchgesetzt, läßt sich der Widerstand nicht mehr, wie dies ursprünglich in der Nachfolge von Hans Rothfels "Die deutsche Opposition gegen Hitler" von 1947 geschah, als Abbild des gesamten deutschen Volkes in allen seinen Schichten und als Vorläufer des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik und respektive der SED-Herrschaft in der DDR deuten. Er muss vielmehr von seinen eigenen Voraussetzungen her und in seiner politischen Vielgestaltigkeit als historische Alternative zum Nationalsozialismus interpretiert werden und eignet sich gewiß nicht als Schutzschild gegen den Vorwurf des Versagens der Nation.

Damit verliert die ursprüngliche Stilisierung des Widerstandes als "Aufstand des Gewissens" an Überzeugungskraft und erscheint die Forderung, nur jenen Widerstand für legitim zu halten, der "aus den Kommandohöhen" heraus in der Absicht erfolgte, den revolutionären Zwischenzustand so rasch wie möglich durch die Wiederherstellung von "Gesetz und Ordnung" zu beenden. Gleichzeitig bequemten sich die herrschenden Meinungsführer der Geschichtswissenschaft zu der Anerkennung, dass der kommunistische Widerstand nicht a limine ausgeklammert werden kann. Allerdings gelingt es nur schrittweise, die eingeübte öffentliche Erinnerungsarbeit dazu zu bewegen, von der bisherigen Tendenz, den Widerstand und

zumal den 20. Juli 1944 als letztlich überpolitisch und frei von interessenpolitischen Motiven zu betrachten, Abschied zu nehmen.

Der jüngste Konflikt über die Rolle des militärischen Widerstandes bei der Heeresgruppe Mitte ist dafür kennzeichnend. Eingehende Forschungen zur deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion warfen auch neues Licht auf die Motive des Verschwörerkreises um Henning von Tresckow und zeigten dessen direkte und indirekte Verstrickung in den Rassenvernichtungskrieg. Die Zusammenarbeit Tresckows und seines Ic, Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorf, mit dem Führer der Einsatzgruppe C, Artur Nebe, umfasste, wenn sie sich auch formell auf die Partisanenbekämpfung bezog, Maßnahmen zur Liquidierung des autochthonen Judentums.

*„Die ursprüngliche Stilisierung des  
Widerstandes als 'Aufstand des  
Gewissens' verliert an  
Überzeugungskraft“*

Die Herausstellung dieses Sachverhalts durch Christian Gerlach wurde in der Öffentlichkeit u.a. von Klaus von Dohnanyi und Helmut Schmidt mit äußerster Schärfe zurückgewiesen. Aber das ändert nichts daran, dass sich selbst diese zentrale Gruppe des Widerstandes, die maßgeblich die Vorbereitungen zum "Unternehmen Walküre" getroffen hatte, nur schrittweise von der militärischen Befolgung des Komplexes der verbrecherischen Befehle zu lösen vermochte.

Im ganzen handelt es sich sowohl innerhalb der Historiographie wie der Publizistik um einen Prozess der Entmythologisierung des deutschen Widerstandes, der parallel verläuft zu der Analyse der gesellschaftlichen Verankerung des Regimes. Die jüngst über die Rolle der Geschichtswissenschaft geführte Debatte über die Rolle so angesehener Historiker wie Franz Petri, Hermann Aubin, Hermann Heimpel, Werner Conze und Theodor Schieder und deren Nestor, Hans Rothfels, gehören in denselben Zusammenhang.

In diesen Debatten rückt die Frage in den Vordergrund, wo die Grenzlinien zwischen einer mehr oder minder großen Anpassung an das Regime und einer aktiven Parteinahme für dessen Zielsetzungen verlaufen, was sicherlich nicht mit pauschal festlie-

genden Kriterien beantwortet werden kann. Der Rubikon ist sicherlich dort überschritten, wo nicht nur dessen ideologische Zielsetzungen geteilt und wissenschaftlich unterbaut werden, sondern der Schritt zu deren gewaltsamer Umsetzung unter Missachtung der gewachsenen historischen Grundlagen und humanen Wertvorstellungen getan wird. Im Grunde aber ist diese Frage von geringerem Gewicht gegenüber dem Problem, inwieweit durch intellektuelle Vorarbeiten oder wissenschaftliche Legitimierung der NS-Gewaltspolitik Vorschub geleistet wurde. Diese Frage bedarf freilich keiner individualisierenden Behandlung, sondern kann nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Einstellungen hinreichend beantwortet werden, wenn man nicht in ein unangemessenes Moralisieren zurückfallen will.

Vor dem Hintergrund dieser öffentlichen Diskurse ist seit einer Reihe von Jahren eine wachsende Sensibilität gegenüber zeitgeschichtlichen Problemstellungen zu konstatieren, die der Annahme zu widersprechen scheint, dass mit größerem zeitlichen Abstand ein geringeres moralisches und politisches Engagement eintreten müßte. Diese Wende machte sich zuerst mit der unerwartet großen Resonanz von Spielbergs Film "Schindlers Liste" bei der jüngeren Generation bemerkbar, setzte sich danach in einen rasch anwachsenden Absatz zeitgeschichtlicher Werke wie den Tagebüchern Victor von Klemperers, aber auch wissenschaftlichen Publikationen, so zum Holocaust, fort und findet einen Höhepunkt in der starken Beachtung, die Themen zum Nationalsozialismus in den Medien gefunden haben und weiter finden.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass diese zeitgeschichtliche Sensibilisierung auf die von seinen Verlegern inszenierte Werbekampagne Daniel Goldhagens zurückzuführen ist. Umgekehrt hat sich dieses Buch der vorhandenen zeitgeschichtlichen Aufgeschlossenheit des deutschen Publikums bedient. Zugleich war der durch Goldhagen angesprochene Leserkreis auf spezifische gesellschaftliche Gruppen beschränkt. Von der Goldhagen-Debatte wurden die sonst an zeitgeschichtlichen Fragen lebhaft interessierten jüngeren Altersgruppen am wenigsten erfasst, und erst sekundär über die Evangelischen Akademien und andere Institute zur Politischen Bildung ist in dieser Hinsicht eine gewisse Breitenwirkung erreicht worden.

Auf den mit Goldhagen selbst geführten Diskussionsveranstaltungen dominierten Angehörige der Kinder derjenigen, die am NS-Regime passiv oder aktiv beteiligt waren, also der Generation der perpetrators und bystanders, um die Terminologie Raul

Hilbergs aufzugreifen. Es war symptomatisch, dass diese Altersgruppe, die zuvor durch ihre Peers an der Artikulation in der Judenfrage gehindert wurde, nun deren Ausscheiden aus öffentlichen Stellungen oder deren Ableben benützte, um durch ein ausgeprägtes Bedürfnis, die Mitschuld an der Judenvernichtung zu bekennen, ihre zunehmend als quälend empfundene Verdrängung loszuwerden – was zu Überkompensationen führte.

*“In diesen Debatten rückt die Frage  
in den Vordergrund, wo die  
Grenzlinien zwischen einer  
Anpassung an das Regime und einer  
aktiven Parteinahme  
verlaufen, was sicherlich nicht mit  
pauschal festliegenden Kriterien  
beantwortet werden kann.”*

Für die nachwachsenden Generationen sind die traumatischen Belastungen, die für die Älteren kennzeichnend sind, in der Regel nicht gegeben. Man mag das darin sehen, dass die jüngeren Historiker mit einer bewundernswerten Nüchternheit und Präzision an die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen herangehen und sich nicht scheuen, Gewalt und Brutalität anschaulich zu machen, wovon Historiker meiner Generation in aller Regel zurückscheuten, da sie einerseits den Vorwurf, tendenziös zu sein fürchten, andererseits sich bewusst sind, dass die Erzeugung emotionaler Betroffenheit rationaler Erklärung, die die eigentliche Aufgabe des Historikers ist, im Wege steht.

Die Bemerkung von Bundespräsident Herzog in seiner Rede zum 9. November 98 in Berlin, dass die historische Aufklärungsarbeit bei der jungen Generation mit behutsamen Dosierungen verfahren müsse, geht, wie ich meine, an der Mentalität der Jüngeren vorbei, die die ganze, auch die grausame Wahrheit wissen wollen und die Fähigkeit haben, sie seelisch zu ertragen. Der Blick richtet sich stärker auf das Handeln, auch auf die Motivation der Einzelnen. Daher verstärkt sich das Interesse an den Biographien der Täter und an der Rekonstruktion konkreter Abläufe, wie der Todesmärsche oder der Bedingungen

in den Konzentrationslagern.

Der Methodenkonflikt, der sich hier andeutet, hat offenbar mit einem anderen Zugang zur Erfahrung des Nationalsozialismus und unterschiedlichen Modi des historischen Erinnerens zu tun. Für die Jüngeren spielen apologetische Kategorien keine Rolle. Ihre Urteile zeichnen sich aber gegenüber den Nachlebenden durch eine unerhörte Härte und Kompromisslosigkeit aus, die sich vielfach über die Komplexität der politischen Bedingungen hinwegsetzt, denen die Zeitgenossen ausgesetzt waren oder noch sind. Die

*“Die Bemerkung von Bundespräsident*

*Herzog, dass die historische*

*Aufklärungsarbeit bei der jungen*

*Generation mit*

*behutsamen Dosierungen verfahren*

*müsse, geht an der Mentalität der*

*Jüngeren vorbei.”*

Neigung, abstrakte moralische Kriterien an deren Handeln anzulegen, tritt dabei häufig genug hervor. Zugleich treten die Gewaltaktionen des Regimes stärker in den Vordergrund, desgleichen deren ideologische Verursachung.

Kann unter diesen Bedingungen von Desinteresse am Nationalsozialismus nicht die Rede sein, ist doch die Präsentation des historischen Gegenstandes im Zuge des erwähnten Paradigmenwechsels tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Die in Teilen der politischen Bildung, aber auch in den Medien häufig anzutreffende pauschalisierende Betrachtungsweise des Geschehens, die sich nicht mehr offenen Fragen stellt, stößt häufig auf Desinteresse und Unverständnis. In dem Maße, in dem die nationalsozialistische Epoche in die allgemeine Geschichte einrückt, wird statt moralischer Stilisierungen eine präzise Analyse gefordert, welche auf die politischen Prozesse abstellt und eine klare Abwägung von Interessen und ideologischen Einstellungen vornimmt, statt mit moralischen Kategorien zu arbeiten.

Bundespräsident Roman Herzog hat in diesen Tagen im Deutschen Bundestag darüber Klage geführt, dass die jungen Menschen sich an den in jüngster Zeit geführten Debatten im Anschluss an die Walser – Rede nicht beteiligt hätten und in diesem

Zusammenhang die begründete Vermutung geäußert, "dass diese Jugend längst dabei ist, ihr eigenes Verhältnis zu dieser Geschichte zu gewinnen". Tatsächlich besitzen die Jüngeren einen eigenen Zugang zur Geschichte des Dritten Reiches, der nicht durch nationale Einstellungen und Selbstvorwürfe verstellt ist.

Es fällt auf, dass in Erörterungen immer wieder auf die Haltung der Jugend und deren Reaktion auf die Erblast des Holocaust Bezug genommen wird, ohne dass die jüngere Generation selbst zu Worte kommt. Ratschläge, wie die Geschichte "volkspädagogisch" zu vermitteln sei, ebenso wie der gegen die nachwachsende Generation gerichtete Verdacht, sich des zeitgeschichtlichen Erinnerens zu entledigen, dürften, wie mir scheint – und Roman Herzog dürfte diesen Eindruck teilen – eher einer Transposition der Bedürfnisse und Denkverbote der über 60-jährigen auf die nachfolgenden Alterskohorten entspringen.

Herzog hat in diesem Kontext die Bubis-Walser-Kontroverse begrüßt und Walser zugute gehalten, dass sie "eine wichtige Auseinandersetzung in unserer Öffentlichkeit provoziert" habe, von der er allerdings feststellt, dass sie ohne die Teilnahme der jüngeren (und gutenteils der mittleren) Generation stattgefunden habe. In der Tat ging diese Debatte – übrigens wie seinerzeit der Historikerstreit – an der jüngeren Generation einfach vorbei. Denn der Hintergrund, vor dem sie allein verständlich erscheint, ist die Sehnsucht nach der Rückkehr zu einem ungebrochenen deutschen Nationalgefühl, von dem viele gehofft hatten, es werde sich unter den Auswirkungen der Wiedervereinigung regenerieren.

Was die Rede Walsers in der Paulskirche angeht, so stellte sie insofern mehr als eine rhetorische Episode dar, weil seine Ausführungen von der Versammlung der geladenen deutschen Honoratioren mit wenigen Ausnahmen – darunter Ignatz Bubis – mit frenetischem Beifall aufgenommen wurden. Folgerichtig konnte sich der Schriftsteller bei späteren öffentlichen Auftreten einer nationalen Befreiungstat rühmen, für die er mehr als zweitausend Zuschriften erhalten habe. In der Tat beanspruchte Walser in seiner Rede, als "Gewissenswart der Nation" in deren Namen zu sprechen, um dieses in der späteren Debatte mit dem Hinweis auf die Privatheit seiner Erfahrung wieder zu relativieren.

Nun ist an dem Vorgang weniger die persönliche Einstellung Walsers, noch die Stoßkraft, welche die FAZ seinem Auftreten durch die Laudatio Frank Schirrmachers und spätere Kommentare verschaffte, als vielmehr der Umstand bedeutsam, dass hier öffentlich bis dahin tabuisierten Ressentiments Ausdruck verliehen wurde, die sich gegen die angebliche Instrumentalisierung von Auschwitz durch nicht näher

benannte Interessen wandten. Walsers Bemerkungen liefen, unabhängig von der Frage, wie weit er dies selbst wirklich beabsichtigte, auf eine Legitimierung der in der deutschen Gesellschaft nicht nur schlummernden nationalistischen und antisemitischen Ressentiments hinaus, die zuvor dem allgemeinen Tabuisierungsdruck zum Opfer gefallen waren. Eine Analyse seiner zweitausend Zuschriften wäre sicher aufschlussreich.

Die Ideengänge Walsers und seines Hauptverteidigers, Klaus von Dohnanyi erscheinen jedoch beide als repräsentativ für die alten Eliten in der Bundesrepublik. Sie sind von dem heimlichen Bedürfnis bestimmt, zur nationalen Normalität, wie sie von ihnen verstanden wird, zurückzukehren, damit zu einer von einem breiten nationalen Konsens und Selbstbewusstsein geprägten Gesellschaft. Gerade mit steigendem Lebensalter tendieren sie zurück zu den politischen Grundeinstellungen ihrer formativen Jahre, und zu diesen gehört ein klares Bekenntnis zur Nation als politischer Werthaltung. Bezeichnend war der moralische Druck, der auf Bubis von allen Seiten, darunter der FDP ausgeübt wurde, seine Kritik an Walser zurückzunehmen – ein bedenklicher Rückfall in eine Mentalität der Konfliktfreiheit. Daß von hoher Stelle Bubis gleichzeitig bescheinigt wurde, trotz allem ein deutscher Patriot zu sein, spricht für sich.

Walser ist ein gutes Beispiel für das Bestreben, in eine heile nationale Vergangenheit zurückzukehren, wie die Lektüre seines jüngsten Buches "Der springende Brunnen" eindrücklich zeigt. Diese persönliche Einstellung ist legitim, taugt aber nicht als Maßregel, die mit seiner Rolle als Präzeptor der Nation zusammengeht. Die von Bubis gerügten sprachlichen Entgleisungen vom Holocaust-Mahnmal als "Monumentalisierung" und "dauernder Präsentation der Schande" und von der "moralischen Keule" des Holocaust sind nur verständlich vor dem Hintergrund einer betont nationalen Einstellung, die in beidem eine unangemessene Herabsetzung des nationalen Selbstgefühls erblickt.

Bubis attackierte diese Wendungen als "geistige Brandstiftung". Wenn er diese Formulierung auch zurückgenommen hat, so hielt er an dem Sachverhalt fest, dass Walsers Formulierungen gefährlich nahe an einen gewöhnlichen deutschen Nationalismus herankomme, der oft mit antisemitischen Einstellungen verbunden ist. In der Tat kam es Walser bewusst auf öffentliche Wirkung an, und er selbst sprach von einer Tat "geistiger Befreiung", und sein Publikum reagierte mit überschäumender Begeisterung darauf. Das ist ein Rückfall in den gewöhnlichen deutschen Nationalismus, der bei Walser nicht zum ersten Mal anzutreffen

ist, seinem sonstigen politischen Nonkonformismus zum Trotz.

Im Grunde ist dies aber wenig bedeutsam. Die in der Debatte zum Ausdruck kommende Einstellung ist von dem Wunschdenken geprägt, in eine heile Welt der ursprünglichen Nation zurückzukehren, die es nach dem Holocaust nicht mehr geben kann. Diese Mentalität, die von dem unklaren Bedürfnis bestimmt ist, hinter Auschwitz zurückzufallen, ist begreiflich, aber auf die Angehörigen der älteren Generation

*"Daß von hoher Stelle*

*Bubis gleichzeitig bescheinigt wurde,  
trotz allem ein deutscher Patriot zu sein,  
spricht für sich."*

beschränkt. Ihnen steht die Einstellung des überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung und insbesondere der jüngeren Generation gegenüber, die durch die Erfahrung des Nach-Auschwitz geprägt ist und die mit den zugrundeliegenden Werthaltungen nur noch wenig anfangen können. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Jüngeren, mit ganz wenigen Ausnahmen, in der Debatte nicht zu Worte gemeldet haben, weil sie von einer tiefgehenden nationalen Indifferenz geprägt sind.

**M**it Recht wandte Bubis ein, dass die von Walser gewählte Diktion, die den Begriff des "Verbrechens" mit dem der "Schande" austauschte, nur die subjektivistische Sicht der Täterseite zum Ausdruck bringe. Sie ist verständlich nur, wenn man die ausgeprägt nationale Grundeinstellung Walsers in Anschlag bringt, der es für unerträglich hält, mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, die im Holocaust kulminieren, ständig und in aggressiver Weise konfrontiert zu werden. Sein Protest richtete sich nicht gegen das, was in der anschließenden Debatte als "Überkonfrontation mit dem Holocaust" und von ihm in seiner Frankfurter Rede polemisch als "Dauerrepräsentation unserer Schande" bezeichnet wurde. Nun ist daran soviel richtig, dass die öffentliche Behandlung des Auschwitz-Komplexes allenthalben in die sattsam bekannte Diktion zurückfällt, Schuldbewusstsein und Betroffenheit zu erzeugen, die moralische Dimension des Geschehens zu isolieren und auf eine konkrete historische Erklärung des Geschehenen zu verzichten. Die Fülle der Gedenkreden – und nicht nur die der Politiker – neigen zu einer moralisierenden Präsentation spektakulä-

rer Aspekte der Geschichte des Dritten Reiches. In gewisser Weise provozieren sie die entgegenstehende Forderung, endlich einen Schlussstrich unter diesen Teil der Vergangenheit zu ziehen. Beide Attitüden liegen insofern auf derselben Ebene, als sie bei bloßer Betroffenheit stehen bleiben.

Für die nachwachsenden Generationen, die mit einer ausgeprägt pragmatischen Einstellung an diesen Komplex herangehen, ist die moralisierende Sprache, in der die Argumente ausgetauscht zu werden pflegen, fremd und unverbindlich. Die von den Älteren wiederholt beschworene Befürchtung, dass sich die nachwachsenden Generationen der Erinnerungsarbeit entziehen könnten, geht gewöhnlich an der Tatsache vorbei, dass sich die Form der Rezeption und Verarbeitung der Shoah anders vollzieht, als bei den Älteren, die noch den Hintergrund des funktionsfähigen Nationalstaates vor Augen haben.

Für diejenigen Alterskohorten, die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges geboren sind, stellt die nationalsozialistische Periode den entscheidenden Bezugspunkt ihres historisch-politischen Denkens dar, und die Shoah nimmt darin eine zentrale Stellung ein. Die nationalsozialistischen Verbrechen werden von

*“Die Fülle der Gedenkreden – und nicht nur die der Politiker – neigen zu einer moralisierenden Präsentation spektakulärer Aspekte der Geschichte des Dritten Reiches. “*

ihnen nicht als moralische Bürde empfunden, sondern als Herausforderung, die Wiederkehr vergleichbarer Erscheinungen künftig zu verhindern.

Für die meisten Jüngeren ist der ältere deutsche Nationalstaatsgedanke blind geworden. Selbst die Geschichte der Weimarer Republik stellt für sie im Grunde nur ein abgesunkenes Bildungswissen dar. Das gilt erst recht für die Traditionen des Bismarckreiches. Die nationalsozialistische Periode ist für ihre historisch-politische Orientierung der entscheidende Einsatzpunkt. An die Stelle des herkömmlichen Nationalgefühls tritt das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer historischen Verantwortungsgemeinschaft, die wesentlich durch die distanzierende Erinnerung an den Nationalsozialismus konstituiert wird und als Verfassungspatriotismus sich aller pathe-

tischen Akzessorien und Rituale des klassischen Nationalismus entledigt hat. Daher ist beispielsweise auch das umstrittene Rekrutengelöbnis der Bundeswehr nicht mehr verbindlich zu machen, da dessen traditionelle Grundlagen ausgeronnen sind. Die Erinnerung an den Holocaust ist ein Bestandteil dieser neuen historisch-politischen Bewusstseinsbildung, die mit den nationalmoralischen Gewissensbissen Martin Walsers nichts mehr gemein hat.

Bundespräsident Herzog hat in seiner Rede im Deutschen Bundestag vom 27. Januar 1999 frühere Stellungnahmen abwandelnd, nachdrücklich dafür plädiert, mehr Vertrauen in die junge Generation auch im Hinblick auf die Erinnerungsarbeit zum Holocaust zu setzen. Das in der Öffentlichkeit immer wieder durchbrechende Misstrauen, die jüngere Generation werde das ihr anvertraute Pflichtteil "Erinnerung" ausschlagen, spiegelt, wie ich meine, überwiegend die Unsicherheit der Älteren, wie sie selber mit dem Erbe des Holocaust umgehen sollen.

Dazu gehört auch die Befürchtung, dass die Jüngeren ideologisch nicht hinreichend gefestigt seien, bei ihnen ein Rückfall in faschistische Ideengänge eintreten könne. Bezeichnend dafür ist die im Januar-Heft der Zeitschrift "Die Tribüne" veröffentlichte Meinungsumfrage von Alphons Silbermann, die, wie er meint, eine erschreckende Unkenntnis der Geschichte des Holocaust gerade bei Teilen der jüngeren Generation belegt. Danach wußte jeder fünfte Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren nichts mit dem Namen Auschwitz anzufangen; was, gemessen an den generell begrenzten historischen Kenntnissen, nicht erstaunlich ist. Andererseits traten mehr als 73 Prozent der zweiten und dritten Nachkriegsgeneration für die "Wichtigkeit des Erinnerns" ein und über 90 Prozent dieser Altersgruppen versprechen sich von ihm, "dass sich solche Greuelthaten nicht wiederholen".

Das ist - im Unterschied zu der sehr skeptischen Auswertung durch Silbermann und zur Schlussfolgerung Michel Friedmanns, eine umfassende Aufklärungsoffensive unter der jüngeren Generation in Gang setzen zu sollen - ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis, das mit der eingangs erwähnten erhöhten Sensibilisierung gerade der jüngeren Alterskohorten gegenüber dem Nationalsozialismus übereinstimmt. Parallele Untersuchungen zur Intensität des Antisemitismus in Deutschland ergeben eine klare Korrelation zwischen Lebensalter und Intensität antisemitischer Vorurteile, die vor allem bei der älteren Bevölkerung auftreten und als ideologischer Restbestand zu interpretieren sind. So sehr wiederkehrende antisemitische Vorfälle ernstgenommen werden müssen, so wenig ist der Rückschluss zulässig, dass der Antisemitismus bei den Angehörigen der jüngeren Generation aszendent sind. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Walser-Rede und die Debatte, die sie ausgelöst hat, erscheinen vor diesem Hintergrund als Reflex der Hoffnungen einer von ihren Führungspositionen abtretenden älteren Generation, noch einmal über den Inhalt der von ihr reklamierten politischen "Normalität" zu bestimmen. In seinem Bemühen, jenen Bestrebungen entgegenzutreten, die Deutschland angeblich den Status einer "normalen Nation" verweigern, zielt Walser auf die Wiederherstellung der Erinnerung an eine "heile" nationale Vergangenheit, die dem Nationalsozialismus voraus lag und durch ihn nur zugedeckt wurde.

Diese Position, die bestrebt ist, den fundamentalen Bruch, den das Geschehen von Auschwitz für die deutsche und die abendländische Geschichte bedeutet, einzuebnen, ist sicherlich repräsentativ für breite Teile der bisherigen deutschen Funktions- und Bildungselite, die gerade im Alter zu ihren früheren nationalen Werthaltungen zurückkehren. Gleichwohl ist sie mit dem fortschreitenden Generationswandel rezessiv und weicht einer neuen politischen Normalität. Sie ist geprägt durch die anhaltende nationale Indifferenz, die letzten Endes auf die nationalsozialistische Perversion nationaler Werte reagiert. Nicht der Blick zurück, sondern die Offenheit für die Herausforderungen der Zukunft scheint ihre Mentalität zu bestimmen.

In einer Bilanz über 50 Jahre Bundesrepublik kann ein Autor, der der jungen Generation angehört schon formulieren, dass das Nachkriegsdeutschland in vielerlei Hinsicht exemplarisch sei "für den Umgang mit einer postdiktatorischen, extremistischen und kriminellen Vergangenheit", ja, dass sie "eine Art historisches Fallbeispiel für eine fundamentale Um- und Neuorientierung" darstelle. Die freilich, und das ist dieser neuen Generation voll bewusst, vollzieht sich im Schatten von Auschwitz, das eine Epochenwende symbolisiert, an deren Anfang sie stehen.

## Buchhinweis

**Hans Mommsen**  
**Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft.**  
**Ausgewählte Aufsätze.**  
**Zum 60 Geburtstag herausgegeben von Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod**

Rowohlt Taschenbuch Verlag  
Reinbek bei Hamburg Februar 1991

**A**ls ein Meister des historischen Essays, als streitbarer wie gleichwohl besonnener homo politicus hat der Historiker Hans Mommsen mit seinen Aufsätzen über drei Jahrzehnte hinweg immer wieder die Diskussion über die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland belebt und in ihren entscheidenden Fragestellungen vorangetrieben.

Seine Interventionen als historisch-politischer Schriftsteller haben die großen wissenschaftlichen Kontroversen um den Reichstagsbrand und die Rolle Hitlers, um die "Endlösung" und die Bedeutung des Widerstands nicht nur maßgeblich beeinflusst, sondern auch als politische und ethische Herausforderungen in die Gesellschaft getragen.

Zu seinem 60. Geburtstag haben die Herausgeber dieses Bandes erstmals seine für eine Gesamtinterpretation des Nationalsozialismus so wichtig gewordenen Beiträge an einem Ort versammelt.

### **Aus dem Inhalt:**

- \* Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert
- \* Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase
- \* Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem
- \* Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen
- \* Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“

## Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart Die Bedeutung des 8. Mai für die "Berliner Republik"

Tagung des Bonhoeffer-Vereins zu Geschichtserinnerung und  
Gegenwartsverantwortung vom 7.-9. Mai 1999 in Berlin

### Freitag, 7. Mai

- 19.00 **Begrüßung und Einführung**  
Dr. Rolf Hanusch, Dr. Karl Martin,  
Friedrich Schorlemmer  
Grußwort: Propst Dr. K.-H. Lütcke, Berlin
- 19.30 **"...ich bete für die Niederlage meines Landes.."**  
Dietrich Bonhoeffer - Verräter, Patriot oder Märtyrer?  
Dr. Andreas Pangritz, FU Berlin

### Samstag, 8. Mai

- 07.45 **Morgenandacht**  
Horst Scheffler, WBD IV Mainz
- 09.00 **Eigenart und Bedeutung der dichterischen Rede über die Schatten der NS - Vergangenheit**  
Prof. Dr. Helmuth Kiesel, Heidelberg
- 10.30 **Podiumsdiskussion: Wohin entwickelt sich die "Berliner Republik"?**  
Das Grundgesetz, die nationale Identität und der religiöse Pluralismus  
Dr. Everhardt Franßen,  
Dr. Michel Friedmann,  
Prof. Dr. Helmuth Kiesel,  
Prof. Dr. Hans Mommsen,  
Friedrich Schorlemmer,  
Prof. Dr. Rita Süßmuth,  
Moderation: Dr. Rolf Hanusch
- 14.15 **Arbeitsgruppen**
- \* Zum Umgang mit der deutschen Geschichte: Holocaust-Mahnmal, Walser-Bubis-Debatte
  - \* Wohin entwickelt sich die "Berliner Republik"?
  - \* Rechtsradikalismus und Traditionspflege in der Bundeswehr
  - \* Ziviler Friedensdienst - Von der Notwendigkeit der gewaltfreien Konfliktbearbeitung
  - \* Statt Kirchensteuer eine "Kultur- und Sozialsteuer"?
  - \* Printmedien und Internet als Diskussionsforen
- 16.00 Berichte aus den Arbeitsgruppen
- 20.00 **"In guter Verfassung?!"**  
Ein musikalisch-literarisch-satirisches Programm mit Dieter Hildebrandt u.a.

### Sonntag, 9. Mai

- 09.00 Einladung zum Gottesdienst  
Pfarrer Dr. Rolf Hanusch  
Pfarrer Dr. Karl Martin (Predigt)
- 10.30 Öffentliche Mitgliederversammlung des dbv
- 13.00 Mittagessen und Ende der Tagung

Im Jahr des Umzugs von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin jährt sich am 8. Mai zum 50. Male die Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat. Der 8. Mai ist zugleich Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Erinnern macht nachträglich Äußerliches zu etwas Innerlichem. Wer weiß, welche Vergangenheit zu ihm gehört und in welcher Geschichte sich für ihn Not gewendet hat, der gewinnt aus diesem Bewusstsein Kraft für seine Gegenwart. Dietrich Bonhoeffer (geb. 1906, hingerichtet 1945) war bereits 1941 der Ansicht, dass sich die Not der deutschen Geschichte nur wenden kann, wenn eine militärische Niederlage dem Terrorregime ein Ende setzt, die Deutschen zur Besinnung bringt und sie für das den anderen Menschen zugefügte Leid mit eigenen Leid-Erfahrungen bezahlen läßt: "... ich bete für die Niederlage meines Landes ..."

Die fremdenfeindlichen und rechtsradikalen Vorkommnisse der letzten Jahre machen deutlich, wie weit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von einem grundlegenden Erinnern noch entfernt sind. Der Wunsch von Martin Walser, zu einem "normalen Volk" zu gehören und in einer "gewöhnlichen Gesellschaft" zu leben, läßt sich nicht so erfüllen, dass wir das Wegschauen üben und Ausschwitz an den Rand unseres Bewusstseins schieben. Nur durch die Wahrnehmung dieser Schuld, für die wir mithaften, und durch die Rehabilitation der Opfer und der Überlebenden können wir zu einer Normalität des menschlichen Zusammenlebens zurückfinden.

Die Tagung knüpft an die aktuelle öffentliche Diskussion an. Nach dem Rückblick auf Dietrich Bonhoeffer und auf die Walser-Bubis-Debatte soll die Podiumsdiskussion den Perspektiven der "Berliner Republik" gelten.

Die Tagung ist ein Kooperationsprojekt des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) mit der Ev. Akademie Berlin-Brandenburg und der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt. Sie versteht sich als Beitrag zu der "Woche der Bürger-gesellschaft", die vom 8.-23. Mai 1999 begangen wird. Wir laden herzlich ein.

Rolf Hanusch    Karl Martin    Friedrich Schorlemmer

## Es gibt keine Normalität des Vergessens

Pressemitteilung des dbv vom 14. Mai 1999

Zu heftigen Emotionen führte auf der diesjährigen Jahrestagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) die von Martin Walser aufgeworfene Frage, ob die Deutschen wieder als ein "normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft" anzusprechen seien. Die Tagung fand am 8. Mai - dem Gedenktag an das Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 und an die Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 - in Berlin-Schwanenwerder statt. Mit dem Tagungsthema wurde bewusst auf den 8. Mai Bezug genommen: "Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart - Die Bedeutung des 8. Mai für die ‚Berliner Republik‘?". Mitveranstalter waren die Evangelischen Akademien Berlin-Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Der Germanist Prof. Dr. Helmuth Kiesel aus Heide-berg führte in seinem Referat aus, die Geschichts-erinnerung dürfe nicht nachträglich durch unzulässige politisch-ideologische Elemente gegenwärtiger Betrachtungsweise verfälscht werden. Die Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion vertraten mehrheitlich die Ansicht, Martin Walsers Frage nach der "Normalität" Deutschlands sei der Versuch, in die Zeit vor Auschwitz und damit in eine "heile Welt" zurückzukehren. Eine solche Normalität des Vergessens könne und dürfe es nicht geben, betonte Dr. Michel Friedmann vom Zentralrat der Juden in Deutschland. Geschichtslosigkeit sei Gesichtslosigkeit. Zu einer multikulturellen Gesellschaft gehöre die Fähigkeit zu einer positiven Streitkultur.

Prof. Dr. Rita Süßmuth, ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, sprach sich dafür aus, in der Mitte Berlins ein Holocaust-Mahnmal zu errichten. Die Bundesrepublik erinnere damit an die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte und bringe ihre besondere Verantwortung für Demokratie und Menschen-würde zum Ausdruck. Für Prof. Dr. Hans Mommsen, Historiker mit dem Forschungsschwerpunkt NS-Geschichte, ist der alte Nationalismus preußisch-deutscher Tradition

mit dem Dritten Reich zugrunde gegangen. Die große Mehrheit der jüngeren Generation habe aus der Geschichte gelernt und bejahe eine offene, tolerante Gesellschaft. Allerdings gebe es noch erhebliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern, ergänzte Dr. Eberhard Franßen, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts. Es bedürfe weiterer Bemühungen um Verstehen und Toleranz, damit die Unterschiede im gegenseitigen Wahrnehmen für ein neues Miteinander fruchtbar werden könnten.

Der evangelische Theologe Prof. Dr. Andreas Pangritz aus Aachen setzte sich mit dem "politischen Bonhoeffer" auseinander. Dietrich Bonhoeffer sei der Überzeugung gewesen, dass sich die Not der deutschen Geschichte nur wenden kann, wenn eine militärische Niederlage die Deutschen für das anderen Menschen zugefügte Leid mit eigenen Leiderfahrungen bezahlen läßt: "...ich bete für die Niederlage meines Landes..." (Bonhoeffer 1941). Der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels Friedrich Schorlemmer schilderte die große Bedeutung, die Bonhoeffer für seinen theologischen Werdegang gehabt habe. Von Bonhoeffer habe er gelernt, dass Verantwortung mehr ist als nur für das eigene Gutsein zu sorgen. Es müsse auch darum gehen, Unrecht zu verhindern und für Frieden und Gerechtigkeit einzutreten.

Die Tagungsteilnehmer zeigten sich tief beunruhigt darüber, dass Deutschland wieder in einen Krieg verwickelt ist. Offensichtlich habe man sich von den früheren Beschwörungen "Nie wieder Krieg" bzw. "Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen" allzuschnell verabschiedet. Von der Mitglieder-versammlung des dbv wurde mit großer Mehrheit die von Dr. Walter Romberg aus Berlin-Teltow vorbereitete Resolution "Krieg darf kein Mittel der Politik sein" angenommen. Darin wird vor einer weiteren Eskalation des NATO-Jugoslawien-Krieges gewarnt. Es wird eine unverzügliche Feuerpause der NATO mit

## “... ich bete für die Niederlage meines Landes ...”

Dietrich Bonhoeffer – Verräter, Märtyrer oder Patriot?\*)

von Andreas Pangritz

*Leicht überarbeitete Fassung des Vortrags auf der Tagung  
"Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart". Der  
Vortragsstil wurde beibehalten*

**M**eine sehr geehrten Damen und Herren, die Veranstalter dieser Tagung haben in der Einladung auf zweierlei Bedeutung des 8. Mai verwiesen: einerseits als 50. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat – auch in dieser Hinsicht ließe sich eine allerdings eher problematische Verbindung zu Bonhoeffer ziehen, dem anstelle westlicher Demokratie die Etablierung eines "autoritären Rechtsstaats" in Deutschland vorschwebte. (1)

Andrerseits erinnert der 8. Mai an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor nunmehr 44 Jahren. Jedoch: grenzt es nicht an Irrsinn, ausgerechnet in diesen Wochen eine Tagung abzuhalten, die sich der Frage nach der "Bedeutung des 8. Mai für die ‚Berliner Republik‘" in dieser Hinsicht widmet? Nie zuvor hat der 8. Mai als Tag des Kriegsendes einem solch radikalen Bedeutungswandel unterlegen wie in den vergangenen Wochen. Niemand kann heute schon sagen, ob er überhaupt noch irgend eine Bedeutung behalten kann. Das konnten die Veranstalter, als sie die Tagung planten nicht wissen. Ich jedenfalls habe dies nicht gewußt, als ich mich darauf einließ, einige Überlegungen zur Bedeutung Dietrich Bonhoeffers beizusteuern. Alle Gedanken, die ich mir unter dem Titel "... ich bete für die Niederlage meines Landes..." gemacht hatte, wurden über den Haufen geworfen. Aber ich wollte und will nicht kneifen. Sie werden aber verstehen, dass ich bei der Behandlung meines Themas Seitenblicke auf die aktuelle Lage – sei es stillschweigend, sei es ausdrücklich – nicht vermeiden kann.

Dietrich Bonhoeffer hat den 8. Mai 1945 nicht mehr erlebt. Der Tag wäre für ihn wie für Martin Niemöller, der nach dem Abtransport aus dem KZ Dachau Anfang Mai 1945 in der Nähe des Brenner von amerikanischen Truppen befreit wurde, der Tag der Befreiung gewesen.

Eben diese Bedeutung des 8. Mai blieb im Nachkriegsdeutschland immer umstritten, musste entsprechend der gegensätzlichen individuellen Erfahrungen in einer zerrissenen Gesellschaft umstritten bleiben. Umstritten war die Bedeutung des 8. Mai zwischen Ost- und Westdeutschland, aber auch innerhalb

der östlichen und der westlichen Gesellschaft. Erst die Ansprache des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages "zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" – so der offizielle Titel –, die Rede, in der erstmals ein westdeutsches Staatsoberhaupt das Wort "Befreiung" in diesem Zusammenhang in den Mund nahm, das bis dahin als zentrales Moment der ostdeutschen Staatsdoktrin im Westen als anrühlich gegolten hatte, während man selbst lieber vom "Zusammenbruch" sprach –, erst diese Rede hat durch ihren offensichtlichen Tabubruch eine Art gesellschaftlichen Konsens hergestellt, der freilich seinerseits nicht unumstritten blieb. Aber auch noch diese Rede musste die Bemühung um einen Konsens über die Bedeutung des 8. Mai dadurch erkaufen, dass der 8. Mai eben doch nicht ohne Einschränkung "ein Tag der Befreiung" genannt werden konnte: "Für uns Deutsche" sei dies "kein Tag zum Feiern". Zu unterschiedlich seien die Erfahrungen des Kriegsendes gewesen: "Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft." Es mussten die Schattenseiten der Befreiung genannt werden: die Spaltung Deutschlands und Europas, die Abtrennung großer Teile des deutschen Staatsgebiets im Osten, die "willkürliche Verteilung der Lasten" nach dem Krieg, die Verfolgung Unschuldiger, die Vertreibung von Deutschen aus ihrer früheren Heimat. (2)

Seit 1989, seit der Überwindung der deutschen Teilung, die Weizäckers Rede noch als Kriegsfolge mit dem Tag der Befreiung in einem Zusammenhang gesehen hatte, besteht die Gefahr, dass im Zuge der sog. "Normalisierung" Deutschlands auch diese Bedeutung des 8. Mai verschwindet. Seit 1989 geistert die Rede vom "Ende der Nachkriegszeit" durch die deutschen Feuilletons. Die in dieser Redeweise verborgene Drohung, dass nämlich mit dem Ende der Nachkriegszeit die nächste Vorkriegszeit beginne, ist jetzt manifest geworden. Seit Wochen befinden wir uns wieder mitten im Krieg, ohne es wirklich zu merken. Welche Bedeutung kann der 8. Mai noch haben, wenn keine 10 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer das vereinigte Deutschland bereits wieder Krieg führt? Der Verteidigungsminister redet von einem "qualitativen Sprung" für die Anerkennung Deutschlands in der Welt, der damit erreicht sei. Das

heißt doch:

Der 8. Mai als Tag des Kriegsendes hat durch den Krieg seine Bedeutung restlos eingebüßt. Kann er da seine Bedeutung als Tag der Befreiung noch behalten? Die "Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart", lautet das Motto dieser Tagung. (3) Müßte es nicht vielmehr heißen: Die Gegenwart löscht die Kraft der Erinnerung!?

Müssen nicht Sätze wie die folgenden aus Weizsäckers Rede, die 1985 als besonders bedeutungsschwer empfunden wurden, heute hohl in unseren Ohren klingen: "Den 8. Mai 1945 haben wir als gemeinsames Schicksal unseres Volkes erlebt, das uns eint. Wir fühlen uns zusammengehörig in unserem Willen zum Frieden. Von deutschem Boden in beiden Staaten sollen Frieden und gute Nachbarschaft mit allen Ländern ausgehen. Auch andere sollen ihn nicht zur Gefahr für den Frieden werden lassen"?

Hat nicht auch der Satz Bonhoeffers seine Bedeutung eingebüßt, den ich meinem Beitrag als Motto vorangestellt habe: "... Ich bete für die Niederlage meines Landes"? Oder kann er im jetzigen Krieg eine neue Bedeutung gewinnen?

Trotz allem also nun zu Bonhoeffer. Einschränkend voranschicken muss ich dem folgenden, dass es sich um Vorkriegsgedanken handelt. Alles steht also unter dem Vorbehalt, dass ich selbst noch nicht weiß, welche Bedeutung das für die durch den Krieg veränderte "Berliner Republik" haben könnte.

Nicht nur der 8. Mai 1945, auch Dietrich Bonhoeffer hat im Laufe der Zeit einem außer-ordentlichen Bedeutungswandel unterlegen. Drei Stichworte habe ich im Titel meines Beitrags genannt: "Verräter, Märtyrer, Patriot". Die Reihe könnte mühelos erweitert werden, etwa – vielleicht viel aktueller – um den "Pazifisten" Bonhoeffer, den "Verschwörer" oder auch den "Gerechten aus den Völkern". Ich will mich zunächst auf die drei im Titel genannten Stichworte konzentrieren. (4)

\*\*\*

**A**ls Dietrich Bonhoeffer am 9. April 1945 im oberpfälzischen Konzentrationslager Flossenbürg standgerichtlich zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, zählte er nicht gerade zu den bekanntesten deutschen Theologen. Allenfalls in den Kreisen der Bekennenden Kirche hatte er sich einen gewissen esoterischen Ruf als ein "Extremist" erworben. Heute ist das anders. Heute ist Bonhoeffer en vogue. Außerhalb Deutschlands dürfte er der bekannteste deutsche Theologe dieses Jahrhunderts sein. Internationale Bonhoeffer-Kongresse wurden seit den Siebziger Jahren im olympischen Vierjahres-Takt veranstaltet in Genf, in Oxford, in Hirschluch (DDR), in Amsterdam, in New York und in Kapstadt (Südafrika). Im Jahr 2000 soll ein weiterer in Berlin

steigen. Heute wird Bonhoeffer von Regierenden und Regierten, von Linksprotestanten ebenso wie von konservativen Evangelikalen oder ergrauten Alt-68ern für ihre Vorstellungen vereinnahmt. Und für die Evangelische Militärseelsorge scheint er inzwischen zu soetwas wie einem Traditionsheiligen der Bundeswehr avanciert zu sein. Ich erinnere nur an die umstrittene Kranzniederlegung in Flossenbürg durch den Verteidigungsminister aus Anlaß des 40. Jahrestages seines Todes 1985. (5) Blicken wir über die deutschen Grenzen hinaus etwa in die USA, dann kann z.B. Hillary Clinton zitiert werden, die 1994 in einem Brief an Mary Glazener, Südstaaten-Baptistin und Autorin eines Bonhoeffer-Romans, betonte, dass Bonhoeffer "schon seit vielen Jahren" einer ihrer "Helden" sei. (6)

Heute besteht geradezu die Gefahr, dass Bonhoeffers Leben und Werk unter einem Bonhoeffer-Kult begraben werden, der unübersehbar im Entstehen begriffen ist. Das war nicht immer so:

## 1. Ein "Verräter"?

In den ersten Nachkriegsjahren und noch in den fünfziger Jahren wurde Bonhoeffer als ein "Verräter" behandelt. In der politischen Klasse der Nachkriegszeit gehörte er zu den Verachteten.

Auch seine eigene Kirche, die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg, unterschied in der Kanzelabkündigung zum ersten Jahrestag des gescheiterten Staatsstrechs gegen Hitler vom 20. Juli 1944 streng zwischen christlichem Märtyrertum und politischem Widerstand. Ein "Märtyrer im vollen Sinn des Wortes" konnte Bonhoeffer als politischer Oppositioneller für sie nicht sein, vielmehr verstieg sie sich zu der Feststellung, sie könne einen Anschlag "niemals gutheißen, in welcher Absicht er auch ausgeführt sein mag... Unter denen, die haben leiden müssen, waren Ungezählte, die einen solchen Anschlag niemals gewollt haben." (7)

Für den Bundesgerichtshof war Bonhoeffer noch in den Fünfziger Jahren ein Hochverräter. Dem SS-Standartenführer Huppenkothen, der im Standgerichtsverfahren gegen Bonhoeffer als Staatsanwalt aufgetreten war, und dem Vorsitzenden Richter Thorbeck wurde nach dem Krieg wegen dieser Taten zwar der Prozess gemacht. (8) "Nachdem zwei Urteile des Landgerichts München vom Bundesgerichtshof (BGH) aufgehoben worden waren, verurteilte sie das Schwurgericht beim Landgericht Augsburg am 15. Oktober 1955 wegen Beihilfe zum Mord zu sieben Jahren (Huppenkothen) beziehungsweise vier Jahren (Thorbeck) Zuchthaus." Am 19. Juni 1956 hob der BGH auch dieses Urteil, soweit es den Richter Thor-

beck betraf, auf: "Er wurde freigesprochen."

Der Bayreuther Richter Heinz Ponnath hat diesen Vorgang einer juristischen Bewertung unterzogen. Für ihn gibt es "keinen Zweifel, dass Bonhoeffer und seine Leidensgenossen deshalb getötet wurden, weil Hitler deren Ermordung befohlen hatte". Denn: "Wenn ein Richter weiß, dass er einem Gericht vorsitzt, das falsch besetzt ist, und dass dieses falsch besetzte Gericht über Taten verhandeln soll, für die es nicht einmal zuständig ist, und wenn jener Richter ... trotz all dieser schwerwiegenden Verfahrensfehler fünf Todesurteile fällt, so kann hieraus nur ein Schluß gezogen werden, nämlich der, dass es ... allein darum (ging), die fünf Männer zu beseitigen. Alles andere ist weltfremd... Völlig zu Recht wurde Thorbeck darum vom Schwurgericht ... als Mordgehilfe behandelt und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt." Nach heutiger Rechtsprechung würde er sogar "als Mörder bestraft werden".

Der erste Strafsenat des Bundesgerichtshofs war in seinem Urteil vom 19. Juni 1956 jedoch anderer Meinung: "Einem Richter, der damals einen Widerstandskämpfer wegen seiner Tätigkeit in der Widerstandsbewegung abzuurteilen hatte und ihn in einem einwandfreien Verfahren für überführt erachtete, kann heute in strafrechtlicher Hinsicht kein Vorwurf gemacht werden, wenn er angesichts seiner Unterworfenheit unter die damaligen Gesetze nicht der Frage nachging, ob dem Widerstandskämpfer etwa der Rechtfertigungsgrund des übergesetzlichen Notstands unter dem Gesichtspunkt eines höheren, den Strafdrohungen des staatlichen Gesetzes vorausliegenden Widerstandsrechts zur Seite stehe, sondern glaubte, ihn des Hoch- oder Landesverrats bzw. des Kriegsverrats ... schuldig erkennen und deswegen zum Tode verurteilen zu müssen."

Die wahre Einstellung der Richter des Bundesgerichtshofs kommt in folgender Passage des Urteils zum Ausdruck: "Die Widerstandskämpfer hatten nach den damals geltenden und ihrer rechtlichen Wirksamkeit an sich nicht bestreitbaren Gesetzen die Merkmale des Landesverrates – mindestens teilweise auch des Hochverrates – und damit des Kriegsverrates ... verwirklicht." Dafür "war die Todesstrafe zwingend angedroht. Auf diese Strafe hat das Standgericht in den einzelnen fünf Fällen erkannt." In den Augen dieser fünf Richter war das standgerichtliche Todesurteil also "einwandfrei"; die Frauen und Männer des deutschen Widerstandes waren "Landes- und Hochverräter, die völlig zu Recht zum Tode verurteilt wurden". (9) Infolge dieses Urteils "wurde kein NS-Richter für seine Untaten zur Verantwortung gezogen" – ein schändlicher Hinweis auf Kontinuitäten zwischen der Nazi-Justiz und der bundesdeutschen Justiz in den

50er-Jahren. (10)

Erst nach der deutschen Vereinigung ist die Forderung erhoben worden, das Standgerichts-verfahren gegen Bonhoeffer zu revidieren, die Verschwörer zu rehabilitieren, – schließlich mit Erfolg. Bezeichnenderweise kam diese Forderung nicht etwa aus Bonhoeffers Familie. Die inzwischen erfolgte Revision kann die Toten nicht wieder erwecken. Es kann aber gefragt werden, ob nicht dadurch das geschehene Unrecht nachträglich verkleistert worden ist, – eine Wiedergutmachung Bonhoeffers, die in Wahrheit der Wiedergutmachung Deutschlands diene.

## 2. Ein "Märtyrer"?

Im Lauf der Sechziger Jahre, und insbesondere, seit 1967, als Eberhard Bethge seine große Bonhoeffer-Biographie veröffentlichte, änderte sich die Bewertung Bonhoeffers allmählich. Nachdem der mit Bonhoeffer befreundete anglikanische Bischof George Bell ihn bereits im Frühjahr 1945 in seiner Gedenkpredigt einen Märtyrer der universalen Kirche genannt hatte, kamen auch in der Evangelischen Kirche in Deutschland mehr und mehr Leute zu der Erkenntnis, dass der Kirche in Bonhoeffer ein Märtyrer geschenkt worden sei.

Die protestantische Tradition hat gewisse Schwierigkeiten mit dem Thema einer "Märtyrer"-Theologie. Zu sehr fühlt man sich dabei an den Wildwuchs katholischer Heiligenverehrung erinnert. Dennoch wurde nach Kriegsende von der Bekennenden Kirche ein Gedenkbuch ihrer "Blutzeugen" herausgegeben, in dem jedoch ein scharfer Gegensatz zwischen christlichem Märtyrertum und politischem Widerstand aufgebaut wurde, (11) den Bonhoeffer gerade zu überwinden versucht hatte. Immerhin hatte selbst Bonhoeffer Zweifel geäußert, ob er nach allem, was geschehen war, für seine Kirche noch "brauchbar" sein werde. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass Eberhard Bethge immer wieder versucht hat, Bonhoeffer als einen "Märtyrer" der Evangelischen Kirche herauszustellen. (12) Gerade weil Bonhoeffers eigene Berlin-Brandenburgische Kirche zunächst nichts davon hatte wissen wollen, diesen politischen Widerständler als "Blutzeugen" der Kirche zu würdigen, ist es zweifellos ein theologischer Gewinn, wenn im Falle Bonhoeffers inzwischen auch das "Leiden um der Gerechtigkeit willen" als solches im Sinne eines Martyriums wahrgenommen und geehrt werden kann.

Dennoch kann ich ein leichtes Unbehagen bei der Entwicklung einer forcierten "Märtyrer"-Theologie nicht verschweigen. Die Gefahr besteht, dass in

dem Maß, in dem eine Person zum "Heiligen" stilisiert wird, ihre mögliche "Vorbild"- Funktion gerade abnimmt, weil man nur noch staunend zu solchen Helden des Glaubens oder auch "heroes of conscience" als Ausnahmerecheinungen aufblicken kann. Die "Märtyrer"-Verehrung kann dann leicht zur Ersatzhandlung verkommen. Auch die in Lateinamerika üblichen "Presente"- Rufe, so eindrucksvoll sie beim Totengedenken sein mögen, bleiben doch ohnmächtige Beschwörungen, die die Toten nicht ins Leben zurückzuholen vermögen.

Die angelsächsische Welt hat für den "Märtyrer" Bonhoeffer offenbar einen deutlicheren Nerv als die deutsche. Am 9. Juli 1998 wurde Bonhoeffer – unter persönlicher Anwesenheit der Queen – in einer feierlichen Zeremonie neben weiteren christlichen Blutzugehörigen aus aller Welt zum Märtyrer des 20. Jahrhunderts erklärt und mit einer entsprechenden Statue über dem Hauptportal von Westminster Abbey in London geehrt. (13)

Als politische Variante der Märtyrer-Verehrung kann die offizielle Würdigung Bonhoeffers als "Kämpfer gegen Krieg und Faschismus" gelten, wie sie in der DDR gepflegt wurde. (14) Es hatte in der DDR schon seit den 50er Jahren eine intensive Pflege des Erbes Dietrich Bonhoeffers gegeben, vermittelt insbesondere durch seinen Schüler Albrecht Schönherr. Als dieser in den Siebziger Jahren gar Bischof der Ostregion der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg war, konnte man den Eindruck gewinnen, Bonhoeffer sei geradezu zum Kirchenvater des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR avanciert. Bonhoeffers Beteiligung an der Verschwörung gegen Hitler ermöglichte es im übrigen auch der DDR-Regierung und der SED, Bonhoeffer als "Kämpfer gegen Krieg und Faschismus" in ihre Ahnengalerie einzuordnen. (15)

Das macht freilich die Bonhoeffer-Rezeption in der DDR, insbesondere wie sie an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität geübt wurde, heute politisch verdächtig. Es wird betont, Bonhoeffer sei in der DDR "zensiert" worden. Da traut sich im vereinten Deutschland kaum mehr jemand, an die offizielle ostdeutsche Tradition der Wirkung Bonhoeffers zu erinnern. Die Gedenkstele im Hof der Humboldt-Universität zu Berlin für die "im Kampf gegen den Hitlerfaschismus Gefallenen" aus den Reihen dieser Universität, an der zu DDR-Zeiten der damalige Direktor der Sektion Theologie der HUB an Bonhoeffers Geburtstag Worte des Gedenkens sprach, blieb seit der deutschen Vereinigung weitgehend unbeachtet.

## 4. Ein "Patriot"?

Seit der deutschen Vereinigung drängt ein neuer Ton in den Vordergrund: Bonhoeffer – der "Patriot", dessen Tod "ein Tod für Deutschland" gewesen sei. Mir ist aus der Zeit vor der Vereinigung jedenfalls in Deutschland keine entsprechende Charakterisierung bekannt, obwohl sie im Vokabular der Militärseelsorge etwa durchaus zuhause gewesen sein dürfte. (16)

Die Bonhoeffer-Verehrung in den Vereinigten Staaten und in vielen anderen Ländern etwa auch der sog. "Dritten Welt" konnte auf die Dauer nicht ohne Rückwirkungen auf Deutschland bleiben: Heute wird Bonhoeffer, und zwar gerade der politische Bonhoeffer, der militärische Verschwörer, als deutscher "Patriot" entdeckt.

Die Anknüpfung an die amerikanische Bonhoeffer-Verehrung scheint dabei unverfänglicher zu sein als die Erinnerung an ost-deutsche Bonhoeffer-Rezeption. Wird Bonhoeffer jenseits des Atlantik wegen seiner Beteiligung am Widerstand gegen Hitler schon längst als Bundesgenosse und Repräsentant des anderen, des "guten Deutschland" während der Nazi-Zeit gesehen, so wollen auch die Deutschen ihn nicht länger als "Vaterlandsverräter" verurteilen, wie dies in den Fünfziger und Sechziger Jahren noch der Fall war.

Heute ist Deutschland bereit, sich mit Bonhoeffer und den Verschwörern des 20. Juli zu versöhnen. Aber auch das geht nicht ohne Bedingungen. Jetzt müssen die einstigen Verräter zu "Patrioten" umdefiniert werden. So schrieb Klaus von Dohnanyi, ein Neffe Bonhoeffers, am 7. April 1995 in der "Zeit" einen Gedenkartikel für Bonhoeffer unter der Überschrift "Ein Tod für Deutschland". (17) Gewiß, er zitiert damit nur Bonhoeffers Freund George Bell, Bischof von Chichester und Mitglied des Britischen Oberhauses, der in dem vorhin schon erwähnten Gedächtnisgottesdienst für die toten deutschen Freunde am 27. Juli 1945 über Bonhoeffers Martyrium gesagt hatte: "His death is a death for Germany...".

Aber bekommt diese Formulierung bei der Übersetzung ins Deutsche nicht doch einen anderen Klang? Immerhin zählte Bonhoeffer in seinem 1943 notierten Dramenfragment "Deutschland" zu den "besudelten Worten", die eine Zeitlang nur noch "durch Schweigen" geehrt werden sollten. (18) Offenbar meint von Dohnanyi, diese Zeit sei jetzt vorbei. Man könne jetzt wieder guten Gewissens von "Deutschland" reden. Und der Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, stieß aus Anlaß des 50. Todestages Dietrich Bonhoeffers in dasselbe Horn, wenn er Bonhoeffer als

deutschen "Patrioten" feierte. Muss das sein? Was sind die Gründe, die uns den Mund jetzt wieder so voll nehmen lassen? Was hat sich verändert? Im übrigen: Kommt diese Erkenntnis, wenn sie schon so laut herausgeschrien werden muss, nicht ein wenig spät?

Von Dohnanyi wie Huber wollen einen unanständigen deutschen Nationalismus bekämpfen. Sie wählen dafür aber ein Mittel, das in Deutschland noch nie funktioniert hat: den sogenannten "anständigen Patriotismus". Es sei nämlich nicht nur "christlicher Glaube" und "humanistische Überzeugung" gewesen, die die Verschwörer motiviert habe, schreibt von Dohnanyi, sondern auch und "gerade das politische Verantwortungsbewusstsein für die deutsche Nation... Dieser anständige deutsche Patriotismus" kommt nach von Dohnanyi "heute viel zu kurz, wenn wir auf den Widerstand während der Nazijahre zurückblicken". Die "heutige Sicht" wolle "im Widerstand gegen Hitler nur das humanistische Weltbürgertum sehen"; dabei sei es doch auch bei Dietrich Bonhoeffer "gerade das auf die Nation bezogene Verantwortungsbewusstsein" gewesen, das "die Fundamente für die Überwindung nationalistischer Verbrechen geben konnte".

Ich will hier einige Momente in Bonhoeffers Biographie erwähnen, die es m.E. verbieten, ihn als "deutschen Patrioten" zu vereinnahmen: Bonhoeffer hat bei der Reichstagswahl am 5. März 1933, die nach dem Reichstagsbrand und der Verschleppung zahlreicher Kommunisten und anderer Oppositioneller in die dafür eingerichteten Konzentrationslager bereits keine freie mehr war, die katholische Zentrumspartei gewählt, – und zwar, wie er seinem Freund Franz Hildebrand erklärte, "um ihrer 'internationalen' Bindungen willen". (19) Dies war zwar ein konservativer, jedoch kein patriotischer, sondern ein kosmopolitischer Akt. Bonhoeffer tat dies, obwohl etwa der "Evangelische Bund" – nachdem die deutsche Politik angeblich vierzehn Jahre lang von den "international gebundenen Mächten Zentrum, Sozialdemokratie und Kommunismus" geprägt gewesen sei – ausdrücklich für die "nationalen Kräfte" geworben hatte.

Der von Hitler vom Zaun gebrochene Krieg, insbesondere der Rußlandfeldzug war nach den inzwischen allgemein zugänglichen Erkenntnissen ein verbrecherischer Krieg. (20) Man braucht also kein "Besserwisser" (21) zu sein, um die Beteiligung an diesem Verbrechen als Schuld zu bezeichnen. Helmut Gollwitzer, der sich wie viele Bekenntnispfarrer im Unterschied zu Bonhoeffer daran beteiligt hatte, hat dies im Nachhinein eindrücklich bezeugt. (22)

Auch Bonhoeffers Entscheidung, im Sommer 1939 wenige Wochen vor Kriegsbeginn aus Amerika

nach Deutschland zurückzukehren, auf die von Dohnanyi sich als Beleg für Bonhoeffers angeblichen "Patriotismus" beruft, spricht vor diesem Hintergrund bei genauerem Hinsehen eine durchaus zweideutige Sprache. Tatsächlich ist in Bonhoeffers Amerika-Tagebuch emphatisch von "Deutschland" die Rede. (23) Es wäre aber ein höchst paradoxer Begriff von Patriotismus, der die Niederlage des deutschen Volkes betreibt, "damit die christliche Zivilisation überleben kann". So Bonhoeffer in seinem Abschiedsbrief an den amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr im Sommer 1939 vor der Rückkehr nach Deutschland. (24) Vor die Alternative, zwischen der deutschen Nation und der christlichen Zivilisation wählen zu müssen, wählt Bonhoeffer das letztere, – ein deutlicher Beleg für sein ökumenisches "Weltbürgertum" und seinen mangelnden "Patriotismus" ist kaum denkbar. Dabei ist die "christliche Zivilisation" oder auch das "christliche Abendland", das Bonhoeffer in seiner Ethik beschwört, (25) ein durchaus konservatives politisches Konzept, aber eben doch ein internationales.

Bonhoeffer hatte also entschieden, die Niederlage Deutschlands zu wählen. Er war nach Deutschland zurückgekehrt, um dazu beizutragen, diese Niederlage herbeizuführen. (26) Als Visser't Hooft ihn eines Abends während seiner zweiten im Auftrag der Abwehr unternommenen Schweizer Reise im September 1941 fragte: "Wofür beten Sie eigentlich in der heutigen Lage?", soll Bonhoeffer geantwortet haben: "Wenn Sie es wissen wollen, ich bete für die Niederlage meines Landes, denn ich glaube, dass das die einzige Möglichkeit ist, um für das ganze Leiden zu bezahlen, das mein Land in der Welt verursacht hat." (27)

Entsprechend widersprach Bonhoeffer am 31. Mai 1942 im schwedischen Sigtuna den Drohungen mit militärischer Stärke, wie sie Hans Schönfeld, ein Vertreter des Widerstands, gegenüber Bischof Bell vorgetragen hatte: Nach Bonhoeffers Auffassung musste ein "Gericht Gottes" stattfinden; "unsere Aktion muss so beschaffen sein, dass die Welt sie als einen Akt der Buße verstehen wird. Christen wünschen nicht, der Buße oder dem Chaos zu entgehen, wenn Gottes Wille es über uns bringen will." Es müsse also zu einer regelrechten deutschen Kapitulation kommen, wenn die Alliierten das verlangten. (28)

Wohlgemerkt: Wenn Deutschland nach der Niederlage eine demokratische Entwicklung nehmen konnte, dann aufgrund der von Bonhoeffer gewünschten und erhofften militärischen Niederlage gegen die Alliierten. Die deutsche Demokratie ist nicht das Ergebnis einer patriotischen Tat, sondern einer kosmopolitischen Aktion ungeahnten Ausmaßes.

Von Dohnanyi kann sich mit seiner Formulierung – "ein Tod für Deutschland" – scheinbar auf George Bells Gedenkpredigt für Bonhoeffer berufen: "His death is a death for Germany", aber doch nur scheinbar! Denn – anders als von Dohnanyi fährt Bell fort: "indeed for Europe too...; for the Church, not only in that Germany which he loved, but the Church Universal which was greater to him than nations, the hope of a new life". Ein Tod für Deutschland war Bonhoeffers Tod demnach doch nur in der weiteren Perspektive: als ein Tod für Europa. Und auch als Tod eines Märtyrers seiner Kirche ist dies nach Bell nicht einfach ein Tod für die Kirche in Deutschland gewesen, sondern für die universale Kirche, für die Ökumene. Anders hat Bonhoeffer Kirche nicht verstehen können. Es ist insofern bezeichnend, dass es eben nicht ein Deutscher war, sondern ein Bischof einer Nation, gegen die Deutschland Krieg geführt hatte, der es riskierte, von einem "Tod für Deutschland" zu reden. Wird diese Formel von einem Deutschen zitiert, auch noch unter Weglassung der präzisierenden Fortsetzung, dann wird Bonhoeffers Tod in illegitimer Weise national vereinnahmt.

Politisch bleibt für mich die Frage, ob der Vorwurf des "Verrats" gegen Bonhoeffer nicht doch etwas Wahres traf: Waren die Verschwörer nicht tatsächlich "Verräter", Verräter nämlich an einem "Vaterland" und einer "Volksgemeinschaft", die einer verbrecherischen Sache dienten? Vielleicht kann nur eine Neubewertung, wie sie der israelische Historiker Frank Stern vornimmt, aus der elenden Debatte herausführen: Er will gerade "nur solche Taten" als Widerstand gelten lassen, "die zu ihrer Zeit und auch heute als aktiver kompromißloser Verrat an Hitler und an dem Deutschland, das durch den Nationalsozialismus repräsentiert wurde, zu werten sind". (29)

#### 4. Ein "Gerechter aus den Völkern"?

Jüngst ist – von den USA ausgehend – eine neue Diskussion über die "Bewertung" von Bonhoeffers Lebenswerk angezettelt worden: Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob Bonhoeffer nicht im Sinne der Jerusalemer Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust und die Helden des Widerstandes in "Yad Vashem" als ein "Gerechter aus den Völkern" anzuerkennen sei. Nach den Kriterien der Gedenkstätte, die in einem Gesetz der israelischen Knesset geregelt worden sind, können als "Gerechte aus den Völkern" solche Nicht-Juden geehrt werden, die direkt und aktiv, unter Gefährdung ihres eigenen Lebens an der Rettung von Juden z.Z. des nationalsozialistischen Judenmords beteiligt waren. Der Antrag des amerikanischen Rechtsanwalts Stephen A. Wise, Bonhoeffer in dieser Form anzuerkennen, ist bisher von der Gedenkstätte

zurückgewiesen worden. Es gebe keine ausreichende Evidenz dafür, dass Bonhoeffer unter persönlichen Risiken Juden gerettet habe. (30) Das Zögern hinsichtlich einer entsprechenden Würdigung Bonhoeffers dürfte nicht zuletzt auch damit zusammenhängen, dass er – ungeachtet seiner mutigen Haltung im Widerstand gegen den Nazi-Staat – als Theologe an der antijüdischen Tradition des deutschen Luthertums partizipierte. (31)

Ich denke, es ist noch zu früh, zu dieser Diskussion abschließend Stellung zu nehmen. Ich will hier nur an eine aus großer historischer Perspektive ganz nebensächliche Aktion erinnern, die manch einer gewiß für eine "Don-Quijoterie" gehalten hat und die im Versuch bestand, ein paar bedrohte Menschenleben zu retten: das sogenannte "Unternehmen Sieben", durch das Bonhoeffer und vor allem sein Schwager Hans von Dohnanyi schließlich beinahe die Attentatspläne gefährdet haben. Wenn etwas am militärischen Widerstand vorbildlich war, dann dürfte es jedoch gerade diese Aktion praktischer Solidarität, menschlicher "Teilnahme" gewesen sein, in der vierzehn Menschen jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft, als Spione des Amtes Ausland/Abwehr getarnt, im September 1942 – zu einem Zeitpunkt also, als die "Endlösung der Judenfrage" bereits im Gang war und jede legale Ausreise aussichtslos gewesen wäre – über die Schweizer Grenze gebracht wurden. (32)

Ein Briefwechsel, der nach dem erfolgreichen Abschluß der Aktion und der Niederwerfung Nazi-Deutschlands zwischen Hans Bernd Gisevius und Fritz W. Arnold, dem Sprecher der Geretteten, geführt wurde, macht die theologisch-politische Dimension des "Unternehmens Sieben" deutlich:

Anfang 1946 erklärte Gisevius gegenüber Arnold, "dass das Amt Ausland/Abwehr ‚zu solchen Dingen außerordentlich wenig geeignet‘ und ‚höchstens zur Vorbereitung eines Attentats geschaffen‘ gewesen sei". Er bezeichnete es "deshalb als ‚höchst bedenklich, sich durch irgendwelche Einzelaktionen, mochten sie auch noch so gut gemeint sein, von diesem großen Ziele ablenken zu lassen.“ (33) Fritz W. Arnold entgegnete Gisevius, "nach seiner Überzeugung wiege ‚ein gerettetes Menschenleben – ein Sandkorn im Meer der Ermordeten – schwerer als jedes Attentat, und habe es einem noch so großen Ziel gegolten...‘." Gisevius bemerkt daraufhin, "es lohne nicht, den Briefwechsel fortzusetzen, da Arnold ‚talmudisch‘ argumentiere". (34)

Eben solch "talmudisches" Denken war es aber offensichtlich, das Dietrich Bonhoeffer und Hans von

Dohnanyi – durchaus im Unterschied zu anderen Beteiligten des Widerstandes – motivierte.

\*\*\*

Dies alles sind – wie gesagt – Vorkriegsgedanken. Ich vermag noch nicht zu beurteilen, ob sie heute noch etwas taugen. Ich bin aber überzeugt, dass auch die Bedeutung Bonhoeffers für die "Berliner Republik" in diesen Kriegswochen einem erheblichen Bedeutungswandel unterliegt. Symptomatisch dafür ist der Mißbrauch des Begriffs "Verantwortung", wie er zunehmend zu beobachten ist. Auch dazu hätte Bonhoeffer einiges zu sagen gehabt. Aber das ist ein anderes Thema...

## Anmerkungen:

(1) Vgl. Dietrich Bonhoeffers Brief an Paul Lehmann vom 20. September 1941, in: *International Bonhoeffer Society, Newsletter, English Language Section*, Nr. 68, Oktober 1998, 10f.

(2) Richard von Weizsäcker, *Die Deutschen und ihre Identität. Reden des Bundespräsidenten, Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Schriftenreihe Gegenwartsfragen, Nr. 50)*, Kiel 1986, 57ff.

(3) Das Motto ist Bonhoeffers fragmentarischer "Meditation über Psalm 119" (1939/40) entnommen, und zwar der Auslegung von Vers 16 ("Ich habe meine Lust an deinen Satzungen und will deiner Worte nicht vergessen"); vgl. *Dietrich Bonhoeffer Werke (DBW)*, Bd. 15: *Illegale Theologenausbildung: Sammelykariate 1937-1940*, hg. v. D. Schulz, Gütersloh 1998, 525.

(4) Es geht im folgenden nicht darum, einen Überblick über die Bonhoeffer-Rezeption innerhalb und außerhalb Deutschlands zu geben. Vielmehr soll anhand ausgewählter "Bilder", die sich Kirche und Gesellschaft von Bonhoeffer gemacht haben, ein Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung Bonhoeffers beschrieben werden.

(5) Vgl. dazu Heinz Eduard Tödt, "Zwiespältiges Gedenken", in: *Evangelische Kommentare* 1985 (H. 5), 245.

(6) Zit. nach der Übersetzung von Ilse Tödt, in: *Bonhoeffer-Rundbrief. Mitteilungen der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft, Sektion Bundesrepublik Deutschland*, Nr. 45, November 1994, 29.

(7) Vgl. Eberhard Bethge, *Dietrich Bonhoeffer: Theologe. Christ. Zeitgenosse*, München (4. Aufl.), 1978, 1042.

(8) Das folgende nach Heinz Ponnath, "Ein schändliches Urteil", in: *Evangelische Kommentare* 1995 (H. 4), 200-203. – Vgl. dazu auch Christoph U. Schminck-

*Gustavus, Der "Prozess" gegen Dietrich Bonhoeffer und die Freilassung seiner Mörder*, Bonn 1995.

(9) Ponnath weist im übrigen darauf hin, dass "mindestens zwei der fünf Richter, die beim Urteil des Bundesgerichtshofs ... mitwirkten..., selbst dem NS-Regime gedient" hatten. "Das Urteil wurde weder in der amtlichen Sammlung des Bundesgerichtshofs noch in einer deutschen juristischen Fachzeitschrift veröffentlicht. Es wurde damit der öffentlichen Kritik entzogen."

(10) Man denke nur an den berüchtigten Satz des früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger: "Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein."

(11) Vgl. Bernhard Heinrich Forck, *Und folget ihrem Glauben nach. Gedenkbuch für die Blutzugehörigen der Bekennenden Kirche*, Stuttgart 1949, 7: "Der Unterschied zur Widerstandsbewegung liegt aber darin, dass der Ansatzpunkt des Kampfes nicht in der Politik, sondern ausschließlich im Bekenntnis der Kirche lag. Alle, von denen in diesem Buch die Rede ist ..., haben ihre Leiden nicht darum auf sich genommen, weil sie mit der Politik des Dritten Reiches nicht einverstanden waren ..., sondern nur und ganz ausschließlich aus dem Grunde, weil sie das Bekenntnis der Kirche angegriffen sahen...". – Nach diesem Kriterium hätte Bonhoeffer eigentlich keine Berücksichtigung in dem Gedenkbuch finden dürfen.

(12) Vgl. etwa: Eberhard Bethge, "Modernes Märtyrertum als gemeinsames evangelisch-katholisches Problem" (1968), in: ders., *Ohnmacht und Mündigkeit. Beiträge zur Zeitgeschichte und Theologie nach Dietrich Bonhoeffer*, München 1969, 114-151.

(13) Vgl. Mary Glazener, "A Celebration of the Martyrs of the Church in the 20th Century", in: *International Bonhoeffer Society (English Language Section), Newsletter*, No. 68 (October 1998), 1-3.

(14) Es muss an dieser Stelle besonders betont werden, dass es nicht um eine repräsentative Darstellung der Bonhoeffer-Rezeption in der DDR geht, für die neben Albrecht Schönherr und Hanfried Müller auch Namen wie Heino Falcke und zahlreiche Ungenannte in der Kirche und ihren Gruppen stehen. Zweck dieses Abschnitts ist es lediglich, eine politische Variante der Verehrung Bonhoeffers als Märtyrer zu beschreiben.

(15) Vgl. Gerhard Winter, "Dietrich Bonhoeffer – Kämpfer gegen Krieg und Faschismus", in: *Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin*, Nr. 5: *Dietrich Bonhoeffer – Kämpfer gegen Krieg und Faschismus*, Berlin 1981, S.9-26.

(16) Soweit ich sehe, taucht der Begriff "Patriotismus" im Zusammenhang mit Bonhoeffer erstmals 1973 auf, – im Titel "True Patriotism" (wahrer Patriotismus) für den dritten Band der englischen Ausgabe von Bonhoeffers "Gesammelten Schriften", der den Zeitraum 1939 – 1945 abdeckt: *True Patriotism: Letters, Lectures and Notes, 1939 - 1945. Collected Works of Dietrich Bonhoeffer*, vol. III, London: Collins, 1973. – Vgl. aber auch Willem A. Visser 't Hooft 1945 (Anm. 27).

(17) Die folgenden Zitate nach: Klaus von Dohnanyi, "Ein Tod für Deutschland", in: *Die Zeit*, 9. 4. 1995.

(18) D. Bonhoeffer, *Fragmente aus Tegel* (DBW 7), hg. v. Renate Bethge u. Ilse Tödt, Gütersloh 1994, 496.

(19) E. Bethge, *Dietrich Bonhoeffer*, 315.

(20) Vgl. *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945. Eine Dokumentation*, hg. v. Reinhard Rürup, Berlin 1991. – Vgl. auch den *Ausstellungskatalog Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, hg. v. Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996.

(21) Als "naseweise Besserwisser" bezeichnet von Dohnanyi in dem erwähnten Zeit-Artikel diejenigen, die etwa Martin Niemöller vorwerfen, er habe sich wie viele andere Bekenntnispfarrer auch freiwillig an die Front melden wollen.

(22) Vgl. Helmut Gollwitzer, "Der Überfall", in: *Der Krieg trifft jeden ins Herz*, hg. v. d. Trägergemeinschaft Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste u. a., Berlin 1985, 93-99. – Vgl. schon ders., ... und führen, wohin du nicht willst. *Bericht einer Gefangenschaft, München 1951*.

(23) Vgl. DBW 15, 217-240.

(24) D. Bonhoeffer, *Brief an Reinhold Niebuhr* (Ende Juni 1939), in: DBW 15, 210: "Christians in Germany will face the terrible alternative of either willing the defeat of their nation in order that Christian civilization may survive, or willing the victory of their nation and thereby destroying our civilization. I know which of these alternatives I must choose...".

(25) Vgl. D. Bonhoeffer, *Ethik*, hg. v. Ilse Tödt u. a., München 1992. DBW 6, 89-124 (*Erbe und Verfall*).

(26) Vgl. etwa den ausführlichen Bericht von Visser 't Hooft über seine Begegnung mit Bonhoeffer während dessen erster Schweizer Reise im Auftrag der Abwehr im Frühjahr 1941: "Inside the Confessing Church there is a certain difference of conviction with regard to the stand which the Church should take... With regard to the attitude to the war, it is generally recognized among believing Christians that a victory of their government will have the most fateful consequences for the Church in their own country as well as in other countries. On the other hand, they consider that a defeat of their country would probably mean its end as a nation. Thus many have come to believe that whatever the outcome of it all will be, it will be an evil thing for them. One hears, however, also voices which say that after all the suffering which their country has brought upon others they almost hope for an opportunity to pay the price by suffering themselves" (zit. nach: E. Bethge, *Dietrich Bonhoeffer*, 819).

(27) Vgl. Willem A. Visser 't Hooft, "Begegnung mit Dietrich Bonhoeffer", in: *Das Zeugnis eines Boten. Zum Gedächtnis von Dietrich Bonhoeffer, Genf 1945*, 7 (Hervorh. AP). – Visser 't Hooft läßt dieser Erinnerung freilich den Kommentar folgen: "War er denn ein schlechter Patriot? Gewiß nicht."

(28) Vgl. das "Tagebuch" von George Bell, in: DBW 16: *Konspiration und Haft 1940-1945*, hg. v. J. Glenthøj, U. Kabitz u. W. Krötke, Gütersloh 1996, 294: "Dietrich commented on Schönfeld's views in following way: Christian conscience not quite at ease with Schönfeld's ideas. There must be punishment by God. We should not be worthy, of such a solution. Our action to be such as will be understood as act of repentance... Christians do not wish to escape repentance, or chaos if God wills to bring it on us...". – Vgl. auch G. Bell, "The background of the Hitler plot" (1945), in: D. Bonhoeffer, *Gesammelte Schriften*, hg. v. E. Bethge, Bd. I: *Ökumene, München* (2. Aufl.) 1965, 395. – Vgl. auch G. Bell, "The Church and the Resistance Movement" (1957), a. a. O., 405.

(29) Frank Stern, "Wolfsschanze versus Auschwitz. Widerstand als deutsches Alibi? Zur Debatte um den 20. Juli", in: *Freitag* vom 15. Juli 1994.

(30) Vgl. das Schreiben von Mordechai Paldiel (Jerusalem) vom 28. Oktober 1998 an Stephen A. Wise, in: *International Bonhoeffer Society (English Language Section), Newsletter*, No. 68 (October 1998), 15: "After a full review of the contents of your petition – our preliminary conclusion is that the data presented does not accord with our criteria for the title 'Righteous Among the Nations'...". – Vgl. auch den Artikel "Who, exactly, is a 'Righteous Gentile'?" (*Jerusalem Post*, 22. 4. 1998), in: *International Bonhoeffer Society (English Language Section), Newsletter*, No. 67 (June 1998), 1-3.

(31) Vgl. D. Bonhoeffer "Die Kirche vor der Judenfrage" (1933), in DBW 12: *Berlin 1932-1933*, hg. v. C. Nicolaisen u. E. A. Scharffenorth, Gütersloh 1997, 354: "Niemals ist in der Kirche Christi der Gedanke verlorengegangen, dass das 'auserwählte Volk', das den Erlöser der Welt ans Kreuz schlug, in langer Leidensgeschichte den Fluch seines Tuns tragen muss." – Zum Thema vgl. E. Bethge, "Dietrich Bonhoeffer und die Juden", in: *Konsequenzen. Dietrich Bonhoeffers Kirchenverständnis heute*, hg. v. E. Feil u. I. Tödt, München 1980, 171-214.

(32) Vgl. Winfried Meyer, *Unternehmen Sieben. Eine Rettungsaktion für vom Holocaust Bedrohte aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht*, Frankfurt a.M. 1993.

(33) H. B. Gisevius, *Brief an Fr. W. Arnold* vom 5. 1. 1946; zit. nach: Winfried Meyer, *Unternehmen Sieben*, 457f.; vgl. a. a. O., 458: "Ähnlich äußerte sich Gisevius auch in seinem 1946 erschienenen Buch 'Bis zum bitteren Ende', in dem er ... apodiktisch feststellte: 'Wer ein hohes illegales Spiel treibt, kann sich nebenher nur höchst bedingt für karitative Zwecke exponieren, mögen sie noch so gut getarnt sein.'"

(34) Fr. W. Arnold, *Brief an H. B. Gisevius* vom 9. 1. 1946; zit. nach: W. Meyer, *Unternehmen Sieben*, 590 [Anm. 670].

## Eigenart und Bedeutung der dichterischen Rede über die Schatten der NS-Vergangenheit

von Helmuth Kiesel

Zusammen mit der Einladung zu diesem Vortrag, für die ich herzlich danke, wurde mir der Vorschlag gemacht, meine Überlegungen resp. Ausführungen unter einen Satz zu stellen, der sich am Ende der vieldiskutierten Friedenspreisrede von Martin Walser findet: "Nichts macht so frei wie die Sprache der Literatur." Aber so sehr ich diesen Vorschlag verstand und so sehr ich Walser schätze - : auf diesen Satz mochte ich mich nicht einlassen. Er klang mir zu apodiktisch und schien mir eine zu starke, eine zu stark einengende Prämisse zu sein. Ich wollte nicht diesen Satz bestätigen oder widerlegen, sondern ohne Vorgabe in größerer Freiheit überlegen, welche Bedeutung die Literatur, also die sogenannte schöne oder dichterische Literatur, für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit hatte, hat und haben könnte. So kam es zu dem Thema 'Eigenart und Bedeutung der dichterischen Rede über die Schatten der NS-Vergangenheit'. In ihm ist der Satz von Walser enthalten, aber nicht als Behauptungssatz, sondern als Fragesatz.

Wenn ich nun der Frage nach der Eigenart und Bedeutung der dichterischen Rede für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nachgehe, so geschieht dies am Material. Die deutschsprachige Literatur hat früh damit angefangen, die NS-Zeit und ihre bewusstseinsmäßigen oder psychischen Folgen zu thematisieren, und aus der Vielzahl der Werke, die anzuführen wären, möchte ich auf einige von denen eingehen, an denen Eigenart und Bedeutung, aber auch die Problematik des dichterischen Sprechens über die NS-Vergangenheit besonders deutlich werden.

Da ist zunächst einmal das Werk des 1947 verstorbenen Wolfgang Borchert, drei Dutzend kleiner Erzählungen und das große Erfolgsdrama 'Draußen vor der Tür'. Es ist für uns besonders interessant, weil Borchert mit großer Klarheit gesehen und dargetan hat, welche psychische Reaktion auf das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg eigentlich fällig gewesen wäre - und welche Reaktion tatsächlich einsetzte. Und das ist ein wichtiges Moment der Bedeutung, die der Dichtung im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg zukommt: Sie entwickelt eine möglich Norm und zeigt

zugleich das tatsächliche und der Norm nicht genügende Verhalten.

Als Reaktion auf die Greuel des Dritten Reichs wäre - Borchert zufolge - eigentlich fällig gewesen, dass die Menschen ihre psychische Normalität - und damit auch ihre Überlebensfähigkeit - eingebüßt hätten. In Borcherts Erzählungen geschieht dies auf zweierlei Weise: Die einen werden von pathologischer Trauer ergriffen, können die Toten nicht vergessen, die allnächtlich an ihrem Bett erscheinen, verlieren darüber die ganze Energie, die man fürs Leben braucht, gleiten in die Depression ab und suchen, wie der Protagonist von 'Draußen vor der Tür', nach einem Weg, dem Leben zu entkommen. Andere verlieren vorübergehend die Kontrolle über ihre Affekte, geraten - zumindest vorübergehend - in die Gefahr, den Verstand zu verlieren: so der kanadische Bomberpilot Bill Brook aus Hopedale, der kurz nach Kriegsende nach Hamburg kommandiert wird, dort seinen Namen auf einem Verkehrsschild entdeckt, diesem folgt und also in den Stadtteil Billbrook kommt: eine einzige Steinwüste, ein riesiger Schutthaufen, unter dem Zehntausende von Menschen liegen (55.000, wenn ich richtig informiert bin). Und als der Kanadier dann noch erfährt, dass dieser Stadtteil in zwei Nächten niedergelegt wurde, da bricht er in ein hysterisch wirkendes Lachen aus und kann damit gar nicht mehr aufhören:

*"Er lachte und lachte, und es war wie kleine Schreie, laut und erschrocken. Die ganze gewaltige große Stadt - in zwei Nächten? Er wusste nicht, was er anderes tun sollte, als lachen. Er dachte an Hopedale und er dachte: Zwei Nächte. Hopedale würden sein wie eine Lüge. Hopedale würde nicht mehr wahr sein nach zwei Nächten. Gelogen. Getilgt. Er dachte, dass vielleicht zehntausend Menschen unter der flachen Stadt liegengeblieben waren. Er lachte: Zehntausend Tote. Flach, platt und tot. Zehntausend in zwei Nächten. Ein ganze Stadt! In zwei Nächten. Flach, platt, tot.*

*Der Kanadier konnte nicht aufhören zu lachen. Er lachte und lachte. Aber der lachte nicht aus Freude und nicht aus Lust. Er lachte aus Unglauben, aus Überraschung, aus Erstaunen, aus Zweifel. Er lachte, weil er es sich nicht vorstellen konnte. Er lachte, weil es ihm unmöglich erschien. Lachte, weil es ungeheuerlich war. Er lachte, weil es ihn froh, weil es ihn erstarren ließ, weil es ihm graute. Es graute ihm und er*

*lachte. Der Kanadier stand in seiner sauberen blauen Uniform in einer unermesslichen unvergeßlichen Wüste von Steinen und Toten und lachte. Stand mit seinem sauberen glatten Gesicht abends am Kanal neben Anglern, und die hatten staubige faltige Gesichter und hatten nur drei Beine. So stand der Kanadier abends am Kanal und lachte. Da ließ der Einbeinige ein Wort aus dem unbeweglichen Mund auf den grünschwarzen Schlick fallen. Und das Wort klatschte wie eine Ohrfeige. Und dabei sah er den lachenden Soldaten an, dass dem das Lachen wie ein Hilfeschrei im Hals steckenblieb. Aber der Alte hatte gefühlt, dass der Fremde nichts anderes hatte tun können, als lachen. Und er hatte gefühlt, dass es ein Lachen aus Grauen war. Daß es voller Grauen war, grauenhaft. Grauenhaft nicht nur für sie beide, grauenhaft auch für den Lacher."*

Bill Brook findet dann doch noch einmal seine Fassung, kehrt in die Kaserne zurück und setzt sich hin, um einen Brief nach Hause zu schreiben:

*"Er wollte von Billbrook schreiben, von dem Stadtteil Billbrook, von der Telefonzelle, der Litfasssäule, von der Laterne. Er wollte von den beiden Anglern mit den drei Beinen schreiben, von den Zigaretten im Wasser und vom Gras, vom großen grünen grauen Großstadtgras. Von den Leichenspingern wollte er schreiben, von der toten Stadt und ihren zehntausend flachgedrückten plattgedrückten Einwohnern. Von der toten Stadt wollte er schreiben und von dem Mädchen mit dem Ball. Davon wollte er schreiben. Das wollte er denen zu Hause schreiben, denen in Kanada, denen in Labrador. Aber dann schrieb er kein Wort davon. Dann schrieb er kein Wort von der toten Stadt. Dann schrieb er nur vom Wasser in Hopedale."*

Ich denke, dass damit beschrieben ist, was man bald darauf als Verdrängung bezeichnet und mit zunehmender Schärfe verurteilt hat. Borchert gewährt sie seinem Helden - und gewährt ihm damit das Weiterleben als ein vermutlich normaler Mensch. Zugleich wird aber doch erkennbar, was eigentlich fällig gewesen wäre: dass Bill Brook den Verstand tatsächlich verloren hätte oder dass er wenigstens so stark wäre angeschlagen worden, dass er ins Irrenhaus hätte verbracht werden müssen - wie später, 1959, in Heinrich Bölls Roman 'Billard um halb zehn' die Architektengattin Johanna Fähmel, die nach dem Kriegstod ihres Sohnes so lange "wozuwozuwozu" murmelt, bis man sie in ein Irrenhaus einliefert, oder wie der Protagonist von Günter Grass 'Blechtrommel', ebenfalls 1959, der sich in eine Heilanstalt einweisen läßt, um sich endlich seiner Trauer und seiner Erinnerungsarbeit hingeben zu können. Darin deutet sich die Norm für die Auseinandersetzung mit dem

Dritten Reich an. Sie besagt, dass eigentlich den Verstand verlieren muss oder zumindest zu einem normalen Leben nicht mehr fähig sein kann, wer sich die Greuel des Dritten Reichs vor Augen hält.

Borchert hat aber nicht nur diese rigorose Norm angedeutet; er hat auch gezeigt, wie sich die Menschen gegen das Wirksamwerden dieses Postulats schützten: nämlich durch Verdrängung, wie der gute Bill Brook, oder durch Konzentration auf die Erfordernisse des Lebens, wie Borchert dies in seinem Drama 'Draußen vor der Tür' gezeigt hat. Da gibt es eine Szene, die wie kaum ein zweites Stück Literatur deutlich macht, wie sehr die materielle Not das Bewusstsein der Menschen in der frühen Nachkriegszeit bestimmt und eingeengt haben mag. Es ist die fünfte Szene. Der Kriegsheimkehrer Beckmann steht vor der elterlichen Wohnung, sieht an der Tür aber ein anderes Namensschild und erfährt auch gleich, dass seine Eltern verzogen seien, und zwar nach "Kapelle 5":

BECKMANN: *Kapelle 5? Was für eine Kapelle 5 denn?*

FRAU KRAMER (resigniert, eher wehleidig als brutal): *Kapelle 5 in Ohlsdorf. Wissen Sie, was Ohlsdorf ist? Ne Gräberkolonie. Wissen Sie, wo Ohlsdorf liegt? Bei Fuhlsbüttel. Da oben sind die drei Endstationen von Hamburg. In Fuhlsbüttel das Gefängnis, in Alsterdorf die Irrenanstalt. Und in Ohlsdorf der Friedhof. Sehen Sie, und da sind sie geblieben, Ihre Alten. Da wohnen sie nun. Verzogen, abgewandert, parti. Und das wollen Sie nicht wissen?*

BECKMANN: *Was machen sie denn da? Sind sie denn tot? Sie haben doch noch eben gelebt. Woher soll ich das denn wissen? Ich war drei Jahre lang in Sibirien. Über tausend Tage. Sie sollen tot sein? Eben waren sie doch noch da. Warum sind sie denn gestorben. ehe ich nach Hause kam? Ihnen fehlt doch nichts. aß mein Vater den Husten hatte. [...]*

FRAU KRAMER: (vertraulich, schlampig, auf rauhe Art sentimental): *Ha, Sie sind vielleicht 'ne Marke, Sie komischer Sohn. Gut, Schwamm drüber. Tausend Tage Sibirien ist auch kein Spaß. Versteh schon, wenn man dabei durchdreht und in die Knie geht. Die alten Beckmanns konnten nicht mehr, wissen Sie. Hatten sich ein bißchen verausgabt im Dritten Reich, das wissen Sie doch. Was braucht so ein alter Mann noch Uniform zu tragen. Und dann war er ein bißchen doll auf die Juden, das wissen Sie doch, Sie, Sohn, Sie. Die Juden konnte Ihr Alter nicht verknusen. Die regten seine Galle an. Er wollte sie alle eigenhändig nach Palästina jagen, hat er immer gedonnert. Im Luftschutzkeller, wissen Sie, immer wenn eine Bombe*

*runterging, hat er einen Fluch auf die Juden losgelassen. War ein bißchen sehr aktiv, Ihr alter Herr. Hat sich reichlich verausgabt bei den Nazis. Na, und als das braune Zeitalter vorbei war, da haben sie ihn dann hochgehen lassen, den Herrn Vater. Wegen den Juden. War ja auch ein bißchen doll, das mit den Juden. Warum konnte er auch seinen Mund nicht halten. War eben zu aktiv, der alte Beckmann. Und als es nun vorbei war mit den braunen Jungs, da haben sie ihm mal ein bißchen auf den Zahn gefühlt. Na, und der war ja faul, das muss man wohl sagen, der war ganz oberfaul. [...]*

**BECKMANN:** *Weiter. Was ist mit meinem Vater. Erzählen Sie doch weiter. Es war gerade so spannend. Los, weiter, Frau Kramer, immer weiter!*

**FRAU KRAMER:** *Da ist nichts mehr zu erzählen. An die Luft gesetzt haben sie Ihren Papa. ohne Pension, versteht sich. Und dann sollten sie noch aus der Wohnung raus. Nur den Kochtopf durften sie behalten. Das war natürlich trübe. Und das hat den beiden Alten den Rest gegeben. Da konnten sie wohl nicht mehr. Und sie mochten auch nicht mehr. Na, da haben sie sich dann selbst endgültig entnazifiziert. Das war nun wieder konsequent von Ihrem Alten, das muss man ihm lassen.*

**BECKMANN:** *Was haben sie? Sich selbst -*

**FRAU KRAMER (mehr gutmütig als gemein):** *Entnazifiziert. Das sagen wir so, wissen Sie. Das ist so ein Privatausdruck von uns. Ja, die alten Herrschaften von Ihnen hatten nicht mehr die rechte Lust. Einen Morgen lagen sie steif und blau in der Küche. So was Dummes, sagt mein Alter, von dem Gas hätten wir einen ganzen Monat kochen können.*

**BECKMANN (leise, aber furchtbar drohend):** *Ich glaube, es ist gut, wenn Sie die Tür zumachen, ganz schnell. Ganz schnell! Und schließen Sie ab. Machen Sie ganz schnell Ihre Tür zu, sag ich Ihnen! Machen Sie! (Die Tür kreischt, Frau Kramer schreit hysterisch, die Tür schlägt zu.)*

**D**as ist natürlich eine groteske Verzerrung der Wirklichkeit, aber zuzeiten ist, wie Adorno einmal bemerkt hat, die "Übertreibung", künstlerisch also die Groteske, "das Medium von Wahrheit" (vgl. Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Eingriffe: neun kritische Modelle. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1980, S. 140).

Was aber ist die geschichtliche und sozialpsychologische Wahrheit der eben rekapitulierten Stücke von Borchert? Nicht allein die 'Unfähigkeit zu trauern', die Alexander und Margarete Mitscherlich zwan-

zig Jahre später in ihrem wirkungsreichen Buch beschrieben haben, sondern noch etwas anderes, was in eben diesem Buch auch dargelegt ist, aber meist übersehen wird. Es wird dort nämlich auch gesagt, und es wird zweimal gesagt, dass die Deutschen, wenn sie überleben wollten, gar keinen andern Weg als den der Verdrängung und Verleugnung der NS-Verbrechen hatten. Hätten sie, so Alexander und Margarete Mitscherlich, im Ernst und einschränkungslos wahrgenommen, was im Dritten Reich geschehen war, so wären sie in eine kollektive "Melancholie" (S. 58 der 13. Auflage von 1980) oder Depression abgeglitten und hätten als Volk nicht überleben können. Da aber setzen - ich zitiere wörtlich Alexander und Margarete Mitscherlich - psychische "Notfallreaktionen" ein, De-Realisierung des Unaushaltbaren, Verdrängung und Verleugnung, "Vorgänge, die dem biologischen Schutz des Überlebens sehr nahe, wenn nicht dessen psychische Korrelate sind" (S. 35). Unmittelbar nach dem entsetzlichen Ende des Dritten Reiches durfte von den Deutschen - in toto - kaum Trauer um die Opfer der NS-Verbrechen erwartet werden, nur Trauer um die eigenen Toten - ein Befund, der auch heute wieder bedenkenswert ist, wenn man beobachtet, wie eine Bevölkerung, die Bombardierungen ausgesetzt ist, auf inkriminierende Vorhaltungen reagiert.

Ich pointiere, was ich mit den Texten von Borchert gezeigt haben wollte:

Die Literatur hat deutlich gemacht, welche psychische Reaktion angesichts der Greuel der NS-Zeit eigentlich fällig gewesen wäre: pathologische Trauer, kollektive Melancholie, massenweise Depression. Zugleich zeigt sie, dass der Überlebenswille dies verhinderte und Betrachtungsweisen pflegte, die das hochgradig zynisch wirken. Und überdies hat sie deutlich werden lassen, dass dieser Zustand, der von Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 als ein "submoralischer Notstand" bezeichnet wurde (S. 58), hochgradig defizitär und auf empörende Weise unangemessen war - : man kann ein Verhalten, wie es durch Borcherts Frau Kramer exemplifiziert wird, mit Alexander und Margarete Mitscherlich als Notfallreaktion verstehen, aber schwerlich billigen, schon gar nicht als Dauereinstellung.

Die Überwindung dieser Haltung - als Haltung eines großen Teils der Bevölkerung - war ein langwieriger Prozess, in dem viele Faktoren eine Rolle spielten. Theodor W. Adorno, nicht als einziger, aber doch mit besonderem Nachdruck, wies 1959 darauf hin, dass die vielbeschworene "Bewältigung" der Vergangenheit nur, wenn überhaupt, möglich sei als "Aufarbeitung" dieser Vergangenheit; als ihre intensive Vergegenwärtigung und genaue Durchleuchtung. Die Literatur hatte sich zu dieser Zeit bereits dieser

Aufgabe verschrieben. 1959 erschienen die 'Blech-trommel' und 'Billard um halb zehn': zwei Romane, die in unserem Zusammenhang nicht nur deswegen besonders bemerkenswert sind, weil sie die NS-Zeit im Sinne Adornos vergegenwärtigen, sondern auch, weil sie die Notwendigkeit der Erinnerung betonen - allein schon dadurch, dass ihre Protagonisten sich ausdrücklich gegen das Vergessen sperren und in einer geradezu pathologisch wirkenden Weise die Erinnerung suchen, herbeisinnieren, herbeireden oder herbeitrommeln. Und das heißt: Ende der fünfziger Jahre kamen Autoren wie Böll und Grass auf den Verdacht, dass die Erinnerung an das Dritte Reich verblaßte und deswegen stimuliert, aufgefrischt, präzisiert und vervollständigt werden mußte. Die Literatur machte sich dies zur Aufgabe. Sie erinnerte an die Greuel der NS-Zeit; und sie forderte und lehrte die Erinnerung - mustergültig Heinrich Bölls Essay 'Hierzulande' aus dem Jahr 1960: ein Essay, der ausdrücklich die Verschüttung der Erinnerung beklagt, der nach einer Erinnerung ruft, die länger als sechzehn Jahre zurückreicht; der dazu auffordert, beispielsweise den Bahnhofstreppen abzulesen oder abzulauschen, wer über sie getrieben wurde: "polnische Gefangene, russische Sklaven, Juden, Soldaten, verschickte Kinder, unzählige Füße Todgeweihter".

Die Literatur hat diese Erinnerungsarbeit nicht allein geleistet (zum folgenden vgl. Helmuth Kiesel: "So ist unser Gedächtnis jetzt angefüllt mit Furchtbarem": Literaturgeschichtliche Anmerkungen zum "Historikerstreit" [...]. In: Historikerstreit und politische Bildung. Hrsg. von Klaus Oesterle und Siegfried Schiele. Stuttgart: Metzler, 1989, S. 42-94).

**G**egen Ende der fünfziger Jahre setzte die intensive geschichtswissenschaftliche Erforschung der NS-Zeit ein, wurde (1958) die Ludwigsburger Zentrale zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen eingerichtet, kam es (ebenfalls 1958) zu einem ersten Prozess gegen KZ-Schergen (dem Ulmer Einsatzgruppenprozess). Dem folgten der Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961) und der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1964/65). Die Literatur hat die moralische und erinnerungsmäßige Wirkung dieser Prozesse intensiviert und prolongiert: Peter Weissens "Auschwitz-Oratorium" 'Die Ermittlung', das auf den Verhandlungsprotokollen beruht, wurde 1965 in einer Simultanaufführung von fünfzehn Bühnen der Bundesrepublik, der DDR und Großbritanniens zur Geltung gebracht, und sicher haben inzwischen mehr Menschen die 'Ermittlung' als die originalen Prozessprotokolle gelesen; der Eichmann-Prozess ist seit 1981 regelmäßig auf der Bühne oder im Fernsehen in der Form von Heinar Kipphardts Schauspiel 'Bruder Eichmann' zu sehen. So hat die Literatur hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass eintrat, was Martin

Walser 1965 im Anschluss an den Frankfurter Auschwitz-Prozess in einem berühmt gewordenen Essay als die wichtigste Folge dieses Prozesses bezeichnet hat: dass die bis dahin verdrängte Wahrnehmung der Greuel von Auschwitz so unabweisbar wurde, dass Auschwitz "Unser Auschwitz" wurde, wie der Titel dieses Essays lautet, und uns mit peinigenden Fragen konfrontiert; die Zeitgenossen mit der Frage: "Was ist mein konkreter Anteil an Auschwitz, etwa durch ergebene Hinnehmen der Verordnungen, mit denen die jüdische Bevölkerung ausgegrenzt wurde?"; die Nachgeborenen mit der Frage: "Wenn in Auschwitz etwas Deutsches zum Ausbruch kam, was ist dann in mir das Deutsche, das dort zum Ausbruch kam?"

Ich breche mit der Skizzierung dieser literarischen Bemühungen um Vergegenwärtigung und

*Ende der fünfziger Jahre kamen  
Autoren wie Böll und Grass auf den  
Verdacht, dass die Erinnerung an das  
Dritte Reich verblaßte und deswegen  
stimuliert, aufgefrischt, präzisiert und  
vervollständigt werden mußte.*

Erinnerung ab und versuche, gestützt auf Analysen verschiedener Art, einige Folgen zu benennen, damit verbunden auch einige Problemfelder. Das Motto dieser Tagung heißt zwar "Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart", und davon waren auch Autoren überzeugt, die ihr Schaffen in den Dienst der Erinnerung an die NS-Zeit stellten; aber vielleicht ist diese Ansicht nicht ganz unproblematisch. - Folgen also der Erinnerungsarbeit und Problemfelder:

## 1. Doppeltes Bewusstsein

"Das gespaltene Bewusstsein" heißt der Titel von Studien, in denen Hans Dieter Schäfer jene opportunistische Fragmentierung der Wahrnehmung im Dritten Reich beschrieben hat, die den Zeugen der NS-Vernichtungsmaßnahmen das Überleben und den Tätern die Ausführung ihrer Zerstörungs-, Deportations- und Mordaufträge erleichtert hat (Hans Dieter Schäfer: Das gespaltene Bewusstsein: deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945. Frankfurt am Main usw.: Ullstein, 1981). Diese Fragmentierung

der Wahrnehmung und des Bewusstseins wurde durch die seit den 60er Jahren intensiviertere Aufarbeitung des NS-Verbrechen auf allen Ebenen und durch die mediale Präsentation der einprägsamen "Bilder aus Furcht und Elend des Dritten Reiches" gewissermaßen rückgängig gemacht oder nachträglich komplettiert und gleichsam in ein doppeltes Bewusstsein verwandelt.

Mustergültig spiegelt sich dies in dem Gedicht "Nach Jahr und Tag" der 1946 geborenen Ulla Hahn, das in dem 1983 erschienenen Gedichtband "Spielende" enthalten ist:

*Nach Jahr und Tag*

*Ein Waggon führt vorbei  
Er hat Kohle geladen*

*Männer links Frauen rechts  
Zu den Kabinen im Freibad*

*Schuhe liegen auf einem Haufen  
Im Sommerschlussverkauf*

*Haare werden geschnitten  
Zu einer neuen Frisur*

*Menschen gehen ins Bad  
Zum Baden*

*Ein Feuer brennt  
Es wärmt*

*Rauch steigt auf  
Eine Kerze verlischt.*

Was sich in diesem Gedicht äußert, ist ein Bewusstsein, das von den häufig vor Augen geführten Bildern aus den Vernichtungslagern des Dritten Reiches so beeindruckt und strukturiert ist, dass es zu allen dafür in Betracht kommenden Szenen des gegenwärtigen Alltagslebens (zumal in der Freizeit- und Konsumsphäre) die entsprechenden Bilder aus den Vernichtungslagern hinzudenkt bzw. die "Furcht- und Elendbilder" der Vergangenheit in die Alltagsbilder der Gegenwart eingeschrieben sieht. Dies bedeutet nicht nur, dass gewöhnliche und erfreuliche Bilder aus dem gegenwärtigen Alltagsleben als Erinnerungszeichen an die schreckliche Vergangenheit aufgefasst werden; dies Vergangenheit ist dem "doppelten Bewusstsein" so präsent, dass ihm die Gegenwart - pointiert gesagt - nur als momentane und ungesicherte Abwesenheit der Vernichtungsanstalten jener schrecklichen Vergangenheit erscheint. Gedichte über "das gute Leben", wie sie sich Brecht in den "finsternen Zeiten" des Krieges erträumte, Preislieder auf "essen, trinken, wohnen, schlafen, lieben, arbeiten, denken,

die großen Genüsse", scheinen in ungebrochener Form nicht mehr realisierbar zu sein - auch nicht für die "Nachgeborenen". - Was dies für die weitere Entwicklung der Lebenseinstellung bedeutet, ist meiner Meinung nach noch gar nicht abzusehen.

## 2. "Vergegenkünftigung des Unheils"

Aus dem Willen, die verhängnisvolle Spaltung des Bewusstseins in jedem Fall zu vermeiden, resultiert für das "doppelte Bewusstsein" ein Zwang, in der Gegenwart auf Schritt und Tritt Residuen des alten Unheils und Vorboten neuen Unheils zu sehen. Sie kennen die Devisen: "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch." - "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen." - "USA = USSA". Die Erinnerung an die böse Vergangenheit machte die Gegenwart verdächtig, vielleicht über Gebühr verdächtig, und ließ für die Zukunft das Schlimmste befürchten. 1963 glaubte Karl Jaspers am Ende einer Stellungnahme zu Hochhuths "Stellvertreter" sagen zu müssen: "Das Judenmorden war ein Anfang. Die große Chance ist, dass das Ereignis sich in größtem Stil wiederholt, aber dann mit Hunderten von Millionen, ausgerottet durch Atombomben". Dieser Verdacht, dass es einen konsequenten Weg "vom Nazi-Holocaust zum nuklearen Holocaust" gibt, hat zeitweilig das geschichtliche Bewusstsein vieler Menschen bestimmt- und wohl auch verzerrt oder eingetrübt. In einem in der "Zeit" vom 27. Mai 1988 veröffentlichten Leserbrief, der sich mit einem zuvor erschienenen Artikel von Ulrich Greiner über die "Revolte der Nachgeborenen" befasst, heißt es: "Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und vor allem mit dem ersten technisch organisierten versuchten Völkermord, hat u.a. einen großen Teil dieser Generation zu der Erkenntnis (sic!) geführt, dass Auschwitz und Holocaust "nur" der Auftakt für ein Zeitalter sind, in dem alle Völker in jedem Augenblick ihrer Existenz durch Völkermord bedroht sind. Unter diesem Blickwinkel ist Auschwitz die Gegenwart der Zukunft."

Für das Produkt eines derartigen Geschichtsbewusstseins hat Günter Grass den Begriff der "Vergegenkunft" geprägt: "eine vierte Zeit, die es uns möglich macht, unsere Schuleinteilungen Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft zu überspringen oder parallelzuschalten, sie einzuholen oder uns näherzubringen, was die Zukunft betrifft". Der 1986 auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte erschienene Roman "Die Rättin" ist ein deutlicher Versuch, diese "vierte Zeit" in warnender Absicht zu gestalten, und wenn sich die "Rättin" ganz auf den "atomaren Holocaust" konzentriert, so wird doch auch deutlich,

dass die NS-Zeit mit ihren "KZ-Schiffen" und Einsatzkommandos zu den Voraussetzungen dieser zu erwartenden Katastrophe gehören, die über den aufklärerischen Traum von der "Erziehung des Menschengeschlechts" mit einem Blitz von großer, alles ausleuchtender Helligkeit aufklären wird. - Fraglich bleibt, ob dieser Erinnerungs- oder "Vergegenkünftigungszwang" eine angemessene Beurteilung der politischen Entwicklung eher förderte oder eher behinderte.

### 3. Der faszinierende "Widerschein des Nazismus"

Martin Walser zeigt sich in seinem Essay über den Frankfurter Auschwitz-Prozess 1965 durch zwei Momente beunruhigt: zum einen, wie schon angedeutet, durch die Frage nach seinem möglichen Anteil an Auschwitz; zum andern durch das Gewährwerden einer gewissen Faszination, die von dem, was dort zur Sprache kam, ausging: "[...] wer von uns", schrieb Walser, "erliegt nicht der Faszination, dieser hin und her streitenden Empfindung, angesichts der puren und deshalb gleißenden Brutalität der Figuren, die wir zu Teufeln und Raubtieren stilisierten! [...] Wir sind offenbar so. Kein Mensch, glaube ich, könnte des öfteren in Frankfurt im Gerichtssaal zuschauen, ohne von diesen schreckliche Zitate ebenso angezogen wie abgestoßen zu werden: Es ist die Frage, ob man sich der Natur dieser Faszination bewusst wird."

Das war ein früher und hellsichtiger, aber kaum beachteter Hinweis auf eine kontraproduktive Seite der Aufarbeitungs- und Erinnerungsbemühungen. Vergegenwärtigt wurde nicht nur das Grauenhafte, sondern auch das - merkwürdigerweise - Faszinierende, das von den Tätern und ihren Greuelthaten ausging. Daß man mit solcher Faszination zu rechnen hat, und erst recht im Fall von künstlerischen Darstellungen zu rechnen hat, haben später andere bestätigt. Als 1976/77 Hans-Jürgen Syberbergs 'Hitler'-Film die Kinosäle von Paris und New York füllte, schrieb Susan Sontag in einer Besprechung: "Eben geht der Film zu Ende, aber Syberberg will noch schnell ein weiteres, hinreißendes Bild fabrizieren [...]. Der Film ist selber die Schöpfung einer Welt, aus der ihr Schöpfer (man fühlt es) sich nur mit größter Mühe zurückziehen kann - genauso wie der hungerissene Zuschauer; diese Lektion in der Kunst der Einfühlung erregt wollüstige Beklemmung, Angst vorm Aufhören."

Diese Beobachtung hat der jüdische Historiker Saul Friedländer in seinem 1982 erschienenen Buch 'Kitsch und Tod: der Widerschein des Nazismus' verallgemeinert und gleichsam zu einem generellen

Misstrauensvotum gegen die Aufarbeitungs- und Erinnerungskunst gesteigert: In vielen Filmen, die die NS-Zeit thematisieren, so Friedländer, macht sich durch die Nachgestaltung ein "Widerschein des Nazismus" geltend, der verführerisch oder faszinierend wirken und allmählich zu einer Sympathie mit dem Dargestellten führen kann (S. 14). In den meisten Fällen kommt es zu einer "Diskrepanz" - ich zitiere wörtlich - zu "einer Diskrepanz zwischen der erklärten moralischen und ideologischen Position des Autors (Verurteilung des Nazismus und Bemühen um Verständnis) und der ästhetischen Wirkung seines filmischen oder literarischen Werkes (Nazismus als unbegrenztes Experimentierfeld für entfesselte Phantasien, für breiten Einsatz von ästhetischen Effekten, für eine Vorführung der eigenen literarischen Brillanz und intellektuellen Kraft; [...])" (S. 16). - Bitte beachten Sie, dass Friedländer keineswegs nur von Filmen spricht, und schon gar nicht nur von billigen Reißern, sondern auch von literarischen Werken wie der 'Blechtrommel' oder der Hitler-Erzählung von George Steiner ('The Portage to San Cristobal of A. H.', 1979), die mit einer emphatischen Rede Hitlers endet. - Was sich dabei einstellt, ist - Friedländer zufolge - ein doppelter und außerordentlich problematischer Effekt: Einerseits werden nämlich durch eine beschwörende Nachgestaltung der NS-Vergangenheit jene dunklen Lockgründe des Nazismus deutlicher, die sich dem wissenschaftlichen Zugriff entzogen haben (13); andererseits aber werden dadurch "dunkle Phantasien" geweckt und genährt, dunkle Phantasien, deren "Permanenz" - so Friedländer wieder wörtlich - "eine ständige Gefahr für unsere Kultur und möglicherweise für die menschliche Existenz überhaupt" sein könnte (S. 125).

Den Autoren ist diese Problematik nicht verborgen geblieben. In der 'Blechtrommel' gibt es eine Stelle, die das deutlich macht. Es ist im zweiten Buch, wo der Angriff der polnischen Kavallerie auf eine deutsche Panzereinheit geschildert wird - : ein widersinniges und verlustreiches Unternehmen, das aber einen Zug von Größe hat, und deswegen in einem geradezu hymnischen Ton geschildert wird. Dann aber fällt sich der Erzähler selbst ins Wort und bemerkt: "*Es wäre vielleicht richtiger, führte ich die Verlustzahlen der polnischen Kavallerie auf und gäbe hier eine Statistik, die eindringlich trocken des sogenannten Polenfeldzuges gedächte*". Das tut er natürlich nicht: Er ist ja kein statistisch arbeitender Historiker, sondern ein Dichter, will keinen trockenen Bericht schreiben, sondern einen faszinierenden und bewegenden Roman; der aber lebt von Schilderungen, die eben durch ihre Faszinationskraft Unbehagen bereiten. Das ist - mutatis mutandis - wohl auch von Paul Celans 'Todesfuge' zu sagen. Bekanntlich wollte Celan sie in seinen späteren Jahren nicht mehr vortra-

gen; vielleicht fürchtete auch er, dass dieses Gedicht, das zunächst ja 'Todestango' betitelt war, jene "dunklen Phantasien" nähren könne, deren "Permanenz" nach Friedländer eine "Gefahr für unsere [...] Existenz" darstellt. Celan hat dann ja auch die Poetik der metaphernreichen und klangvollen 'Todesfuge' verabschiedet und durch eine Poetik des kargen und konzentrierten Ausdrucks ersetzt.

#### 4. Die Frage nach dem Vergessenkönnen oder Vergessendürfen

Wenn Erinnerung - und zumal die künstlerisch gestaltete Erinnerung - nicht nur frei macht, sondern die Menschen in dunklen und gefährlichen Phantasien befangen hält, dann ist zu fragen, ob es nicht besser wäre, die Erinnerung an die NS-Verbrechen so weit wie möglich zurückzudrängen, die Vergegenwärtigung der NS-Greuel möglichst zu unterbinden. Botho Strauß hat diese Frage 1996 mit seinem Schauspiel 'Ithaka' gestellt und behandelt.

Das Schauspiel 'Ithaka' von Botho Strauß ist eine Dramatisierung der letzten zehn Gesänge der 'Odyssee', also der Heimkehrgesänge, die aber auch den Namen Bürgerkriegsgesänge verdient hätten: Odysseus kehrt nach zehn Jahren des Kriegs gegen Troia und nach weiteren zehn Jahren des Umherirrens auf dem Meer nach Ithaka zurück und freut sich dar-

*"Celan hat dann ja auch die Poetik der metaphernreichen und klangvollen 'Todesfuge' verabschiedet und durch eine Poetik des kargen und konzentrierten Ausdrucks ersetzt."*

auf, im Thronsaal und im Schlafgemach den Platz neben seiner schönen Gemahlin Penelope wieder einnehmen zu können. Das ist indessen nicht so einfach. Längst haben sich im Haus des oft schon totgesagten Helden lüsterne Freier eingenistet, bedrängen seine Frau, trachten seinem Sohn nach dem Leben, treiben mit seinen Mägden Unzucht und verprassen seine Güter. Sie nur zu verjagen würde nicht reichen, um die Ehre des Hauses und die staatliche Ordnung wieder herzustellen; die "schamlosen" Freier müssen getötet werden, und dank der Hilfe seiner Schutzgöttin Athene schafft es Odysseus auch, Herrschaft und Ordnung wieder herzustellen: Die "schamlosen"

Freier werden mit den "todbringenden" Pfeilen der Reihe nach erbarmungslos abgeschossen, und die treulosen Mägde werden anschließend ebenso erbarmungslos aufgehängt.

Nun kamen diese Freier aber nicht irgendwoher, sondern aus den benachbarten Fürstenthäusern, die nun die barbarische Abschichtung ihrer Söhne sühnen wollen. Es droht ein Bürgerkrieg, den Odysseus mit Athenes Hilfe vielleicht wieder gewinnen könnte, der aber einem großen Teil der Bevölkerung das Leben kosten und wahrscheinlich immer neue Fehden nach sich ziehen würde. In dieser notvollen Situation wendet sich Athene, die nun auch keinen Rat mehr weiß, an ihren Vater Zeus Kronion und bittet ihn, dem grausigen Morden Einhalt zu gebieten. Das tut der allmächtige Zeus auch. Als die Schlacht schon einsetzen will, schleudert er einen blitzförmigen Speer zwischen die Fronten, und was dies bedeutet, sagt seine Tochter Athene den haßerfüllten Kombattanten:

*"Liebling Odysseus, halt ein! Der Streit ist vorbei. Zeus Kronion hat es beschlossen, der oberste Herrscher im Himmel. Brüll nicht mehr wie ein blutrünstiger Krieger. König bist du von Ithaka und einem weit größeren Reich ... zu den Ithakesiern Da nun wiedervereint ist das Paar, tritt durch sie beide die heilige Ordnung wieder in Kraft. Odysseus gebietet über die Insel und alle Städte und Stämme, die um die kluge Penelope warben. Eide der Treue schwören ihm Festland und Inseln. Wir aber verfügen, was recht ist: aus dem Gedächtnis des Volks wird Mord und Verbrechen des Königs getilgt. Herrscher und Untertan lieben einander wie früher. Daraus erwachsen Wohlstand und Fülle des Friedens den Menschen. Aus göttlichem Spruch entstand der Vertrag. Wer ihn nicht einhält oder vergißt, der fürchte den Zorn und die Strafe des Vaters, der weit in die Welt schaut."*

Dieser göttliche Vergessensbefehl ist keine Erfindung von Botho Strauß; er findet sich schon bei Homer. Offensichtlich war die Antike der Meinung, dass Gott nach Abschluss eines Kriegs nicht für die Erinnerung an die Greuel war, sondern für das Vergessen - oder in entmythologisierte Rede: Die Antike war wohl der Meinung, dass es zuträglicher sei, die Erinnerung an kriegerische Gewalttaten abzustreifen als sie zu pflegen. Und das gilt, wie der Sprach- und Literaturwissenschaftler Harald Weinrich in seinem jüngst erschienenen Buch über das Vergessen gezeigt hat, nicht nur für die Antike, sondern auch für die ganze weitere abendländische Geschichte - bis zum Beginn unseres unglückseligen Jahrhunderts. Der Westfälische Frieden von 1648, der ein dreißigjähriges Mordbrennen beendete, verfügte mit dem zweiten Artikel, dass "perpetua oblivio et

amnestia" / "ewige Vergessenheit und Amnestie" die Kriegshandlungen des großen Kriegs "begraben" solle, damit ein ersprießlicher und dauerhafter Friede begründet werden könne (vgl. Harald Weinrich, *Lethe - Kunst und Kritik des Vergessens*. München: Beck, 1997, S. 217).

Ähnlich noch in Friedensschlüssen des 19. Jahrhunderts; zum Friedensschluss gehört - wie selbstverständlich - das Vergessensversprechen oder Vergessensverbot. Erst mit dem Ersten Weltkrieg hat sich das geändert. Da taucht der Begriff des Kriegsverbrechens

*Die Antike war wohl der Meinung,  
dass es zuträglicher sei, die  
Erinnerung an kriegerische  
Gewalttaten abzustreifen als sie zu  
pflegen.*

auf, der kein Vergessen mehr zulassen will; da wird erwogen, den abgedankten deutschen Kaiser vor ein internationales Gericht zu stellen, was hundert Jahre zuvor bei Napoleon noch niemandem in den Sinn kam. Und dann werden internationale Verträge geschlossen, die vorsehen, dass "alle 'Verbrechen gegen die Menschlichkeit', insbesondere in der Form des Völkermords von jeder Amnestie ausgeschlossen sind und nicht verjähren können" ebd., 218). Ganz im Sinne dieser neueren Entwicklung hat Ezer Weizmann als Präsident des Staates Israel am 16. Januar 1996 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag ausdrücklich ausgeschlossen, dass der von den Deutschen begangene Genozid an den europäischen Juden je vergeben und vergessen werden könne (ebd., S. 218).

Was ich zuletzt vorgetragen habe, findet sich in dem bereits genannten Buch von Harald Weinrich, ergänzt um einige Fragen, die es wert sind, wörtlich zitiert zu werden (S. 218):

"Es bleibt" nämlich, so Weinrich, "die Frage offen, wie die Individuen, Generation und Generation, sich gegenüber dieser unverjährenen Erinnerungspflicht verhalten und in Zukunft verhalten werden. Ist dieses seit Auschwitz zwischen Israel und Deutschland unverrückbar bestehende - und beide Völker bindende - Vergessensverbot selber, wie es bei dem Propheten Jeremias einmal heißt, ein ewig Bund, der nie vergessen werden wird" (foedus sempiternum quod nulla oblivione delebiture)? Aber ist ein solches Gebot, wenn es für alle Zeiten gelten soll und der Mensch dennoch ein animal obliviscens bleibt, wirk-

lich durchzuhalten, ohne dass sich auf der Täter- wie auf der Opferseite das Gedächtnis verkrampft und neue Feindschaft erzeugt wird? Gilt hier für den einzelnen nicht - oder vielleicht doch - die weltkluge Maxime des spanischen Moralisten Baltasar Gracián (1601-1658), die schlicht lautet: "Vergessen können!" (Saber olvidar)?"

Um gleich allen Missverständnissen vorzubeugen: Weinrich meint nicht, dass es im Hinblick auf den Judenmord Vergessen geben könne. Ausdrücklich sagt er (S. 230): "Hier ist kein Vergessen mehr erlaubt. Hier gibt es auch keine Kunst des Vergessens, und es darf keine geben."

Was aber meinte Botho Strauß, als er uns ein Jahr zuvor ein Schauspiel zu bedenken gab, das mit einem von dem höchsten Gott verfügt Vergessensgebot endet? Das bleibt eine Frage der Interpretation - und letztlich vielleicht ungewiß. Dies aber gehört zur Eigenart der dichterischen oder literarischen Rede, die diesen Namen verdient: Sie stellt Fälle dar - und überläßt es uns, sie zu interpretieren und auf uns anzuwenden. Und sie stellt diese Fälle so dar, dass unsere eingebürgerten Vorstellungen gesprengt oder zumindest in Frage gestellt werden, oder, wie Walser am Ende seiner Frankfurter Rede gesagt hat: Der Schreiber hofft, dass er mit seinem Werk unser "Dasein auf eine nicht kalkulierbare, aber vielleicht erlebbare Art streift", damit wir uns selber fremd werden, um erneut und besser mit uns bekannt werden zu können. - Zurück zu 'Ithaka':

Einige Rezensenten von 'Ithaka' meinten denn auch gleich, Straußens 'Schauspiel' sei nur ein antikisch getarntes Plädoyer fürs Vergessen. Ich darf auf Belegstellen verzichten; es geht nicht um Rezensentensichelte, sondern um das Problem der Interpretation. 'Ithaka' ist in dieser Hinsicht allerdings verführerisch - wie es nur ein Kunstwerk sein kann. Es endet mit einem Vergessensgebot, das einen ersprießlichen Frieden in Aussicht stellt, und beruft sich dabei auf die Weisheit des höchsten Gottes oder jenes großartigen Dichters, der die Erfahrungen der Alten verdichtete und damit die abendländische Kultur mit auf den Weg brachte. Und dieses Vergessensgebot wird in 'Ithaka' durch nichts in Frage gestellt. So scheint der Befund, dass 'Ithaka' ein antikisch eingekleidetes Plädoyer fürs Vergessen sei, nahezuliegen. Nur eine halbe Zeile der knappen Vorrede des Verfassers veranlaßt mich, dem zu widersprechen. Es heißt dort: "Dies ist eine Übersetzung von Lektüre in Schauspiel. [...] Der Dialog opfert, um beweglich zu sein, den Vers und den rhapsodischen Ton. Dennoch bleiben die großen Übertragungen von Johann Heinrich Voß und Anton Weiher zumindest im Anklang gegenwärtig: es möge

genügen, um den Hörer wie eh und je in die Kindheit der Welt zu versetzen."

Damit scheint mir gesagt zu sein, wie dieses Schauspiel zu verstehen ist: Es ist eine Erinnerung an jene Zeit, in der die Menschen noch hoffen und glauben mochten, dass nach gewissen Greueln ein Gott ihnen die Gnade des Vergessens zuteil werden lasse. Dieser Glaube und diese Hoffnung ist uns aber längst abhanden gekommen. Der aufklärerische Literaturpapst Johann Christoph Gottsched hat 1730 das Eingreifen eines Gottes in das Theatrum Mundi als

*Dies aber gehört zur Eigenart der  
dichterischen oder literarischen  
Rede, die diesen Namen verdient:  
Sie stellt Fälle dar - und überläßt es  
uns, sie zu interpretieren und auf  
uns anzuwenden.*

unzulässig erklärt (weil der lebendige Gott keinem unserer Vorfahren mehr begegnet ist), und Brecht hat 1943 mit seinem 'Guten Menschen von Sezuan' vollends dargetan, was die Vorstellung von Göttern war: eine Allegorie für das, was wir selber zu tun haben. Kein Gott wird also seinen Blitz oder sonst etwas vom Himmel schleudern und Amnestie anordnen oder Gnade verkünden. Bezeichnenderweise - bezeichnend für dieses aufgeklärte oder säkulare Bewusstsein - bezeichnenderweise also hat auch in der Walser-Bubis-Kontroverse dieser Aspekt kaum eine Rolle gespielt. Wenn ich recht sehe, hat allein der Heidelberger Neutestamentler Klaus Berger Gott ins Spiel zu bringen versucht, indem er feststellte, dass die Walser-Bubis-Kontroverse an einer Perspektivenlosigkeit leide, die wohl nur durch den Gedanken an Gott als erlösende Instanz aufgebrochen werden könne.

## 5. Walsers Ehrlichkeit

So wenig wie Weinrich oder Strauß hat Walser für Vergessen plädiert, übrigens auch nicht fürs Wegschauen, auch wenn das manche so verstanden haben. Walser hat sich - sehr zu Recht - gegen die Normierung und Instrumentalisierung der Erinnerung an die NS-Zeit gewandt.

Mit dem autobiographisch wirkenden Roman 'Ein springender Brunnen' hat Walser die zur

Erinnerungsnorm erhobene Suggestion des nachholenden Vorauswissens durchkreuzt.

Was mit dieser Suggestion des nachholenden Vorauswissens gemeint ist, läßt sich am besten am Beispiel der 'Blechtrommel' zeigen.

Deren Protagonist Oskar Matzerath spürt ja schon als zwölf- oder vierzehnjähriger Knirps, dass jener Hitler, der den meisten als beglückender "Weihnachtsmann" erscheint, in Wahrheit der "Gasman" ist. Spätestens mit dem auf 1938 zu datierenden Kapitel "Glaube Hoffnung Liebe", in dem sich diese Feststellung findet, wird die Zentralperspektive Auschwitz eröffnet, deren Fehlen an Walsers 'Springendem Brunnen' sofort kritisiert wurde, und es entsteht durchaus der Eindruck, dass dies im diagnostischen Vermögen des vierzehnjährigen Helden der 'Blechtrommel' gelegen habe: war er doch auch sonst ein überaus hellichtiges Bürschlein - und ein kleiner Widerstandskämpfer dazu.

Das ist selbstverständlich Fiktion, aber die Leser vermuten dahinter eine biographische Wahrheit, einen Realitätskern, und staunen dann, wenn sie erfahren, dass der Autor selbst weit davon entfernt war, ein hellichtiger NS-Diagnostiker und Widerständler zu sein, sondern ein begeisterter oder zumindest ahnungsloser Pimpf. - Ich zitiere aus einer Rede von Grass über sich selbst (Über das Selbstverständliche: Reden, Aufsätze, Offene Briefe, Kommentare. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand, 1968, S. 114):

*"Ich wurde im Jahre 1927 in Danzig geboren. Mit zehn Jahren war ich Mitglied des Jungvolkes, mit vierzehn wurde ich in die Hitlerjugend eingegliedert. Als Fünfzehnjähriger nannte ich mich Luftwaffenheifer. Als Siebzehnjähriger war ich ein Panzerschütze. Und als Achtzehnjähriger wurde ich aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen: Jetzt erst war ich erwachsen. Jetzt erst, nein, vielmehr nach und nach wurde mit deutlich, was man, überdeckt von Fanfarenruf und Ostlandgeschwafel, mit meiner Jugend angestellt hatte. Jetzt erst, und Jahre später in immer erschreckenderem Maße, begriff ich, welche unfassliche Verbrechen im Namen der Zukunft meiner Generation begangen worden waren. Als Neunzehnjähriger begann ich zu ahnen, welche eine Schuld unser Volk wissend und unwissend angehäuft hatte, welche Last und Verantwortung meine und die folgende Generation zu tragen haben würden."*

Dieses nachholende Vorauswissen, das die Vergangenheit verfälscht hat und doch zu einer Erinnerungsnorm geworden ist, hat Walser mit seinem 'Springendem Brunnen' durchkreuzt: Gleich mit dem ersten Satz macht er deutlich, dass zwischen der Ver-

gangenheit, wie sie erlebt wurde, und der normativ erinnerten Vergangenheit eine große Diskrepanz besteht, und dann versucht er, möglichst nahe an die erlebte Vergangenheit, die noch nicht durch normiertes Erinnern überlagert ist, heranzukommen. Dies aber bringt ihm, wie schon bemerkt, sogleich den Vorwurf ein, in seinem Erinnerungsbuch fehle das Wort Auschwitz (Andreas Isenschmid im 'Literarischen Quartett').

In der Tat fehlt es, und es muss fehlen, denn der Held des 'Springenden Brunnen' hat in seinem Nest am Bodensee nur von Dachau gehört (das kommt vor), aber nicht von Auschwitz.

**H**ätte er sich dafür entschuldigen sollen? Oder hätte er es hinzuerfinden sollen? Er erweckt diese Suggestion nicht. Er hält sich an das, was er erlebt hat. Er bleibt bei dem, was er damals gewußt, gedacht, gefühlt hat. Er läßt deutlich werden, dass ihn die Entwicklung seiner Sexualität mehr interessierte als die Politik. Er erinnert sich, dass er leben wollte und dass er von dem, was seine Vitalität und Lebensperspektiven zu blockieren drohte, den Blick abgewandt hat - völlig natürlich: siehe Borchert.

Vom 'Wegsehen' hat Walser dann auch in der Paulskirche geredet. Wer die Rede dort gehört hat, konnte problemlos genau verstehen, was Walser gesagt und gemeint hat:

1. dass er nicht mehr willens sei, überzogene Vorwürfe gegen unsere Gesellschaft ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen, und

2. dass er nicht mehr fähig sei, die bei jeder Gelegenheit getätigten Verweise auf Auschwitz ohne inneren Widerstand zu hören und zu ertragen.

Ich verstehe das vollkommen. Ich kann aber nicht verstehen, dass ihm danach vorgeworfen wurde, er wolle Auschwitz verdrängen.

Walser will nicht Auschwitz verdrängen. Er will die Erinnerung an die Shoah vor einer wohlfeilen politischen oder gesellschaftskritischen Instrumentalisierung und vor der medialen Abnutzung schützen.

Ich verstehe bis heute nicht, wie man Walser so missverstehen konnte.

## REGISTER FÜR DIE VERANTWORTUNG

### Mitarbeiterin oder Mitarbeiter gesucht

Liebe Vereinsmitglieder,  
liebe Freundinnen und Freunde des dbv,

seit dem vergangenen Jahr arbeite ich an einem Register für die Hefte 1 bis 21 der Zeitschrift "Verantwortung", um die Zeitschrift für den Verein besser zu erschließen und zugänglich zu machen.

Bisher sind bereits die Teile  
- Chronologischer Gesamtindex  
- Autorenverzeichnis  
- Resolutionenverzeichnis und  
- Presseartikelindex erstellt (bisher etwa 70 Seiten).

Geplant sind noch ein  
- Personenverzeichnis und ein  
- Stichwortverzeichnis.

Diese letzten beiden Teile kann ich aus Zeitgründen leider nicht mehr erstellen, weshalb es schön wäre, wenn sich noch jemand findet, der diese Arbeit übernehmen könnte.

Für Informationen und Rückfragen stehe ich zur Verfügung unter der

e-mail [the99aeq@studserv.uni-leipzig.de](mailto:the99aeq@studserv.uni-leipzig.de)

oder unter der Anschrift

Rüdiger H. Chr. Jungbluth  
Eisenbahnstr. 75  
04315 Leipzig.

# Das Wort "für mich" fordert ein Leben "für andere"

## Predigt

von Karl Martin

Lesung aus Bonhoeffers Meditationen über Psalm 119 aus den Jahren 1939/40 (GS Vierter Band, Chr. Kaiser Verlag München 1961, Seite 532 ff.)

**Vers 16: Ich habe meine Lust an deinen Satzungen und will deiner Worte nicht vergessen.**

Woran liegt es, dass meine Gedanken so schnell von Gottes Wort abweichen und dass mir zur nötigen Stunde das nötige Wort oft nicht gegenwärtig ist? Vergesse ich denn zu essen und zu trinken und zu schlafen? Warum vergesse ich Gottes Wort? Weil ich noch nicht zu sagen vermag, wie es der Psalm sagt: Ich habe meine Lust an deinen Satzungen. Woran ich meine Lust habe, das vergesse ich nicht. Vergessen oder nicht, das ist nicht eine Sache des Verstandes, sondern des ganzen Menschen, des Herzens. Woran Leib und Seele hängt, das kann ich nie vergessen. Je mehr ich die Ordnungen Gottes in Schöpfung und Wort zu lieben beginne, desto gegenwärtiger werden sie mir zu jeder Stunde sein. Gegen das Vergessen schützt nur die Liebe.

Weil Gottes Wort in der Geschichte und d.h. in der Vergangenheit zu uns gesprochen hat, darum ist die Erinnerung, die Wiederholung des Gelernten täglich nötige Übung. Wir müssen jeden Tag aufs neue zurück zu den Heilstaten Gottes, um vorwärts gehen zu können. Darum warnt die Schrift immer wieder aufs ernsteste vor dem Vergessen! "Vergiß nicht, was er dir Gutes getan hat" (Ps 103,2). "Hüte dich, dass du nicht des Herrn vergessest, der dich aus Ägyptenland, aus dem Diensthau, geführt hat" (Deut 6,12 - lies das Kapitel!). "Halte im Gedächtnis Jesum Christum" (2. Tim 2,8). Aus der Erinnerung und Wiederholung lebt Glaube und Gehorsam. Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart, weil es der lebendige Gott ist, der einst für mich gehandelt hat und mich heute dessen vergewissert. Das Vergangene an und für sich ist gleichgültig. Weil aber in der Vergangenheit etwas Entscheidendes "für mich" geschah, darum wird aus Vergangenem Gegenwart für den, der das "für mich" im Glauben ergreift, "denn das Wort: 'für mich' fordert eitel gläubige Herzen" (Luther).

Weil mein Heil nicht in mir selbst, sondern außerhalb meiner selbst liegt, weil meine Gerechtigkeit allein die Gerechtigkeit Jesu Christi ist, weil mir das nur im Worte verkündigt werden kann, darum ist Erinnerung und Wiederholung nötig um der Seligkeit willen, darum bedeutet Vergessen soviel wie aus dem Glauben fallen.

In der täglichen Erinnerung an Jesus Christus aber wird mir zugesagt, dass Gott mich von Ewigkeit her geliebt und mich nicht vergessen hat (Jes 49,14 ff.). Weiß ich aber, dass Gott mich nicht vergißt, weil er mich liebt, so freue ich mich, und meine Liebe zu Gottes Treue in seinem Wort erfüllt mich, und ich lerne zu sagen: ich will deiner Worte nicht vergessen.

### Predigttext aus Johannes 6, 66-68

*Von da ab wandten sich viele seiner Jünger ab und gingen hinfort nicht mehr mit ihm.*

*Da fragte Jesus die Zwölf: Wollt ihr auch weggehen? Da antwortete ihm Simon Petrus:*

*Herr, wohin sollen wir gehen? Du hast Worte des ewigen Lebens.*

**L**iebe Tagungsteilnehmer, liebe Gemeinde, wir haben vorhin einen Abschnitt aus Bonhoeffers Meditationen über Psalm 119 aus dem Jahre 1939/1940 gehört. Aus diesem Abschnitt stammt die Formulierung "Erinnerung wird zur Kraft der Gegenwart." Bonhoeffer führt aus, dass die Vergangenheit ihre Bedeutsamkeit für die Gegenwart erst dann freigibt, wenn wir das "für mich" des in der Vergangenheit Geschehenen entdecken und annehmen.

Meines Erachtens hat Bonhoeffer hier - wie so oft - einen überaus produktiven Gedanken aufgespürt. Für den Umgang mit der Geschichte entstehen neue, positive Perspektiven. Die Begegnung mit der Vergangenheit soll sich nicht in Schuldvorwürfen und schlechtem Gewissen erschöpfen. Schuldinsicht schafft zwar eine notwendige Betroffenheitserfahrung: Sie nimmt mir die Binde von den Augen. Sie befreit

mich, jene Geschehensbereiche der Vergangenheit in voller Schärfe wahrzunehmen, die den Aspekt des "gegen mich" beinhalten. Dabei soll es jedoch nicht bleiben. Das "gegen mich" soll helfen, dass das "für mich" in meinem Leben auftaucht und wichtig wird. Das "für mich" geschah bereits, als ich es selbst noch nicht wahrgenommen habe. Die Entstehung des "für mich" liegt völlig außerhalb meiner Person.

Mit anderen Worten: Nicht ich selbst habe mir meine Gegenwart aus dem Nichts heraus geschaffen, sondern es gab Menschen, Ereignisse und Geschehenszusammenhänge, ohne die meine gegenwärtigen persönlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse nicht möglich geworden wären. Mit Dankbarkeit nehme ich den Mut, die Zivilcourage, die Glaubensüberzeugung und die Sachkompetenz der vielen Menschen wahr, die uns mit ihrem Lebensbeispiel und ihrem Wirken eine neue Zukunft vorbereitet haben. Aus der jüngsten deutschen Geschichte möchte ich hier den Widerstand in seiner ganzen Breite und Vielfalt, die Entstehung des Grundgesetzes und die Arbeit gegen das Vergessen nennen. Es wird sich wohl niemand mit der jüngsten deutschen Geschichte befassen, der nicht wenigstens nachträglich Bonhoeffer mit seiner Ansicht recht geben würde, dass sich für Deutschland die Chance eines Neuanfangs nur in der Folge einer militärischen Niederlage und eigener Leiderfahrungen entwickeln konnte.

Es gibt bei Bonhoeffer einen zweiten Begriff mit einer ähnlich heuristischen Kraft. Ich meine den Begriff "für andere". Bonhoeffer entwickelt daraus die Vision einer "Kirche für andere". Beide Begriffe - der Begriff des "für mich" und der Begriff "für andere" - stammen ursprünglich aus der Christologie und werden von Bonhoeffer nachträglich in den neuen Sachzusammenhängen der Hermeneutik ("Vergangenheit für mich") und der Ekklesiologie ("Kirche für andere") verwandt. Beim Begriff "Vergangenheit für mich" ist nicht nur sakrale, sondern auch profane Vergangenheit gemeint. Beim Begriff "Kirche für andere" wird eine Beziehung zu profaner Mitwelt hergestellt. Begriffe mit sakraler Herkunft werden für profane Erfahrungswelten benutzt. Das ist typisch für Bonhoeffer, der die Trennung zwischen sakral und profan nicht gelten läßt. Die Grundaussagen der Christologie bezeichnen die Sinnmitte der gesamten Wirklichkeit. Von dem "für mich" und "für andere" wird die gesamte Wirklichkeit getragen. Das "für mich" und "für andere" soll sich möglichst überall ereignen.

Was speziell den zweiten Begriff des "für andere" betrifft, so hat er für Bonhoeffer nicht nur eine allgemein mitmenschliche Bedeutung - sei nett zu deinen Angehörigen und Freunden, kümmer dich um deine Nachbarn -. Er ist ein polemischer Schutz- und Verant-

wortungsbegriff für bedrohte Minderheiten. Mit den anderen sind Menschen gemeint, die anders sind. Die anders aussehen. Denen ein Anderssein unterstellt wird. Denen die Mühe eines persönlichen Kennenlernens verweigert wird. Ihr Gesicht wird nicht mehr wahrgenommen, ihre Menschlichkeit nicht mehr geachtet. Ihnen wird Gemeinschaft, Solidarität und Schutz entzogen. Sie werden der Willkür preisgegeben. Der Entsorgung zugeführt. Erst rechtlich, dann sozial, dann physisch. Der Begriff für andere hat einen profanen, für jedermann und jedefrau nachvollziehbaren Kern. Er beschreibt eine Verpflichtung, die überall gilt. Ein mit den universalen Menschenrechten korrespondierender universaler Verantwortungsbegriff.

Zu fragen ist, wie unsere Gesellschaft sich dieser Verantwortung stellt und mit ihr umgeht.

Mir fällt auf: Es gibt ein merkwürdiges Spannungsverhältnis zwischen den Grundrechten, die für alle Menschen gelten, und der Recht- und Schutzlosigkeit, der immer wieder einzelne und Gruppen in unserem Land ausgesetzt sind. Ein Beispiel sind die Ausländerpolitik und das Grundrecht auf Asyl. Offensichtlich stellen Rechte und Gesetze keine ausreichenden Garantien dar - meistens sind sowohl die Gesetzesbestimmungen als auch ihre Anwendung defizitär. Es braucht immer wieder Menschen, die sich in einer umfassenden Verantwortung helfend und schützend vor ihre Mitmenschen stellen.

Mir fällt auf: Es gibt ein merkwürdiges Spannungsverhältnis in unserer Entwicklungspolitik. Auf der einen Seite gewähren wir Entwicklungshilfe an die armen Länder, auf der anderen Seite richten wir gewaltige Rückzahlungsforderungen an sie. Mit der kurzfristigen Hilfe werden langfristige Schuldverpflichtungen und Abhängigkeiten aufgebaut. Die Aktion "Erlaßjahr 2000" hat erneut das Thema Schuldenerlaß in unser Bewusstsein gerückt. Es gehört nach jüdisch-christlichem Verständnis zur Würde des Menschen, nicht auf Dauer in materieller Schuldabhängigkeit leben zu müssen. Denn die materiellen Schuldabhängigkeiten deformieren die menschlichen Beziehungen und untergraben das Selbstwertgefühl.

Beim Kosovokonflikt fällt mir auf, dass es ein merkwürdiges Spannungsverhältnis gibt zwischen den humanen Motivbeschreibungen der NATO und den faktischen Folgen der militärischen Gewaltanwendung. Ich bin unsicher, inwieweit die berechnete und notwendige moralische Empörung über die Geschehnisse im Kosovo zu Legitimitätszwecken missbraucht wird. Es gibt Konflikte, wo die NATO eingreift, und andere Konflikte, wo sie nicht eingreift. Die eigene Interessenlage scheint dabei eine große Rolle zu spielen. Es stellt sich die grundsätzliche Frage: Ist Gewalt-

anwendung jemals in der Lage, das "für andere" deutlich zu machen, von dem in der Christologie und bei Bonhoeffer die Rede ist? Auf dem Hintergrund der Gegengewalt des 20. Juli stellt sich diese Frage umso bedrückender und beunruhigender.

Für andere - ein zentraler Begriff aus der Christologie. Das Dasein für andere hat das Menschsein Jesu ausgezeichnet. Mit dem Begriff für andere wird gelegentlich Schindluder getrieben. Der Begriff für andere - ursprünglich als Schutz- und Verantwortungsbegriff gemeint - kann schnell zu einem falschen Etikett, zu einem Täuschungsmanöver werden. Nächstenliebe verkommt zu einem Lippenbekenntnis. Die damit gemeinte Sache ist jedoch für jedes menschliche und gesellschaftliche Zusammenleben unentbehrlich. Ohne die Dimension des "Für mich" und des "Für andere" würden wir schnell verrohen und verelenden. Wir würden erfrieren, verhungern und verdursten. So verstehe ich die Antwort des Petrus: Herr, wohin sollen wir gehen? Woran sollen wir uns halten? Worin sollen wir unser Leben gründen, wenn nicht in dir? Du hast Worte des ewigen Lebens. Dein Lebensverständnis des Für andere ist ohne Alternative. Deine Lebenszusage des Für mich ist ohne zeitliche Begrenzung. Du hast unser Herz überwunden. Du hast in unserem Leben eine wunderbare Öffnung und Befreiung bewirkt.

Es ist die Aufgabe der Kirche, dieses Für andere in die Gesellschaft hineinzutragen. Sie soll "Kirche für andere" sein. Das Hauptmotiv der Kirche sollte jedoch nicht sein, damit für sich selbst Anerkennung zu erwirken - nach dem Motto: Solange uns das Engagement für andere Lob und Zustimmung in der Gesellschaft einbringt, werden wir es praktizieren. Sobald es uns schadet, werden wir es stoppen. Wer mit solchen eigennützigen Motiven ans Werk geht, wird nicht wirklich für andere dasein können. Auch hier handelt es sich um ein merkwürdiges Spannungsverhältnis, das sich schon am Leben und Wirken Jesu ablesen läßt. Nicht umsonst mahnt uns Jesus: Wenn du dich deinem Nächsten zuwendest, "so laß deine linke Hand nicht wissen, was die rechte tut" (Matth. 6,3). Du sollst nicht handeln, damit andere Menschen dich belobigen. Noch nicht einmal du selbst sollst dich dabei beobachten. Dein Tun soll in sich selbst so selbstverständlich und sinngefüllt sein, dass es keiner Sekundärmotivationen bedarf.

Je mehr Jesus durch seine Taten und durch seine Worte seinen Lebensauftrag sichtbar machte, je mehr er das Dasein für andere als die Sinnmitte seines Lebens und als die Sinnmitte der gesamten Wirklichkeit darstellte, an der sich jeder Mensch messen lassen muss, desto mehr stieß er auf Ablehnung. Ausgerechnet nach der Speisung der Fünftausend und der Deutung dieses Zeichens in der Selbstoffenbarung "Ich bin das Brot des Lebens" - Brot des Lebens ist das Urbild für das Dasein

für andere - wenden sich viele seiner Anhänger aus dem erweiterten Freundeskreis von ihm ab. Wörtlich heißt es im Johannes-Evangelium: "Von da an wandten sich viele seiner Jünger ab und gingen hinfort nicht mehr mit ihm. Da fragte Jesus die Zwölf: Wollt ihr auch weggehen? Wollt ihr ohne das Für andere leben? Wollt ihr euch einen neuen Lebensweg suchen - ohne die Belastung, dass ihr in meiner Nachfolge steht? Da antwortete ihm Simon Petrus: Herr, wohin sollen wir gehen? Du hast Worte des ewigen Lebens. Du bist nicht eine Belastung, sondern der große unendliche Reichtum unseres Lebens."

Dasein für andere - wer sich auf diesen Weg macht, wird gelegentlich auf Schwierigkeiten und Widerstände stoßen. Es gibt Nachteile, die er in Kauf zu nehmen hat. Er wird ein Stück weit in das Schicksal der sogenannten anderen, für die er sich einsetzt, hineingedrängt werden. Er wird es ein Stück weit teilen müssen. Der Gewinn dabei wird jedoch unvergleichlich groß sein. Die Dankbarkeit der sogenannten anderen wird zu ihm als neue Lebensfreude und als neuer Lebensmut zurückkehren. Die Gewißheit, in Übereinstimmung mit den eigenen tiefsten Lebensüberzeugungen zu handeln, wird ihm zu einer neuen Kraft des Glaubens werden. Die Erfahrung, dass Gott uns trägt und hält, wird ihn in eine große Ruhe führen. Der Glaubende muss nicht mehr umherirren. Er weiß, zu wem er gehört und auf wen er sich verläßt. "Du hast Worte des ewigen Lebens." Gott schenke uns diesen Glauben. Gott schenke uns dieses Vertrauen.

Amen.

## dbv intern

Das zurückliegende Jahr war angefüllt mit vielerlei Aktivitäten, die die Basis des Vereins befestigen und verbreitern sollten. Die inhaltliche Arbeit auf den traditionellen Themenfeldern des dbv (Frieden: Militärseelsorge/Soldatenseelsorge, Friedensverständnis ohne ultima-ratio-Denkfigur, Friedenspolitik ohne Selbstmandatierung zu Militäreinsätzen; Kirche: Europäische Kirchen im Vergleich, Gemeindekirche, Kirchensteuer/ Kultur- und Sozialsteuer) wurde fortgesetzt. Darüber hinaus wurden neue Themenfelder erschlossen (Erlaßjahr 2000, Freiburger Kreise, Theologie und Ökonomie). Der dbv ist seinerseits Mitglied in der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft, in dem Netzwerk KAIROS EUROPA und in dem Forum Ziviler Friedensdienst.

Mit der in Wiesbaden ansässigen **Martin-Niemöller-Stiftung** besteht ein gutes, freundschaftliches Kooperationsverhältnis. Deren Vorsitzender, **Prof. D. Martin Stöhr**, ist Mitglied im Kuratorium des dbv; die Geschäftsführerin der MNS **Claudia Sievers** ist ständiger Gast im Vorstand des dbv und Mitglied in der Redaktion dieser Zeitschrift. Der dbv erfährt seitens des 1998 gegründeten „**Offenen Forums Wiesbaden**“ (Off) vielfältige Unterstützung. Mit dem Off besteht eine Bürogemeinschaft. Die Geschäftsstelle von dbv und Off befindet sich in Wiesbaden-Sonnenberg, Am Heienberg 2. Das Off wird im Vorstand des dbv durch **Dr. Dieter Meßner**, im Kuratorium durch **Ingrid Schwind** vertreten.

## Mitgliederversammlung Mai 1999

Auf der Mitgliederversammlung 1999 in Berlin wurden in den neuen Vorstand des dbv gewählt: **Dr. Karl Martin**, Wiesbaden (Vorsitzender); **Hans-Joachim Stabenau**, Norden (stellv. Vorsitzender); **Hermann Ritter**, München (Schriftführer); **Uwe Kranz**, Speyer (Kassenwart); **Hanna-Elisabeth Fetkötter**, Uelvesbüll (Beisitzerin); **Dr. Dieter Meßner**, Wiesbaden (Beisitzer); **Franz Meyer**, Leisnig-Tragnitz (Beisitzer); Pfarrerin **Julliane Rau**, Halle (Beisitzerin); **Anne Stabenau**, Norden (Beisitzerin).

## Resolutionen Mai 1999

Die Mitgliederversammlung des dbv kann Resolutionen beschließen und als Meinungskundgebungen des Vereins in die Öffentlichkeit geben. Seit vielen Jahren macht die Mitgliederversammlung von dieser Möglichkeit Gebrauch. 1999 wurden aus aktuellem Anlaß drei Resolutionen verfasst. Die **Resolution Nr. 28** „Krieg darf kein Mittel der Politik sein“, ausgelöst durch den damals eskalierenden Kosovo-Krieg, setzt sich für einen Waffenstillstand und Verhandlungen ein. Der Kosovo-Krieg machte deutlich, dass die militärische Gewaltanwendung dringend durch die Entwicklung gewaltfreier Konfliktlösungsmittel abgelöst werden

muss. Deswegen fordert die **Resolution Nr. 29** „ein verstärktes Engagement für einen Zivilen Friedensdienst“. Die **Resolution Nr. 30** mischt sich in die Diskussion über eine neue Bemessungsgrundlage für die Kirchensteuer ein. Statt einer neuen Bemessungsgrundlage innerhalb des bestehenden Kirchensteuersystems schlägt sie eine grundsätzliche Systemumstellung (Umwandlung der Kirchensteuer in eine Kultur- und Sozialsteuer) vor.

## Termine 2000

**19. bis 21. Mai 2000 -Jahrestagung des dbv in der Evangelischen Akademie Mülheim an der Ruhr**

„... nicht herrschend, sondern helfend und dienend ...“

**Die Kirche auf dem Weg ins 21. Jahrhundert**

Die Formulierung „... nicht herrschend, sondern helfend und dienend ...“ stammt aus dem „Entwurf einer Arbeit“ von Dietrich Bonhoeffer (Widerstand und Ergebung Neuausgabe 3. Aufl. 1985, Seite 415). Dahinter steht Bonhoeffers Konzept einer „Kirche für andere“.

Für den Nachmittag des 20. Mai planen wir eine Podiumsdiskussion. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz **Kurt Beck** hat uns seine grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme bereits mitgeteilt. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium **Christa Nickels** sowie den Stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Dr. Hermann Kues** haben wir eingeladen. Darüberhinaus haben die Vorsitzende der Stiftung DONUM VITAE, **Rita Waschbüsch**, und der Stellvertreter des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der BRD, **Dr. Joachim Gaertner**, ihre Teilnahme zugesagt. Für die Podiumsdiskussion ist als Thema vorgesehen: „Die Kirche zwischen Eigenprofil und Gemeinwohlorientierung“. Wir gehen davon aus, dass sowohl die Auseinandersetzung um die Schwangerschaftskonfliktberatung als auch das Staat-Kirche-Verhältnis insgesamt zur Sprache kommen werden.

**27.-29. Oktober 2000 Bonhoeffer-Seminar in Halle**

Das diesjährige Herbstseminar des dbv, das abwechselnd in Wiesbaden und Halle veranstaltet wird, wird im Jahr 2000 wieder in Halle stattfinden. Inhaltlich soll die Frage nach der „Schärfung der Gewissen“ im Mittelpunkt stehen.

**Hinweis: Da die für den 4. bis 31. Januar 2000 in Wiesbaden vorgesehene Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ verschoben wurde, werden auch die meisten der in der letzten Ausgabe der „Verantwortung“ angekündigten Veranstaltungen verschoben. Unter dem Titel „Erinnern-Mahnen-Gedenken“ finden jedoch um den 27. Januar 2000 eine Reihe von Veranstaltungen statt, für die das Kulturamt der Stadt Wiesbaden ein Informationsfaltblatt herausgegeben hat.**

**Ökumenische  
Bundes-  
arbeitsgemeinschaft**



BAG „Asyl in der Kirche“ e.V. · Berliner Freiheit 16 · 53111 Bonn

**in der Kirche e.V.**

**An die Leser der „Verantwortung“**

Der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche", einem bundesweiten Netzwerk von Kirchengemeinden, ist am 05. April in Berlin der Dietrich Bonhoeffer-Preis verliehen worden. In der Verleihungsurkunde heißt es:

"Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft 'Asyl in der Kirche' hat mutig und engagiert - um des Rechtsstaats willen, aber auch im Konflikt mit staatlichen Autoritäten - vielen von einer Abschiebung bedrohten Menschen - in Not und Gefahr für Leib und Seele - Hilfe, Schutz und Beistand gewährt. Durch diese Form praktizierter Zivilcourage wurden gleichzeitig viele Menschen in Kirche und Gesellschaft in ihrem Engagement für Humanität und Menschenrechte bestärkt. Mutiges Eintreten und konkretes Handeln legen damit im Geiste Dietrich Bonhoeffers Zeugnis ab für gelebten Glauben in diese Welt und geben ein vorbildliches Beispiel für christliche Zeitgenossenschaft heute.

Für die Jury: Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber

der Stifter: Hansjürgen Meurer, Christian Kaiser/Gütersloher Verlagshaus"

Dieser Preis ist für uns eine große Ehre und Ermutigung. Wir verstehen ihn als Aufforderung, noch entschiedener an der Seite „des Elenden zu stehen, der keinen Helfer hat“ (Psalm 72, 12).

Wir möchten Sie bitten, uns dabei zu helfen. Wir sind angewiesen auf Menschen, die sich öffentlich auf die Seite der Flüchtlinge stellen und für deren Recht auf Leben in Würde und Unversehrtheit eintreten, und auf Gemeinden, die ihre Kirchen Zufluchtsuchenden öffnen. Nicht zuletzt brauchen wir Ihre finanzielle Hilfe, um unsere kleine Geschäftsstelle in Bonn zu unterhalten. Werden Sie Mitglied im Förderkreis von „Asyl in der Kirche“. Als Förderer erhalten Sie regelmäßig Informationen über aktuelle Kirchenasyle in Deutschland, Einladungen zu unseren Veranstaltungen und Hinweise darauf, wie Sie mit uns zusammenarbeiten können. Der Jahresbeitrag für Mitglieder des Förderkreises beträgt 120 DM. Auch für einmalige Spenden sind wir dankbar. Weitere Informationen erhalten Sie in unserer Geschäftsstelle: Tel. 0228/9650342. Helfen Sie uns, akut gefährdete Flüchtlinge zu schützen!

Dr. Wolf-Dieter Just  
- Vorsitzender der BAG -

Unsere Bankverbindung lautet:  
Stadtparkasse Köln BLZ 370 501 98  
Kontonr. 64 62 014

## Resolution Nr. 28 des dbv

### “Krieg darf kein Mittel der Politik sein”

*Die Mitgliederversammlung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) hat auf ihrer Tagung in Berlin 9. Mai 1999, folgende Resolution zum Kosovo-Konflikt verabschiedet:*

#### **Wir warnen vor einer weiteren Eskalation des NATO-Jugoslawien-Krieges.**

- Eine stetige Ausdehnung der Luftbombardements zunehmend auf zivile Ziele fordert immer mehr unschuldige Opfer und vergrößert das Leid der Menschen.
- Es muss unter allen Umständen vermieden werden, dass es irgendwann zu einem vermutlich langen, blutigen Bodenkrieg und zu einer Ausbreitung des Kriegs auf den Großteil des Balkans und darüber hinaus kommt.

#### **Wir fordern eine unverzügliche Feuerpause der NATO mit dem Ziel eines vollständigen Waffenstillstands als Vorstufe zur Aufnahme von Friedensverhandlungen.**

Die NATO-Strategie ist gescheitert:

- Die Vertreibungen wurden nicht gestoppt.
- Seit Beginn der Luftangriffe sind Brutalität und Gewalt vervielfacht. Die Vertreibungen haben unvorstellbare Ausmaße angenommen.
- Die großflächige Zerstörung der Wirtschaft Jugoslawiens schreitet voran. Die Zahl der Opfer unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung wird immer größer.
- Es gibt keine militärische Lösung.

Deshalb muss die NATO jetzt eine Feuerpause von mindestens 72 Stunden erklären, in der die Schritte zu einem vollständigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen vereinbart werden können.

**Wir erinnern daran, dass es für Christen "in aller Angst und Bedrängnis des Gewissens keine Ausflucht vor dem Gebot Christi, dass Friede sein soll", geben kann.**

(Dietrich Bonhoeffer in Fanö 1934)  
Die kriegerischen Handlungen im Kosovo-Konflikt sind mit den Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und dem Völkerrecht nicht vereinbar.

”Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein” (Ökumenischer Rat der Kirchen in Amsterdam 1948). Wir bitten alle Christen, sich nicht in politische Feindbilder, religiöse Gewaltrechtfertigungen oder konfessionelle Konfliktverstärkungen hineinziehen zu lassen, sondern das Friedensgebot Christi in der Fürbitte und in der humanitären und politischen Mitverantwortung zur Geltung zu bringen.

#### **Anlage 1:**

Friedensmemorandum von Dr. Walter Romberg, Mitglied im Kuratorium des dbv

#### **Anlage 2:**

Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 15. bis 17. April 1999 samt beigefügtem Wort des Bischofs Dr. Wolfgang Huber

#### **Anlage 3:**

”Hoffnungen haben getrogen. Neues Leid hervorgerufen”: Pressemitteilung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vom 21. April 1999

#### **Anlage 4:**

Beschluss der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 26.04.1999

#### **Verteiler:**

Bundeskanzler Gerhard Schröder  
Verteidigungsminister Rudolf Scharping  
Vorstände der Fraktionen im Deutschen Bundestag  
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)  
Der Evangelische Militärbischof  
Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr  
Der Militärgeneraldekan  
Arbeitsgruppe des dbv "Friedensethik und Soldaten-seelsorge"

Autoren der Anlagen:

Dr. Walter Romberg,  
Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg  
Evangelische Landeskirche in Württemberg  
Ev.-Lutherische Landeskirche Sachsens  
Presseverteiler des dbv

## Anlage 1 zur Resolution Nr. 28

### **Friedensmemorandum**

von Walter Romberg

**Notwendig ist unverzüglich eine Feuerpause der NATO mit dem Ziel eines vollständigen Waffenstillstands als Vorstufe zur Aufnahme von Friedensverhandlungen.**

**Die NATO-Strategie ist gescheitert:**

- Die Vertreibungen wurden nicht gestoppt.
- Seit Beginn der Luftangriffe sind Brutalität und Gewalt vervielfacht. Die Vertreibungen haben unvorstellbare Ausmaße angenommen.
- Die großflächige Zerstörung der Wirtschaft Jugoslawiens schreitet voran. Die Zahl der Opfer unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung wird immer größer.
- Es gibt keine militärische Lösung.

**Es gibt nur eine Alternative für die NATO:**

- entweder Eskalation des Krieges, d.h. stetige Ausdehnung der Luftbombardements zunehmend auf zivile Ziele, verbunden mit einem vermutlich langen, blutigen Bodenkrieg, und Ausbreitung des Kriegs auf den Großteil des Balkans (mindestens)
- mit allen Kräften zugehen auf eine politische Lösung.

Deshalb muss die NATO jetzt eine Feuerpause von mindestens 72 Stunden erklären, in der die Schritte zu einem vollständigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen vereinbart werden können auf der Grundlage des 6-Punkte-Plans von Milosevic und des 6-Stufen-Plans von Joschka Fischer.

**Zielpunkte insbesondere:**

- sofortige Beendigung der Vertreibungen und der Gewalt sowie aller militärischen Aktionen im Kosovo;
- schneller Abzug aller jugoslawischen paramilitärischen Verbände sowie der Sonderpolizei aus Kosovo und Entwaffnung der UCK;
- schnelle Reduzierung der jugoslawischen Armee im Kosovo auf eine begrenzte Zahl leichter Verbände;
- Stationierung einer umfangreichen internationalen Friedenstruppe (leicht bewaffnet) unter UN-Leitung im Kosovo (aus europäischen Staaten, die nicht an den NATO-Luftangriffen beteiligt sind, und

Rußland, Ukraine);

- weitgehende Reduzierung der NATO-Streitkräfte im Umfeld von Jugoslawien;
- Einsatz von 4000 OSZE-Hilfspersonal/Beobachtern und breiter Einsatz von zivilen Friedens/Aufbau Diensten (alle unbewaffnet).

**Notwendig ist ein verstärkter Aufbau von zivilen Friedensdiensten.**

Wir sehen seit einigen Jahren eine neue Militarisierung der internationalen Sicherheitspolitik: Nichtmilitärische Sicherheitsfaktoren und der kooperative Dialog (z.B. in der UNO) treten in den Hintergrund. Militärische Krisenreaktion und -bewältigung bestimmt zunehmend die politische Wahrnehmung.

Ausdruck dieser Entwicklung sind die neuen Militärstrategien insbesondere die Militärstrategien der USA und der NATO und ihre Erprobung im NATO-Jugoslawien-Krieg.

Dieser Krieg zeigt zugleich die großen Defizite bei der notwendigen zivilen Konfliktbearbeitung im Bereich der internationalen Politik wie auf kommunaler/ regionaler Ebene. Rechtzeitige Anwesenheit von vielen qualifizierten Konfliktschlichtungshelfern im Kosovo verbunden mit einem stärkeren Engagement der internationalen Politik hätte vermutlich ermöglicht, die "ethnischen Säuberungen" im Kosovo, den jetzigen Krieg zu verhindern.

Als dringliche Aufgabe stellt sich der breitere systematische Aufbau von qualifizierten Fachkräften für Konfliktprävention und Schlichtung (zivile Friedensdienste u.a.), die in entstehenden Krisensituationen abrufbar sind. Die öffentliche Diskussion über diese Aufgabe und mögliche Lösungswege muss von den zuständigen Verantwortlichen (vor allem: Bundesregierung, BMZ, AA, NGO's, Kirchen u.a.) in Gang gesetzt werden.

Menschenrechte, Völkerrecht und Grundgesetz sind im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Krieg in vielfacher Hinsicht gebrochen. Eindeutige Kriegsverbrechen müssen vor entsprechenden Gerichten verhandelt werden. Die Tatsache, dass der Kosovo-Einsatz der Bundeswehr gegen geltendes Völkerrecht und gegen das Grundgesetz erfolgt, muss politisch und juristisch bearbeitet werden. Dies insbesondere, weil die Gefahr besteht, dass diese Aushöhlung des

Völkerrechts in der Neuen NATO-Strategie zum Prinzip für die NATO-Militärinterventionen erhoben wird (Verzicht auf Mandat des UN-Sicherheitsrat bei Militärinterventionen auf fremdem Territorium), mit schwerwiegenden Folgen für das internationale

Die neue NATO-Strategie ist auf der diesjährigen NATO-Frühjahrstagung beschlossen worden. Die neue NATO-Doktrin wird, wenn sich gegenwärtige Tendenzen (die nicht nur von der Seite der USA nachdrücklich vertreten werden) durchsetzen, u.a. eine Anpassung der NATO an die neue (1997) Nationale Militärstrategie der USA bedeuten. Für die US-Militärstrategie sind Luftschläge, wie sie derzeit laufend im Irak durchgeführt werden (und im Sudan und auf dem Balkan praktiziert wurden) keine Kriegshandlungen, sondern "Abschreckungsmaßnahmen" im "Frieden". Die ständigen Luftschläge im Irak erfolgen auch durch britische Luftstreitkräfte.

Die Selbstmandatierung der NATO (d.h. der mögliche Verzicht bei NATO-Militärinterventionen auf eine Beauftragung durch den UN-Sicherheitsrat oder die OSZE und statt dessen die Selbstbeauftragung der NATO, sofern nur die NATO-Mitgliedstaaten die Militärintervention für legitim erklären) war offizielle USA-Position seit Beginn der Verhandlungen über die Neue NATO-Strategie. Diese Position hat sich durchgesetzt. Auch die deutsche Seite verzichtete auf das explizite UN-Mandat. Bisher ist nicht bekannt, dass der Bundestag die notwendige öffentliche Debatte über die Neue NATO-Strategie mit den hier

anstehenden schwerwiegenden Konsequenzen für das internationale Rechtssystem führen wird. Die Bundesregierung will die Neue NATO-Strategie offensichtlich nicht dem Bundestag zu Zustimmung vorlegen. Und es gibt auch keine angemessene Debatte über die politischen Voraussetzungen und nächsten praktischen Schritte, die unverzüglich erforderlich sind, um das Verhältnis "Menschenrechte - Internationales Völkerrecht" völkerrechtlich und institutionell neu zu regeln. Dieses Verhältnis muss geregelt werden, bevor das internationale Staatensystem und die internationale Rechtsordnung endgültig auf einen Weg hin zum internationalen "Faustrecht" geraten. Und es muss andererseits so geregelt werden, dass das allgemeine Prinzip der staatlichen Souveränität nicht dazu führt, dass im Falle extremer innerstaatlicher Menschenrechtsverletzungen, wie sie gegenwärtig bei den ethnischen Säuberungen und Vertreibungen im Kosovo vorliegen, ein militärisches Interventionsrecht der "internationalen Gemeinschaft" völkerrechtlich nicht gesichert ist. Die notwendige Weiterentwicklung des Völkerrechts ist gemeinsame Aufgabe aller internationalen Organisationen, die für die Gewährleistung der internationalen Sicherheit und ihrer Grundlagen verantwortlich sind (für die Region Europa jedenfalls UNO, OSZE, NATO, EU).

## Anlage 2 zur Resolution Nr. 28 des dbv

### **Beschluss der Landessynode der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg vom 15. bis 17. April 1999**

#### **Vorlage des Tagungsausschusses Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung**

#### **Zum Bericht des Bischofs/Teil I**

Die Landessynode ist dankbar für die ausführlichen Worte des Bischofs zu der bedrückende Lage in Jugoslawien. Sie bittet darum, diesen Abschnitt des Bischofswortes allen Gemeinden zugänglich zu machen.

Die Landessynode ist ratlos und erschüttert angesichts schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der furchtbaren Kriegsfolgen im Rahmen der zu ihrer Beendigung ergriffenen militärischen Maßnahmen.

Wir bleiben aber dabei: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Uns ist gesagt: Du sollst nicht morden.

Alle Kraft muß darauf verwendet werden, Wege zum Frieden, zur Rettung und Hilfe für die unglücklichen Opfer und zur Wahrung des Heimatrechts der

Vertriebenen und Flüchtlinge zu finden.

Angesichts der vielfältigen, oft ratlos machenden Gefühle darf es nicht zur Sprachlosigkeit unter uns kommen. Wir bitten deshalb die Gemeinden, das Gespräch intensiv zu führen. Wir bitten die Kirchenleitung, dazu Sachinformationen für die Gemeinden zusammenzustellen.

Wir rufen zur Fürbitte der Gemeinden im Gottesdienst, zu ökumenischen Friedensgebeten, zu Mahnwachen und zum interreligiösen Friedensgespräch.

Tätige Hilfe bedeutet auch das Eintreten für die Flüchtlinge in den Krisengebieten und für verstärkte Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen bei uns.

Die Landessynode erwartet von der Bundesregierung, daß sie sich weiterhin und verstärkt für die Beendigung der Gewalt in Jugoslawien einsetzt und ab sofort Mittel für die zivile Konfliktbearbeitung bereitstellt, um für die Zukunft Regelungen zu finden, die das friedliche Zusammenleben ermöglichen.

*Landessynode der Evangelischen Kirche in Berlin  
Brandenburg vom 15. bis 17. April 1999*

**Bischof Dr. Wolfgang Huber**

**Wort des Bischofs am 15. April 1999 in  
der Evangelischen Kirche in Saarmund**

(Auszug)

"Das Gute, das ich will, das tue ich nicht; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich." Diese Wahrheit, im Römerbrief des Paulus (Rm 7, 18 f.) ausgesprochen, betrifft nicht nur unsere individuelle Existenz als Sünder, die der Rechtfertigung vor Gott bedürfen. Wir erleben die Wahrheit dieser Aussage immer wieder in unserem gemeinsamen Leben als Kirche. Und wir erleben sie auch in den politischen Zusammenhängen unserer Zeit.

In der Kosovo-Krise ist uns das in den letzten Wochen erschreckend bewußt geworden. Sogenannte "ethnische Säuberungen", Menschenrechtsverletzungen und Massenvertreibungen, wie sie sich im Kosovo vollziehen, sind durch nichts zu rechtfertigen. Vorgänge dieser Art hätten früheren und energischeren Widerstand verdient, als wir dies seit Beginn der Jugoslawienkrise erlebt haben. Zu beklagen ist, daß solche Vorgänge in unserem Jahrhundert, seit dem

Völkermord an den Armeniern in der Zeit des Ersten Weltkriegs, immer wieder viel zu hinhaltend, ja gleichgültig betrachtet und behandelt wurden. In Deutschland, wo die ungeheuerlichsten Gewaltverbrechen dieses Jahrhunderts geplant und in Gang gesetzt wurden, muß man das mit besonderem Nachdruck bekennen. Diese Jahrhundert Erfahrung muß uns im Blick auf das gegenwärtige Schicksal der Kosovaren noch viel mehr aufrütteln, als das bisher geschehen ist. Auf diesem Hintergrund habe ich bei Beginn der NATO-Einsätze mit Bitterkeit und Enttäuschung das Versagen der politischen Mittel festgestellt.

Miteinander sind wir aber von tiefem Zweifel daran erfüllt, ob Kriegseinsätze der NATO gegen das, was im Kosovo geschieht, ein geeignetes und vertretbares Mittel sind. Je länger diese Einsätze dauern, desto größer wird auch die Ratlosigkeit. Aus dem Gottesdienst am Karfreitag heraus wurde in einer unserer berlin-brandenburgischen Gemeinden formuliert:

*"Aus der Abendmahlsgemeinschaft am Karfreitag heraus möchten wir unsere Trauer und unsere Klage öffentlich machen. Wir klagen über den Krieg in Jugoslawien, wir klagen über die Verbrechen im Kosovo. Durch uns geht ein Riß. Aus unserem Glauben an Jesus Christus, der Gewalt durch Gewaltlosigkeit überwunden hat, wenden wir uns gegen die Bombardierungen der NATO. Auch wenn wir keine Antwort wissen, auch wenn wir keine Lösung aufzeigen können, halten wir den begangenen Weg für falsch. Wir klagen darüber, daß die Politik in Europa versagt hat. Wir klagen darüber, daß Vernunft und Phantasie an ihr Ende gekommen sind. Wir sehen nicht, daß das Sterben Unschuldiger die Brutalität im Kosovo stoppen kann. Wir bitten ... und beten darum, daß jeder Strohalm genutzt wird, um auszusteigen aus der Gewaltspirale. Wir bitten ..., die unermesslichen Militärausgaben einzusetzen für humanitäre Hilfe."*

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Deshalb eint uns die Überzeugung, daß dem Morden auf dem Balkan ein Ende gemacht und der Weg zu Verhandlungen, ja der Weg zu wirklicher Versöhnung geebnet und besritten werden soll. Wir haben uns als Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg im letzten Jahrzehnt immer wieder dagegen ausgesprochen, in den neuartigen Konflikten, die Europa nach dem Ende des Kalten Kriegs erlebt, zu militärischen Kampfeinsätzen Zuflucht zu nehmen. Wir haben uns nachdrücklich für den Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes ausgesprochen. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, daß ein solcher Ziviler Friedensdienst im zerfallenen Jugoslawien besonders

dringlich ist. Deshalb ist es nach meiner Auffassung zu beklagen, daß der Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes in Deutschland noch immer über erste Anfänge nicht hinausgekommen ist. Die Folgen dieses Versäumnisses zeigen sich erneut.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat 1994 auf die veränderte friedenspolitische und friedensethische Situation nach dem Ende des Kalten Krieges geantwortet, indem sie "Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik" vorgelegt hat. In diesem Beitrag "Schritte auf dem Weg des Friedens" heißt es:

*"Humanitäre Gesichtspunkte können eine Intervention nur rechtfertigen, wenn*

*· die Entscheidung über ein solches Eingreifen, die nicht der Souveränität einzelner Staaten überlassen bleiben darf, im Rahmen und nach den Regeln der Vereinten Nationen getroffen wird,*

*· die Politik im Rahmen des Schutzes oder der Wiederherstellung einer rechtlich verfaßten Friedensordnung über klar angebbare Ziele einer Intervention verfügt,*

*· die an den Zielen gemessenen Erfolgsaussichten nüchtern veranschlagt werden,*

*· von Anfang an bedacht wird, wie eine solche Intervention beendet werden kann."*

Gemessen an diesen Maßstäben leidet die NATO-Intervention in Jugoslawien unter einem großen Legitimationsdefizit. Sie mag in der eingetretenen politischen Situation unausweichlich gewesen sein. Aber auch wer aus verantwortungspazifistischen Gründen diese Intervention als äußerstes Mittel bejaht, muß im Fehlen einer Beauftragung durch die internationale Rechtsgemeinschaft einen schweren Mangel sehen. Das unterstreicht auf dramatische Weise, wie wir uns alle in Schuld verstricken, wenn wir uns der Aufgabe stellen, dem Rad der Gewalt in die Speichen zu greifen. Dietrich Bonhoeffer, der diese Aufgabe nachdrücklich vertrat, wußte zugleich, daß sie unausweichlich in die Situation der Schuldübernahme führt. Zwar hat er uns mit seinem eigenen Lebenszeugnis eingeschärft, daß es nicht darauf ankommt, "sich selbst heroisch aus der Affäre zu ziehen", also auch: der eigenen Gewaltfreiheit in jedem Fall gewiß zu bleiben. Worauf es nach Bonhoeffer ankommt, ist vielmehr, "wie eine künftige Generation weiterleben kann", wie also lebenszerstörende Barbarei zu beenden ist.

Auch diejenigen unter uns, die - obwohl eine Beauftragung durch die Vereinten Nationen fehlte - einer militärischen Intervention als äußerstem Mittel die Zustimmung nicht versagten, wissen, daß der

Frieden auf diese Weise nicht aufgebaut werden kann. Deshalb hängt alles daran, daß die Waffen zum Schweigen gebracht und das Gespräch zwischen den Menschen wieder in Gang gesetzt wird.

Ich kann nicht umhin, auch dies zu beklagen: Die NATO hat bei ihren Luftangriffen weder den Ostertermin der westlichen Christenheit noch das orthodoxe Osterfest geachtet und einer befristeten Waffenruhe gewürdigt. Trotz aller Appelle galt das höchste Fest der Christenheit offenbar vor der Logik des militärischen Kalküls als unerheblich.

Wir können auf das Geschehen dieser Wochen nur mit der Bitte um den Frieden, mit der Fürbitte für die Opfer von Vertreibung und Flucht und mit dem tätigen Einsatz für sie antworten. Was wir in diesen Wochen erleben, muß für uns als Kirche ein Anstoß dazu sein, daß wir uns den zu Unrecht verdrängten Grundfragen der Friedensethik erneut zuwenden und dabei in unserem Einsatz für den Zivilen Friedensdienst und für die Aufgabe der Versöhnung nicht nachlassen.

Der Krieg auf dem Balkan hat mich persönlich in einer neuen Weise mit der Situation der östlich-orthodoxen Kirchen, insbesondere mit der Serbischen Orthodoxen Kirche in Verbindung gebracht. An unserem Ostersonntag, dem Palmsonntag der Orthodoxie, habe ich die Serbische Orthodoxe Gemeinde in Berlin besucht. Ich wollte damit ein Zeichen für Frieden und Versöhnung setzen. Ich habe der Gemeinde aus unserem Ostergottesdienst eine Osterkerze mitgebracht.

Möge sich für viele Menschen die Kraft der Auferstehung gegenüber allen zerstörerischen Kräften als stärker erweisen. Mögen wir dann alle auch zu dem Dank fähig sein, den Paulus so formuliert:

*"Ich elender Mensch! Wer wird mich erlösen von diesem todverfallenen Leibe? Dank sei Gott durch Jesus Christus, unseren Herrn." (Rm 7, 24 f.)*

## Anlage 3 zur Resolution Nr. 28 des dbv

### **Hoffnungen haben getrogen - Neues Leid hervorgerufen**

Pressemitteilung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

#### **Landesbischof Renz ruft Gemeinden auf, Geld zu spenden und Brücken zu bauen**

Stuttgart. Der Oberkirchenrat hat sich in seiner Sitzung am Dienstag, 20. April, mit der Lage in Jugoslawien befasst. In vielen Gemeinden finden Bittgottesdienste statt. Die Menschen zeigen große Bereitschaft zu spenden und zu helfen. Der Oberkirchenrat dankt allen für das vielfältige Engagement.

Oberkirchenrat Heiner Klünzlen berichtete von telefonischen Kontakten zu der evangelisch-lutherischen und der serbisch-orthodoxen Kirche in Novi Sad und Belgrad. Alle Menschen dort lebten in Angst und Schrecken – unabhängig von ihrer Religion, Konfession oder Volkszugehörigkeit, fasste der für die ökumenischen Beziehungen zuständige Dezernent zusammen. Der evangelisch-lutherische Bischof Jan Valent aus Novi Sad habe berichtet, dass die Menschen in Jugoslawien viele Tote in der Zivilbevölkerung und unter den Soldaten betrauern müssten. Der orthodoxe Patriarch von Belgrad, Pavle, habe alle – auch die Machthaber in Jugoslawien – aufgefordert, die Waffen niederzulegen. In derselben Sitzung berichtete Kirchenrat Henry von Bose vom Diakonischen Werk Württemberg (DWW) ausführlich über die Situation der Flüchtlinge aus dem Kosovo in Baden-Württemberg und in den an das Kriegsgebiet angrenzenden Regionen. In Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien hielten sich nach Schätzungen etwa 350.000 Vertriebene aus dem Kosovo auf. Diese Zahl, so Kirchenrat von Bose, erhöhe sich täglich. Zur Zeit sei Johannes Flothow vom DWW in Mazedonien, um zusammen mit der Hilfsorganisation "Mutter Theresa" und der Caritas Wien Möglichkeiten für eine schnelle Hilfe zu erkunden. In der Bundesrepublik wurden – wie in den letzten Tagen gemeldet – etwa 10.000 Flüchtlinge aufgenommen, davon entfallen auf Baden-Württemberg 1.200. Seit längerem würden 44.000 Kosovaren im Land leben.

Besorgt über diese Situation und dankbar für die große Hilfsbereitschaft in Deutschland richtet der Landesbischof Eberhard Renz ein Wort an die Gemeinden:

*"Viele Menschen in unserem Land lebten in der Überzeugung, dass dem Verbrechen der Vertreibung und des Völkermords in unseren Tagen nicht mehr tatenlos zugesehen werden dürfte. Viele lebten in der Erwartung, dass Gewalt durch Gegengewalt beendet werden könnte. In diesen Tagen stellen wir fest, dass die Erwartungen fehlgegangen sind, die Hoffnungen trogen. Die Bombardierung hat das Leid nicht gemindert. Sie hat neues Leid in ganz Jugoslawien hervorgerufen und im Zusammenleben der Völker unübersehbaren Schaden angerichtet. Zudem treiben die Luftangriffe den Belgrader Diktator und seine Helfer offenbar nur an, mit noch größerer Brutalität die albanische Bevölkerung aus dem Kosovo zu vertreiben.*

*In dieser Situation rufen wir die verantwortlichen Politiker dazu auf, nach Wegen zu suchen, die Gewalt zu beenden, auch wenn die gesteckten Ziele zunächst nicht erreicht werden können.*

*Wir bitten zu Gott für die Menschen im Kosovo und in ganz Jugoslawien, dass sie ihre Feindseligkeiten beenden. Wir halten daran fest, dass Verbrechen der Vertreibung und des Völkermords nicht ungesühnt bleiben dürfen. Wir wollen uns nach Kräften bemühen, von Vertreibung Betroffene in unserem Land aufzunehmen und ihnen zu helfen.*

*Wir bitten, persönliche Verbindungen zu Menschen aus Jugoslawien nicht abzureißen zu lassen und neue Brücken zu bauen. Schon jetzt ist es nötig, an die Zeit nach dem Krieg zu denken und den Menschen und Völkern Jugoslawiens trotz aller Schuld Türen zu öffnen. Wir sehen darin auch eine Antwort auf die Aufforderung des Apostel Paulus aus dem Neuen Testament: "Ist's möglich, soviel an euch liegt, so habt mit allen Menschen Frieden." Dieser Vers aus dem Brief des Apostels an die Gemeinde in Rom, der zum heutigen Dienstag im "Herrenhuter Losungsbüchlein" steht, hat uns und sicher viele Christen im Land an die schrecklichen Ereignisse im Kosovo und in Jugoslawien denken lassen.*

*Dankbar sehen wir die große Hilfs und Spendenbereitschaft der deutschen Bevölkerung. Sowohl die Flüchtlinge in den Regionen rund um das Kosovo als auch die Flüchtlinge in der Bundesrepublik brauchen dringend unsere Unterstützung."*

## **Spenden können überwiesen werden**

★auf das Konto der Aktion "Herzenssache – Kinder im Kosovo" des Südwestrundfunk (SWR), Sparda Bank Stuttgart, Konto 57 57 57, Bankleitzahl 600 908 00, Stichwort Kosovo. Die dort eingehenden Spendengelder werden zwischen dem DWW, der Caritas und dem Roten Kreuz aufgeteilt und den geflüchteten Menschen zu gute kommen. Wir danken dem SWR dass er in seinen Programmen auch ausführlich über die Hilfeleistungen informiert.

★auf das Konto des DWW, Landesgirokasse Stuttgart, Konto 2 133 250, Bankleitzahl 600 501 01, Stichwort Kosovo. Das DWW verlagert das seit drei Jahren mit der Hilfsorganisation "Mutter Theresa" und der Caritas Wien gemeinsam durchgeführte Hilfsprogramm von Pristina im Kosovo nach Skopje in Mazedonien.

★auf das Konto des Diakonischen Werks der EKD, Katastrophenhilfe, Postbank Stuttgart, Konto 502707, Bankleitzahl 600 100 70, Stichwort Kosovo. Das Diakonische Werk der EKD leistet umfangreiche Hilfe in Mazedonien.

## Anlage 4 zur Resolution Nr. 28 des dbv

### **Beschluss der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 26. 04. 1999**

Mit zunehmender Sorge verfolgen wir die andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen, die furchtbaren Verbrechen und Vertreibungen im Kosovo und die militärischen Aktionen der NATO, die dem Einhalt gebieten wollen.

Es wird jedoch immer deutlicher, dass die Luftangriffe dieses Ziel nicht erreicht haben. Sie bewirken Zerstörungen und bringen Leid auch über die serbische Bevölkerung. Sie führen zu falschen Solidarisationen.

**Jeder weitere Tag Krieg kostet Menschenleben**

**Jeder weitere Tag Krieg führt zur weiteren Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen in Jugoslawien.**

**Jeder weitere Tag Krieg fördert Hass und Rache.**

**Jeder weitere Tag Krieg erhöht das Risiko der Ausweitung des Konfliktes.**

Zur Ratlosigkeit in dieser Situation gehört, dass wir schuldig werden, was immer wir tun. Das gilt für Politiker und Militärs genauso wie für uns. Diese Ratlosigkeit bringen wir vor Gott und vertrauen uns seiner Hilfe an.

Wir halten daran fest: Militärische Gewalt kann auch in diesem Falle nur dann ein letztes Mittel sein, wenn auf anderem Weg Unrecht nicht begegnet werden kann und die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Gewaltmittel gewahrt bleibt.

Es muss zu einem unverzüglichen Ende der Vertreibungen und der militärischen Gewalt in Jugoslawien kommen. Wir treten dafür ein, dass die Bundesregierung und ihre Partner in der NATO einen ersten Schritt tun und die Luftangriffe zunächst einstellen, um dem erneuten Versuch von Verhandlungen den Weg zu bahnen, deren Ergebnis die Gewährleistung der Menschenrechte im Kosovo sein muss.

Wir bitten die Vertreter der deutschen und europäischen Kirchen, das Gespräch mit den Kirchenleitungen und den religiösen Führungen in der Konfliktregion zu suchen oder fortzusetzen und sie in ihren Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben der Menschen zu bestärken.

Wir rufen die Gemeinden auf, in ihren Gebeten für ein Ende des Kosovo-Krieges und in ihrer Fürbitte für die betroffenen Menschen nicht nachzulassen. Gleichzeitig bitten wir sie, sich der Opfer des Krieges durch Hilfsbereitschaft auch durch Spenden anzunehmen und zu den bei uns aufgenommenen Vertriebenen aus dem Kosovo helfend Kontakt zu suchen.-

## Resolution Nr.29 des dbv

### **Der Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln**

#### **Der dbv fordert ein verstärktes Engagement für einen Zivilen Friedensdienst**

Die Hoffnungen auf Frieden und Stabilität in Europa sind mit dem Krieg auf dem Balkan in weite Ferne gerückt. Es bleibt die Frage: Wie sollen zivilgesellschaftliche Strukturen in dieser Krisenregion und darüber hinaus dauerhaft wachsen können, wenn gerade die Gesellschaft Jugoslawiens moralisch gespalten, politisch destabilisiert und wirtschaftlich zerstört wurde. Auch eine militärische Logik rechtfertigt nicht den "totalen Krieg", in dem es nur Verlierer und keinen Sieger geben kann.

Gerade die Erinnerung an einem Tag wie dem 8. Mai lehrt uns: Mit kriegesischer Gewalt kann man keinen dauerhaften Frieden schaffen. Was ist aus dem Versprechen der Bundesregierung geworden: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik!"? Ausgerichtet auf die Beachtung des Völkerrechts und dem Eintreten für Dialogbereitschaft und Gewaltverzicht sollte insbesondere die Krisenprävention durch den gezielten Aufbau einer Infrastruktur zur zivilen Konfliktbearbeitung gestärkt werden. Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

#### **Wir stellen fest,**

dass mit dem Angriffskrieg auf Jugoslawien die NATO ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis verlassen hat. Der Krieg muss in den Köpfen der Menschen beendet werden – auch in denen der westlichen Regierungen. Eine Selbstermächtigung durch die NATO auf Kosten der UNO darf es in Zukunft nicht mehr geben. Was in der Krisenprävention versäumt wurde, muss jetzt mit aller Kraft in die Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit für die Konfliktnachsorge investiert werden.

#### **Wir fordern:**

Die Frage des Friedens darf nicht länger allein eine Frage staatlichen Handelns sein. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat gezeigt, dass der Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure für die friedliche Bearbeitung innergesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Konflikte von großer Bedeutung ist. Die Erfahrungen, die Nichtregierungsorganisationen z.B. in Bosnien gesammelt haben, bestätigen die Notwendigkeit institutionalisierter Instrumente zur zivilen Konfliktbearbeitung, wie sie seit einigen Jahren mit der Konzeption eines Zivilen Friedensdienst vorgetra-

gen wird. Dauerhafter Frieden fängt unten, bei den Menschen vor Ort an.

#### **Wir begrüßen**

die im Bundeshaushalt 1999 bereitgestellten 5 Millionen DM für einen Zivilen Friedensdienst als Schritt in die richtige Richtung. Aber für den notwendigen Ausbau dieser Arbeit ist die Summe bei weitem zu gering. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hierfür vorgelegte Rahmenkonzept kann nur mit, nicht gegen die zivilgesellschaftlichen Akteure umgesetzt werden. Dies bedeutet auch, dass der Zivile Friedensdienst eine Querschnittsaufgabe künftiger Friedenspolitik sein muss. Es reicht nicht aus, wie bisher vorgesehen, den Zivilen Friedensdienst als Teilaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit zu deklarieren und ihn in staatlicher oder bestenfalls halbstaatlicher Trägerschaft durchzuführen.

#### **Wir fordern die Bundesregierung auf,**

die Expertise und das Engagement der Nicht-Regierungsorganisationen zu nutzen und dem Zivilen Friedensdienst zur professionellen Umsetzung zu verhelfen. Seit mehr als fünf Jahren engagiert sich das "Forum Ziviler Friedensdienst" dafür, dass dies in pluraler gesellschaftlicher Trägerschaft vollzogen wird. Die bisherigen praktischen Erfahrungen insbesondere auf dem Gebiet der Qualifizierung und Ausbildung von Friedensfachkräften zeigen, wie notwendig und unumgänglich die Verankerung in der Zivilgesellschaft ist. In einem Kooperationsprojekt hat das "Forum Ziviler Friedensdienst" mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen bisher 37 Freiwillige aus unterschiedlichen Ländern ausgebildet, die in Projekten der Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit ihren Dienst tun. Vor allem in den Konfliktregionen des ehemaligen Jugoslawien (Bosnien, Kroatien) sind solche Friedensfachkräfte für die Konfliktnachsorge von unschätzbarem Wert.

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) gehört zu den Gründungsmitgliedern des "Forums Ziviler Friedensdienst". Er sieht in der Arbeit des "Forums Ziviler Friedensdienst" und der anderen Nichtregierungsorganisationen, die sich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in den Krisen- und Kriegsgebiete-

ten zuwenden, Alternativen zu militärischen Maßnahmen. Die Initiativen müssen nicht nur von der Politik, sondern auch von Kirchen und Medien deutlich und öffentlich unterstützt werden.

Die Mitgliederversammlung des dbv erinnert an Bonhoeffers Friedensverständnis: "Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit" (Bonhoeffer, Fanö 1934). Wir fordern daher:

Die Militarisierung der Politik muss durch den konsequenten Aufbau nicht-militärischer Instrumente zur Konfliktbearbeitung ersetzt werden. Für einen Zivilen Friedensdienst – jetzt!

## **Verteiler:**

Bundeskanzler Gerhard Schröder  
Verteidigungsminister Rudolf Scharping  
Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul  
Fraktionen im Deutschen Bundestag  
Rat der Ev. Kirche in Deutschland (EKD)  
Der Evangelische Militärbischof  
Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr -  
Der Militärgeneraldekan  
Arbeitsgruppe des dbv "Friedensethik und Soldatenseelsorge"  
Forum Ziviler Friedensdienst  
Presseverteiler des dbv

## Resolution Nr. 30 des dbv.

### **Bemessung der Kirchensteuer am Bruttoeinkommen verstärkt Schlechterstellung von Kirchenmitgliedern**

Der dbv fordert die Umwandlung der Kirchensteuer in eine Kultur- und Sozialsteuer

Die von Ministerpräsident Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) vorgeschlagene und von Ministerpräsident Roland Koch (Hessen) und Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen unterstützte Einführung einer neuen Bemessungsgrundlage für die Kirchensteuer regt die notwendige Diskussion über eine Kirchensteuerreform an. Der dbv hält jedoch diesen Reformansatz nicht für ausreichend. Er "verschlimmert" die Situation: Kirchensteuer nicht mehr an die Lohn- und Einkommensteuer, sondern an das Bruttoeinkommen zu koppeln, bedeutet einerseits eine Steuererhöhung, insofern dadurch Kirchaustritte und negative Auswirkungen der staatlichen Steuerpolitik für die Kirchen aufgefangen werden sollen, andererseits ist damit eine weitere Schlechterstellung der meisten Kirchenmitglieder gegenüber Nicht-Kirchenmitgliedern verbunden. Ganz abgesehen davon, dass die Änderung der Bemessungsgrundlage die theologische Fragwürdigkeit des geltenden Kirchensteuersystems nicht beseitigt.

Der dbv will diese Schlechterstellung nicht hinnehmen, weil mit der Kirchensteuer Gemeinwohlaufgaben finanziert werden. Diese werden von allen Bürgerinnen und Bürgern - unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in einer Kirche oder Religionsgemeinschaft

- in Anspruch genommen.

Nach Auffassung des dbv wird mit der Einführung einer neuen Bemessungsgrundlage lediglich an der Oberfläche der bestehenden Kirchensteuerpraxis etwas geändert. Der dbv ist dagegen der Meinung, dass grundsätzlicher das Kirchensteuersystem an die gesellschaftlichen Gegebenheiten - wie sie sich mit der Entwicklung einer pluralistischen Demokratie und mit dem Fortgang der europäischen Einigung ergeben haben - angepaßt werden muss. In diesem Sinne spricht sich der dbv für die Umwandlung der Kirchensteuer in eine "Kultur- und Sozialsteuer" aus. Diese soll von allen Bürgerinnen und Bürgern wie bisher als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer erhoben werden. Der entscheidende Punkt ist: Im Unterschied zum bisherigen Verfahren bestimmt der Steuerpflichtige selbst den Empfänger dieses Zuschlags - aufgrund einer Liste ausgewählter kirchlicher, staatlicher oder sonstiger gesamtgesellschaftlicher Institutionen, die in besonderer Weise eine kulturelle und soziale Verantwortung für das Gemeinwohl wahrnehmen. Auf der Basis der Grundprinzipien einer "Kultur- und Sozialsteuer" - Einbeziehung aller Bürger in die Steuerpflicht bei gleichzeitig eingeräumter Auswahlmöglichkeit des Steuerempfängers - ist natürlich auch eine Ankop-

pelung der Steuerbemessung an das Bruttoeinkommen denkbar - wenn damit keine Steuererhöhungseffekte verbunden sind.

Der Grundgedanke ist, dass die bisher nur den Mitgliedern einer kirchlichen oder religiösen Gemeinschaft auferlegte Steuerpflicht ersetzt wird durch eine Abgabenform, die von einer wie auch immer gearteten Kirchenmitgliedschaft oder Religionszugehörigkeit abgekoppelt ist. Auf diese Weise wird nicht nur mehr Steuergerechtigkeit hergestellt, sondern auch das Staat-Kirche-Verhältnis modernisiert. Der Vorschlag einer "Kultur- und Sozialsteuer" verbindet bewährte Elemente des bisherigen Kirchensteuersystems (von der Kirche mitbenutztes und bezahltes staatliches Einzugsverfahren) mit zeitgerechten Reformanliegen (individuelle Entscheidungskomponente für die Steuerpflichtigen; Vermehrung der Wahlmöglichkeit von Empfängerinstitutionen; Stärkung des Subsidiaritätsprinzips).

Was die konkrete Ausgestaltung des Modells angeht, werden unterschiedliche Vorstellungen in die Diskussion eingebracht. Viele Details sind noch offen und müssen im Fortgang der Gespräche abgeklärt werden. Da es um die Organisation eines am Gemeinwohl orientierten Finanzaufkommens geht, ist es nur selbstverständlich, dass daran alle steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollen. Spezielle religiöse Anliegen sollten die Gemeinden und Kirchen in Zukunft durch ergänzende Formen eines eigenständigen Aufkommens (Kirchgeld, Mitgliedsbeiträge, Spenden, Stiftungen usw.) finanzieren.

Der dbv begrüßt es, dass die Kirchenfinanzierung durch die Initiative der Ministerpräsidenten zum Gegenstand einer breiteren öffentlichen Diskussion geworden ist. Ebenso begrüßt der dbv, dass Kurt Beck das Thema in die Konferenz der Ministerpräsidenten eingebracht hat. Die Diskussion sollte jedoch weiter gefasst werden und grundsätzlicher ansetzen, als dies bisher erkennbar geschehen ist.

Die bei der Einführung der Kirchensteuer durch die Regelungen der Weimarer Reichsverfassung von 1919 bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich tiefgreifend verändert. Der europäische Einigungsprozess schafft einen erweiterten Bezugsrahmen. Neue Wege sollten die zurecht bestehende Kritik an der bisherigen Kirchensteuerpraxis nicht weiter verstärken. Sie müssen mehr auf Akzeptanz in der Gesellschaft ausgerichtet sein, weil die Krise der Kirchen (u.a. Austrittswelle) im Kern keine Finanz-, sondern eine Akzeptanzkrise ist. Der dbv möchte alle Reformkräfte für einen Prozess der Konsensbildung gewinnen - der auch die verfassten Kirchen zu überzeugen vermag.

Die Ablösung der Kirchensteuer durch eine "Kultur- und Sozialsteuer" würde verschiedene verfas-

sungsrechtliche und datenschutzrechtliche Bedenken gegen die Kirchensteuer ausräumen. Aus Italien und Spanien, wo vergleichbare Modelle bereits seit Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre eingeführt sind, liegen positive Erfahrungen vor - wobei uns bewusst ist, dass diese Modelle in ihren konkreten Details nicht einfach übertragbar sind.

Seit 1995 setzt sich der dbv für eine Umwandlung der deutschen Kirchensteuer in eine "Kultur- und Sozialsteuer" ein. Der dbv hat alle Bundestagsabgeordneten und alle Synodalen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angeschrieben, ihnen das Modell vorgestellt und sie zur Diskussion eingeladen. Zu dem Modell haben sich einzelne Mitglieder des Deutschen Bundestages und der politischen Parteien, Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen, verschiedener Gruppierungen des kirchlichen Lebens sowie der Bürger- und Demokratiebewegung positiv geäußert. Der bisherige Verlauf unserer Gespräche zeigt, dass die Kultur- und Sozialsteuer unter allen Reformmodellen die größte Zustimmungsbreite und damit Realisierungschance aufweist.

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) ist ein aus der Evangelischen Kirche erwachsener, ökumenisch ausgerichteter Zusammenschluss von Menschen, die in dem Leben und Werk des evangelischen Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) eine unverändert gültige Herausforderung zum kritischen Glauben, Denken und Handeln sehen. In Aufnahme von Bonhoeffers Einsicht, dass Kirche nur Kirche ist, wenn sie für andere da ist ("Kirche für andere"), möchte der dbv dazu beitragen, dass die Kirche mit ihren Angeboten und Leistungen weiter für die ganze Gesellschaft offen bleibt.

Die nächste Jahrestagung des dbv vom 19.-21. Mai 2000 in der Evangelischen Akademie Mülheim an der Ruhr wird sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Gemeinwohlorientierung und Kirchenfinanzierung befassen. Interessenten können sich ab sofort für die Verschickung der Tagungseinladungen vormerken lassen. Informationen und Literatur zu dem Modell einer "Kultur und Sozialsteuer" können jederzeit bei dem dbv angefordert werden.

#### **Verteiler:**

Ministerpräsident Kurt Beck, Mainz  
Finanzminister Hans Eichel, Bonn  
Fraktionen im Deutschen Bundestag  
Rat und Gliedkirchen der Ev. Kirche in Deutschland  
Arbeitsgruppe des dbv "Kultur- und Sozialsteuer"  
Presseverteiler des dbv

## “Ein Wechsel wird kommen”

### Ein Rundfunkgespräch über die Ablösung der Kirchensteuer durch eine Kultursteuer

*Im Mai 1999 fand in der HR-Sendung "Hintergrund" ein Gespräch zum Thema Kirchen- oder Kultursteuer statt. An dem Gespräch nahmen teil: Ulrike Holler (U.H.) vom HR, Dr. Karl Martin (K.M.) vom dbv, Dr. Joachim Schmidt (J.S.) für die EKHN und Dr. Thomas Schöler (T.S.) vom Bistum Limburg. Wir dokumentieren das Gespräch in Auszügen.*

#### **Moderator:**

In der Sendung "Hintergrund" kommen wir zurück auf das Thema "Kirchensteuer". Ließe sich das spanische und das italienische Modell übertragen? - eine Idee einer Kultursteuer - oder auch Kultus-Steuer genannt -, die jeder Steuerpflichtige zahlen muß, ganz gleich, ob er einer Kirche angehört oder nicht - bei der aber der einzelne dann bestimmt, welche Organisation die Abgabe bekommt? Seit einiger Zeit wird darüber diskutiert - auch bei uns, nicht auf großen Foren, sondern eher in kleinen Zirkeln. Und daß es da recht kontroverse Positionen gibt, das hat Ulrike Holler (U.H.) bei ihren Recherchen erfahren.

#### **Holler:**

Dr. Karl Martin ist evangelischer Gemeindepfarrer und wird mithilfe der Kirchensteuer bezahlt - aber er tritt als Mitbegründer des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) dafür ein, daß wir genau wie in Italien oder Spanien keine Kirchensteuer, sondern eine Kultursteuer zahlen. Das heißt, jeder kreuzt an, wohin etwa 0,8 % seiner Steuern gehen - an Wohlfahrtsverbände, an Greenpeace oder an die Kirche.

#### **Martin:**

Die Kindertaufe wird zur Grundlage gemacht, um jemandem ungefragt von seinem Gehalt Geld abzuziehen. Das ist mit unseren gesellschaftlichen Prämissen nicht mehr vereinbar - es ist aber auch mit unseren theologischen und mit unseren kirchlichen Prämissen nicht vereinbar, weil wir denken, daß man Kirchenmitglied ist aufgrund einer persönlichen Entscheidung und Einstellung. Und das muß sich auch im Finanzierungssystem widerspiegeln. Und das tut es im Augenblick nicht.

#### **Holler:**

Die staatlich eingezogene Steuer verändert das Bewußtsein der Kirche und seiner Mitglieder - sagen er und seine Mitstreiter, die nicht der Kirchenverwaltung angehören und daher wenig am alten System hängen.

#### **Martin:**

Die Kirchensteuer hat auch das große Problem, daß sie uns als Kirche in eine falsche Ecke bringt. Wir sind in der Ecke derer, die irgendwelche Privilegien haben, die gar nicht in der Lage sind, ihre Anliegen mit eigenen Mitteln in der Gesellschaft darzustellen. Sie brauchen die Krücke des Staates und andere merkwürdige Hilfsmittel.

#### **Holler:**

Er ist sich bewußt, daß eine Abkehr von der bisherigen Praxis nur durch einen breiten Konsens, durch gesetzliche und Bewußtseins-Veränderungen zu erreichen ist. Die Entwicklung arbeitet für unsere Idee, sagt er.

#### **Martin:**

Auf die Dauer wird die Rechnung nicht aufgehen, daß die Kirchenmitglieder, die weniger werden, daß die wie eh und je gesamtgesellschaftliche Leistungen anbieten zum Nulltarif für alle anderen. Wir treten für die Kultursteuer ein und damit für die Öffnung und das Offenbleiben der Kirche in die Gesamtgesellschaft. Das ist auch ein Stück Absicht hinter diesen Reformüberlegungen.

#### **Holler:**

Mutig. Denn er stellt sein eigenes Gehalt infrage. Die Finanzierungsgrundlage der Firma Kirche, die Einnahmen werden zurückgehen. Ihn stört das nicht.

#### **Martin:**

Es wird uns helfen, wenn wir endlich ein bißchen klarer wissen, wer gehört zu uns, wer trägt uns, welche Aufgaben werden wirklich unterstützt und zu welchen Aufgaben haben wir ein Mandat unserer Mitglieder.

#### **Holler:**

Ganz anders die Argumentation von Dr. Joachim Schmidt, dem Pressesprecher der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

#### **Schmidt:**

Schauen wir uns die Höhe der Kirchensteuer an, 1998 waren es knapp 16 Mrd. für beide Konfessionen in der Bundesrepublik. Und schauen wir uns zum Vergleich eine andere Steuer an, nämlich die Tabaksteuer, die hat 19 Mrd. gebracht. Die Kirchensteuer ist nach wie vor eine Bagatell-Steuer.

#### **Holler:**

An der man nichts verändern sollte, weil die Systeme nicht zu vergleichen sind. Im Gegensatz zu Italien und Spanien übernimmt die Kirche in

Deutschland eine Fülle von sozialen Aufgaben - erhält dafür Pflegesätze oder andere staatliche Zuwendungen nach dem Subsidiaritätsprinzip - keine Einbahnstraße, wie Joachim Schmidt betont.

## **Schmidt:**

Auf kirchlicher Seite beruht die Leistungsfähigkeit dieses Systems darin, daß die Kirchen aufgrund ihrer Größe in der Lage sind, eine sehr große Zahl von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen zu aktivieren.

## **Holler:**

Aus 80 Pfennigen wird so 1 Mark gemacht, sagt er als Gegner der Kultursteuer. Die Kirchenglieder hielten sich in Grenzen. Der DGB wäre glücklich über eine vergleichbare Quote. Noch mache die Kirche keine Schulden zu Lasten der kommenden Generation, sondern gleiche ihre geringeren Einnahmen mit Verkäufen von Liegenschaften aus, um weiterhin nicht für sich, sondern für die Menschen dazusein. Der Verzicht auf die Kirchensteuer sei ein Nachteil für alle.

## **Schmidt:**

Der Staat verdient etwa 3-4% der Kirchensteuer als Gebühr, er hat dabei nicht mehr zu tun als ein paar Zahlen auszudrucken via EDV - und die Kirche verdient daran, weil alle Erfahrungen etwa der Kirche in der ehemaligen DDR zeigen, daß ein eigenes Einzugssystem der Kirche etwa 20 % der Kosten verschlingen würde.

## **Holler:**

Er sieht keinen Anlaß, das System zu verändern. Auch weil zur Zeit viele Politiker die Kirche hofieren aus Angst, selbst in die Pflicht genommen zu werden. Dr. Thomas Schöler (T.S.), der Rechtsdirektor der Diözese Limburg, steht der Kultursteuer sehr viel offener gegenüber.

## **Schöler:**

Ein Vorteil ist, daß wir dieses leidige Thema Kirchenglieder nicht mehr haben. Denn wir deutschen Katholiken und die Bischöfe haben es immer sehr schwer, in Rom zu erklären, was eigentlich dieser Kirchenglieder bedeutet, weil wenn man einmal getauft ist, kann man eigentlich nicht mehr aus dieser Gemeinschaft heraustreten und die Taufe für null und nichtig erklären. Das geht nicht. Und die Kultursteuer in Italien hat eben den Vorteil, daß alle steuerpflichtigen BürgerInnen einen gewissen kleinen Teil ihres sowieso zu zahlenden Beitrags eben abtreten. Und daß dementsprechend dieses "Schlupfloch Kirchenglieder" gar nicht mehr notwendig ist, weil sie eben eine staatliche Steuer für jedermann ist.

## **Holler:**

Er befürwortet einen Systemwechsel, weil die katholische Kirche als Weltkirche nicht festgelegt ist auf den deutschen Sonderweg. Doch ...

## **Schöler:**

... die Konsequenz wäre bei einem Systemwechsel die, daß die Kirche sich aus vielen Bereichen und Fällen im Sozialen, wo sie subsidiär für den Staat einspringt, rausziehen müßte. Und das würde auf den Staat erhebliche Kosten abwälzen, die der - Sie kennen die Haushaltslage der Länder und des Bundes - überhaupt nicht tragen könnte. Insofern besteht im Moment kein Interesse von staatlicher Seite, einen Systemwechsel vorzunehmen.

## **Holler:**

Denn auch der Staat verdient bei der Einziehung der Kirchensteuer bis zu 4 %. Deswegen die massive politische Begleitmusik zur Beibehaltung des alten Systems. Werden die Konfessionslosen die neue Kultursteuer bekämpfen - also jene, die bisher keinen Beitrag für die Kirche und ihre Aufgaben leisteten?

## **Schöler:**

Es gibt ja interessante Untersuchungen, die sagen, daß auch Ausgetretene durchaus die Sozialleistungen der Kirche schätzen und über einen solchen Weg durchaus bereit wären, wieder einen Teil ihrer so oder so zu zahlenden Steuer zweckbestimmt für die Kirche zu geben. Also ich glaube, daß, wenn man es gut vermitteln würde, ein gewisses Verständnis dafür entstehen würde. Das Problem halt wäre der Prozentsatz. Der in Italien erhoben wird - oder in Spanien ist er noch um 0,3 % niedriger -, der würde beileibe nicht ausreichen, um die Infrastruktur, wie wir sie im Moment haben, aufrechtzuerhalten.

## **Holler:**

Aber Dr. Thomas Schöler vom bischöflichen Ordinariat in Limburg befürwortet eine Änderung des Systems genauso wie sein evangelischer Kollege Dr. Karl Martin. Doch beide wissen ...

## **Schöler:**

... ein Wechsel im ganzen System braucht eine lange Umlauf- und Umstellungsphase. Also es wird noch 10/15 Jahre dauern. Aber ein Wechsel wird kommen, davon gehe ich aus.

## **Moderator:**

Trotzdem eine offene Frage, ob eines Tages in Deutschland anstelle der Kirchensteuer eine Kultursteuer treten könnte. Das hat der Beitrag von Ulrike Holler gezeigt.

## Historisierung oder Verharmlosung?

Heinrich Grosse über  
die Theodor Heckel Biographie von R.U. Kunze

“**L**auter Knall um Bischofs-Büste” - unter dieser Überschrift war in “idea spektrum” (Nr. 16/95, 8) zu lesen: “Empörung hat in München die Entfernung einer Büste des evangelischen ‘Vaters der Kriegsgefangenen’, Bischof Theodor Heckel (1894-1967), aus dem Foyer des Evangelischen Forums erregt. ... In einem laut Einladungsprospekt ‘anstößigen Gottesdienst’, bei dem an die Hinrichtung des evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer am 9. April 1945 erinnert wurde, sagte Frau Molnar (- die Leiterin des Ev. Forums - H.G.), Heckel habe den Widerstandskämpfer 1936 beim damaligen Landeskirchenausschuß denunziert. Die Folge sei der Entzug der Lehrerlaubnis und ein Rede- und Schreibverbot für Bonhoeffer gewesen. Trotz wiederholter Aufforderungen habe Heckel später nie zu diesem Vorgang Stellung genommen. Während des Gottesdienstes wurde Heckels Büste verhüllt, wobei sie mit einem lauten Knall auf den Boden fiel und unter dem Kichern der Akteure mit einem Tuch verschnürt wurde. Sie steht jetzt im Evangelischen Dekanat München. ... Der Sohn Heckels, Pfarrer i. R. Georg Heckel (München), wies gegenüber idea die Vorwürfe zurück. ... Sein Vater habe Bonhoeffer zu keinem Zeitpunkt verraten. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe er von Schuld und Versagen gesprochen. Bonhoeffer habe er als tiefsinnigen Theologen geschätzt.

Pfarrer i. R. Hans-Dietrich Pompe, der ab 1942 in dem von Heckel gegründeten Evangelischen Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene in Berlin tätig war, reagierte in einem Leserbrief auf die Behauptungen Georg Heckels: “Dies widerspricht der historischen Wahrheit” (idea 21/95, 26).

Auf dem Hintergrund der andauernden Kontroverse um die Rolle Theodor Heckels in der NS-Zeit hatte ich die Hoffnung, die (überarbeitete) Dissertation des Historikers Rudolf-Ulrich Kunze könne bei der Suche nach der “historischen Wahrheit” im Blick auf Theodor Heckel hilfreich sein. Doch schon beim Lesen der “Einleitung” (9-12) wurden meine Erwartungen gedämpft: Heckels zwischen 1960 und 1966 verfasste, über 400 Seiten starke, unveröffentlichte Autobiographie nennt Kunze die “Schlüsselquelle” (9); aus ihr und aus Aufzeichnungen der Söhne Heckels wird ständig zitiert, ohne dass die Problematik dieser interessengeleiteten Darstellungen hinreichend reflektiert wird.

Nach Kunze ist eine zentrale “Aufgabe einer biographischen Auseinandersetzung mit Theodor Heckel... die quellengestützte Auseinandersetzung mit Vorwürfen und Anschuldigungen, die gegen Heckel im Zusammenhang mit seiner Rolle als Bischof im Kirchlichen Außenamt zwischen 1934 und 1945 erhoben wurden und werden” (10). Und er beeilt sich hinzuzufügen, dass sein Ansatzpunkt „keineswegs von einer Absicht der ‘Rehabilitierung’ getragen wird” (10).

Der Autor versteht seine Arbeit als “Beitrag zur Historisierung des Nationalsozialismus”: „Für den problematischsten Teil von Heckels Biographie, seine Zeit als Auslandsbischof im Kirchlichen Außenamt 1934-1945” trifft zu, was für die gesamte ‘Historisierung’ des Nationalsozialismus gilt: Wer eine Historisierung des Nationalsozialismus fordert, muss darauf gefasst sein, mit dem ubiquitären Vorwurf der Relativierung oder Verharmlosung konfrontiert zu werden. Sowohl von Seiten der Quellenbasis als auch der Quellenkritik erscheint eine Revision des Bildes von Theodor Heckel im Sinne eines Beitrags zur Historisierung des Nationalsozialismus angebracht, ja überfällig. Die erforderliche Auseinandersetzung mit dem äußerst lückenhaften, vorherrschenden Heckel-Bild in dieser Arbeit steht allerdings unter der Prämisse, lediglich die Ergebnisse, nicht die Motive, die zu seiner Entstehung führten, einer historischen Kritik zu unterziehen” (10).

Wie sieht das Ergebnis einer solchen “Historisierung” des Nationalsozialismus, die angeblich nicht von der Absicht der “Rehabilitierung” Theodor Heckels getragen ist, aus?

“Heckels späteres Festhalten an seinem Amt unter den Bedingungen des Nationalsozialismus” wertet Kunze „als Ausdruck einer realistischen Einschätzung der eigenen Kompetenz und Erfahrung im Blick auf die Wahrung des Einflusses auf die Auslandsdiaspora, aber auch als Versuch eines moderaten Kritikers der kirchenpolitisch erstarrten Verhältnisse in Deutschland, die Eigenarten und nicht zuletzt auch die Errungenschaften der Auslandsgemeinden durch ein Fernhalten der Polarisierung des Kirchenkampfes zu schützen und zu bewahren.“ (109) Die von Boyens und Scholder formulierte Kritik an Heckels Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt kritisiert Kunze als „Fortsetzung des Kirchenkampfes mit historiographischen Mitteln“ (130).

In seinen Erinnerungen schrieb Heckel: „Die Pflege der ökumenischen Beziehungen mußte ... für das Kirchliche Außenamt eine schwere politische Belastung werden, denn nach der Ideologie des Nationalsozialismus wurde alles, was ökumenisch oder international war, eingereiht in die Serie der Schlagworte 'Freimaurer', 'Pazifisten', 'Rompilger'“ (145). Wenn dies Heckels eigener Erkenntnisstand war, wie kann Kunze dann noch bestreiten, dass Heckels Schreiben an den Landeskirchenausschuss vom 7. März 1936, in dem Bonhoeffer als „Pazifist und Staatsfeind“ bezeichnet wurde, denunziatorisch war, zumal Heckel Abschriften dieses Schreibens auch dem Auswärtigen Amt und dem Reichskirchenministerium zur Kenntnis schickte (Bethge, Bonhoeffer, 580) - was Kunze nicht erwähnt(!)? (161)

Kunze schreibt, Motive und Auswirkungen des Heckelschen Verhaltens verharmlosend: „Bewertet man den Brief an den Landeskirchen-ausschuss mit Bethge als 'Denunziation', ist zumindest fraglich, ob dieser für einen solchen unterstellten schlimmen Zweck die richtige 'Adresse' war. Ferner dürfte Bonhoeffers offene, mutige Gegnerschaft gegenüber der 'Reichskirche' und dem Nationalsozialismus an sich im März 1936 kaum noch der ‚Denunziation‘ Heckels bedurft haben, um den NS- Behörden bekannt zu sein“. (161)

Ein wichtiger Grund für den erwähnten „anstößigen Gottesdienst“ in München war Heckels Verhalten im Fall des im Reichssicherheitshauptamt der Gestapo inhaftierten Leiters der evangelischen Kirche in Polen, Bischof Julius Bursche. Dieser war nach dem Polenkrieg mit anderen Angehörigen der polnischen Führungsschicht nach Berlin verschleppt worden und zeitweise im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert. Briefe an Heckel, u. a. von Bursches Frau, blieben folgenlos und z. T. unbeantwortet. Heckel sprach sich im Auswärtigen Amt „energisch gegen seine (Bursches) Freilassung“ aus und antwortete auf eine Anfrage des schwedischen Erzbischofs Eidam wahrheitswidrig, dass „Bischof Bursche nach Riga geflohen sein soll“ (A. Boyens, Kirchenkampf und Ökumene 1939-1945, München 1973, 35-36). 1942 starb Bursche in Gestapo-Haft in Berlin. Dem Historiker Kunze reicht eine unter 1510 Fußnoten, um auf dieses schwere Fehlverhalten (172, Anm. 1250) Heckels einzugehen!

Kunze schildert in seiner Dissertation ausführlich Heckels „Arbeit für die Kriegsgefangenen“ (171ff). Aber er verschweigt, was Heinrich Grüber in seinen Erinnerungen festgehalten hat: Heckel wies die Auslandspfarrer an, „denjenigen Menschen, die infolge der Nürnberger Gesetze die Staatsbürgerschaft verloren hatten, keine Hilfe zu gewähren. Erst recht sei es verboten, Juden zu taufen.“ (H. Grüber, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln 1968, 124f.)

Die Arbeit von Kunze enthält eine Fülle von bisher nicht bekannten und veröffentlichten Daten zur Biographie von Theodor Heckel, nicht zuletzt für die Zeit vor und nach Heckels Tätigkeit als Auslandsbischof im Kirchlichen Außenamt. Die Arbeit enthält auch eine Reihe kritischer Urteile zu Heckels theologisch-politischer Position. Das ist nicht zu bestreiten. So urteilt Kunze, „dass die von Heckel zeitgenössisch wie auch in seinen Erinnerungen immer angenommene Unterscheidbarkeit von 'Volkstumstheorie' und Nationalsozialismus eine Illusion, wenn nicht sogar eine bewusste Selbsttäuschung war“ (143). An anderer Stelle heißt es: „Seine aus vielen Gründen, unter anderem aus Neigung zur Auslandsdiaspora-Arbeit und aus nationalprotestantischen Erwartungen an eine positive Entwicklung der DEK als 'Mutterkirche der Reformation', erfolgte Festlegung auf die 'offizielle' Kirche war endgültig. Offiziell durfte diese Kirche aber nur durch demonstrative Gesten des Einverständnisses mit dem nationalsozialistischen Regime sein. Es kann kein Zweifel bestehen, dass sich Theodor Heckel durch solche Gesten zunehmend in das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus verstrickte, ... auch den nationalsozialistischen totalitären, antichristlichen, universalrassistischen Unrechtsstaat stützte.“ (151-152)

Doch am Schluss der Arbeit von Kunze ist dann wieder zu lesen: „Theodor Heckel hat keinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet. Dennoch war er allein durch die Ausübung seines Amtes im Sinne der Formulierung von Kurt Meier zunehmend ein 'Störfaktor' für die ungehemmte Entfaltung des totalitären nationalsozialistischen Herrschaftsapparats“ (208).

Ich gestehe, dass mich Kunzes schwankende, z. T. widersprüchliche Beurteilungen der Rolle Heckels ebenso irritieren wie sein Verschweigen bestimmter ethisch fragwürdiger Verhaltensweisen Heckels. Am meisten aber irritiert mich der Gedanke, es könne in Zukunft noch mehr Historiker/innen bzw. Wissenschaftler/innen geben, deren Ziel einer „Historisierung“ des Nationalsozialismus und deren „Gelehrsamkeit“ letztlich zu nichts anderem führt als zu einer Verharmlosung nachweisbaren Unrechts. (Dieser Vorwurf ist gerade kein „ubiquitärer“, wie Kunze meint, sondern ein konkreter, weil nachvollziehbar an Einzelheiten der Biographie Heckels.)

Wo aber Inhumanität nicht benannt wird, werden Opfer noch einmal verraten.

*Rudolf-Ulrich Kunze,  
Theodor Heckel: 1894-1967. Eine Biographie.  
240 S., Kt DM 49,- (Konfession und Gesellschaft, Bd. 13),  
Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln 1997*

## Buchtip

### **Wolfgang Gerlach: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden**

Mit einem Vorwort von Eberhard Bethge

In einer sonst nirgendwo vorliegenden, akribisch erarbeiteten Dokumentation stellt Wolfgang Gerlach die zwölfjährige Geschichte einer zum Zeugnis verpflichteten, auch wortreich bekennenden und doch angesichts der jüdischen Leidensgeschichte in der Zeit von 1933 bis 1945 schweigenden Kirche dar, in der nur Einzelne ihre Stimme erhoben oder halfen.

#### **Pressestimmen zur ersten Auflage:**

*„Das Buch, ausgestattet mit einem umfangreichen Namens- und Ortsregister, ist für jeden unentbehrlich, der sich mit der nationalsozialistischen ‚Judenpolitik‘ befasst, und besonders für den, der sich für die Positionen der Evangelischen Kirche interessiert. Vielleicht wird auch manch eine Gemeinde sich und ihre leidige oder auch beachtliche Geschichte hier wiederfinden.“*

(Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 1987)

*„Gerlachs zusammengetragene Quellen sind peinigend - doch nur wer lernt, ist nicht verurteilt, die Geschichte zu wiederholen.“*

(Berliner Sonntagsblatt 1988)

*„Gerlach argumentiert ohne nachträgliche Besserwisserei. Darin ist er vorbildlich für eine theologisch-historische Aufarbeitung der Vergangenheit ...“*

(botschaft aktuell. Information für den Verkündigungsdienst in der evangelischen Kirche von Westfalen 1988)

2. bearb. und erg. Aufl. -, Berlin 1993, Hrsg. Inst. Kirche und Judentum, (Studien zu Kirche und Israel; Bd. 10)

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 1970, ISBN 3-923095-69-4

Die Bände 1-9 der „Studien zu Kirche und Israel“ sind unter dem Reihentitel „Studien zu jüdischem Volk und christlicher Gemeinde“ erschienen.

## Aufgespießt

### **Gelöbnis für Gartenzwerge nicht strafbar**

BERLIN, 20. März (dpa). „Wie viele Gartenzwerge charakterisieren eine Versammlung, und wann wird daraus ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz?“ Das fragte am Freitag Christian Herz von der Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ das Berliner Amtsgericht Tiergarten. Er war angeklagt, zwei Tage vor dem ersten öffentlichen Gelöbnis von Bundeswehrrekruten im Mai 1996 vor dem Schloß Charlottenburg 450 Gartenzwerge zu einer Parade aufgestellt und dadurch gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Denn seinerzeit hatte auf dem Platz ein striktes Versammlungsverbot gegolten. Einem Strafbefehl über 451 Mark, widersprach Herz. Die zwischen 27 Zentimeter und einem Meter großen Tonfiguren hatten er und seine Mitstreiter stilvoll als „Feldjägerzwerge“, „Polizeizwerge“ und „NVA“-Zwerge bemalt. Zu Gelöbnistexten aus 200 Jahren deutscher Militärgeschichte wurden die Zwerge dann vereidigt. Die echten Feldjäger standen missvergnügt daneben. Vor Gericht forderte der Angeklagte nun das gleiche Recht für Zwergenvereidigungen wie für Soldatenvereidigungen.

Der Strafverteidiger und Berliner Bundestagskandidat von Bündnis 90/Grüne, Christian Ströbele, hätte dem Amtsrichter gern anhand von sechs mitgebrachten Gartenzwergen „die besonderen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Gartenzwergen“ erläutert. Es habe sich seinerzeit um eine Eilversammlung gehandelt, die nicht der gesetzlichen Anmeldepflicht von 48 Stunden bedürfe, erläuterte er. Doch weder Staatsanwältin noch Richter zeigten Interesse an den mitgebrachten Gartenzwergen, die ein Wachtmeister vor dem Gerichtssaal hütete. Das Verfahren wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt. Vor dem Gericht stellte Herz dann ein Zwergensextett zu einer Miniparade auf. Die Tonfiguren zeigten Disziplin: Es gab keine besonderen Vorkommnisse.

*Frankfurter Rundschau vom 20.3.1999*

# IMPRESSUM

Die Zeitschrift "Verantwortung" wird im Auftrag des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V. (dbv) herausgegeben. Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionsteams bzw. des Herausgebers wieder.

Herausgeber im Auftrag des dbv/  
Redaktionsadresse

Dr. Karl Martin,  
Am Heienberg 4, 65193 Wiesbaden Sonnenberg  
Tel: (0611) 542179; Fax: 9545911  
Mail: Karl.Martin@gmx.de

Rubriken:

Franz Meyer  
Hauptstr. 34, 04703 Leisnig-Tragnitz  
Tel: (034321) 12109; Fax: 12162  
Mail: Meyer-Leisnig@t-online.de

Tagungsbeiträge:

Juliane Rau  
Am Kirchhof 4, 06193 Löbejün  
Tel: (034603) 77277

Layout:

Claudia Sievers, Martin-Niemöller-Stiftung  
Overbeckstr. 55, 65187 Wiesbaden  
Tel: (0611) 9545486; Fax: 806985  
Mail: MNiemoeSt@aol.com

Ständige MitarbeiterInnen

Willy Beppler, Eltville; Gustav Köbbemann, Mainz;  
Irmela Milch, Wiesbaden; Dr. Konrad Moll,  
Esslingen; Ingrid Schwind, Wiesbaden

Leserbriefe, Artikel und Anzeigen bitte an die  
Redaktionsadresse, wenn möglich als Word 6.0  
oder Word 97 Dokument.

Verlag Fenestra-Verlag  
Bad Harzburg; ISBN-Verlagsnummer  
3-9805071; Ersatz-Nummer 86033

Druck: Druck AG für ev. Kirchengemeinden  
Pfr.i.R. Helmut Weller  
Mainzer Straße 25a, 65185 Wiesbaden  
Tel. 0611/ 9101964 oder 0172-6120383

Bezug:

Siehe den Bestellschein auf Seite 770



Vorsitzender:

Dr. Karl Martin  
(Adr.s.linke Spalte)

Stellv. Vorsitzender:

Dipl.-Päd. Hans-Joachim Stabenau  
Nordbrooksweg 16, 26506 Norden 2  
Tel: (04931) 984901, Fax: 984902  
Mail: HJStabenau@aol.com

Kassenwart:

Uwe Kranz  
Meisenweg 18, 67346 Speyer  
Tel: (06232) 4714, Fax: 440385

Schriftführer:

Hermann Ritter  
Bettinastraße 34, 81739 München  
Tel: (089) 6019837, Fax: 6016390

Beisitzer:

Hanna-Elisabeth Fetkötter  
Porrendeich 6, 25889 Uelvesbüll  
Dr. Dieter Meßner  
Kastanienweg 1, 65207 Wiesbaden  
Franz Meyer, (Adr. s. links)  
Juliane Rau (Adr. s.links)  
Anne Stabenau  
Nordbrooksweg 16, 26506 Norden 2

Bankverbindung:

Sparkasse Speyer  
BLZ 547 500 10, Konto-Nr. 8441

Der dbv ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Spendenbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen. Die Mitgliedsbeiträge für den dbv sind wie Spenden abziehbar. Wenn Sie Kontakt aufnehmen und mitarbeiten möchten, schreiben Sie uns oder rufen Sie uns einfach an!

# ADRESSEN

## Die Autoren und Autorinnen dieser Ausgabe:

**Paul Gerhard Schoenborn**  
Dellbusch 298  
42279 Wuppertal  
Tel. 0202 / 520539 Fax 2522145

**Prof. Dr. Helmuth Kiesel**  
Universität Heidelberg /Germ.Seminar  
Hauptstr. 207-209  
69117 Heidelberg  
Tel. 06221 / 543215 Fax 543249

**Prof. Dr. Hans Mommsen**  
Possenhofener Str. 14  
82340 Feldafing  
Tel. 08157 / 92955505 Fax 922909

**Prof. Dr. Andreas Pangritz**  
Rhein-Westf. TH  
Ev. Theologie/ Syst. Theologie  
Augustinerbach 2a  
52062 Aachen  
Tel. 0241 / 80-3623 (Vorz.) 80-3558 (Pangritz)

**Dr. Walter Romberg**  
Paul-Schneider-Str. 8  
14513 Teltow  
Tel. 03328 / 474598 Fax 474598

**Pfr. Dr. Heinrich Grosse**  
Schwalbenweg 10  
30966 hemmingen  
Tel. 05101 / 4758

**Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber**  
Bachstr. 1-2  
10555 Berlin  
Tel. 030 / 39091-228 Fax

**Ulrike Holler**  
HR Hörfunk / Zeitgeschehen  
Bertramstr. 8  
60320 Frankfurt/Main  
Tel. 069 / 155-3314

**Okr Dr. Joachim Schmidt**  
EKHN / Öffentlichkeitsarbeit  
Paulusplatz 1  
64285 Darmstadt  
Tel. 06151 / 405-289 Fax 405-441

**Dr. Thomas Schöler**  
Bistum Limburg /Pers. Referent des Bischofs  
Roßmarkt 4  
65549 Limburg  
Tel. 06431 / 295-228 Fax 295-390

## Bestellschein

- Ich bitte um Zusendung eines Probeexemplars der Zeitschrift "Verantwortung" (DM 6,- zuzüglich Porto).
- Ich abonniere die Zeitschrift "Verantwortung" (Jahresabo - 2 Ausgaben - DM 16,- incl. Porto).
- Ich interessiere mich für die Arbeit des dbv und erbitte weitere Unterlagen.
- Ich bitte um Eintragung in die Liste der Freunde des dbv (Jahrespauschale DM 25,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).
- Ich trete dem dbv als Mitglied bei (Jahresbeitrag DM 50,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).
- Ich unterstütze die Arbeit des dbv mit einer Spende auf das Konto Nr. 8441 bei der Sparkasse Speyer BLZ 54750010

Name: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Ich bin mit der Abbuchung des fälligen Betrages einverstanden:

Bank: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

Ort, Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv), gegründet 1983, will der Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft dienen. Die Vereinsmitglieder sehen in dem Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers eine unverändert gültige Herausforderung zum kritischen Glauben, Denken und Handeln.

**IN** Kirche und Gesellschaft arbeitet der dbv für Enthierarchisierung und Entmilitarisierung des Denkens und der sozialen Strukturen.

**FRIEDEN**wagen ..., Kirche für andere sein..., mit diesen Themen greift der dbv Formulierungen Dietrich Bonhoeffers auf, in denen sich seine Anliegen besonders verdichten.

**SO** wie Bonhoeffer weiß sich der dbv dem Anliegen der Ökumene verpflichtet. Unter Ökumene versteht er die Gemeinschaft aller Christen.

**IN** der Konsequenz der Theologie Bonhoeffers beteiligt sich der dbv an der Weiterführung des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

**AM** Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt sich der dbv durch Herausgabe der Zeitschrift "Verantwortung", Pressemitteilungen, Resolutionen, Tagungen und Seminare.

**TAGUNGEN** und Seminare des dbv sind jederfrau und jedermann zugänglich. In diesen Dialogsituationen sehen wir Möglichkeiten, christliche Verantwortung persönlich und mit anderen zu praktizieren.

Wir laden Sie herzlich ein, sich an den aktuellen Diskussionen des dbv zu beteiligen. Sie können Mitglied bei uns werden oder sich in die Liste der Freunde des dbv eintragen lassen. Wir freuen uns über Ihr Interesse und Ihre Unterstützung unserer Anliegen.

Wenn Sie Kontakt aufnehmen und mitarbeiten möchten, schreiben Sie uns - oder rufen Sie uns einfach an!  
Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv)  
Dr. Karl Martin, Vorsitzender  
Am Heienberg 4, 65193 Wiesbaden  
Telefon (0611) 54 21 79 Fax : (0611) 9 54 59 11  
E-mail: Karl.Martin@gmx.de

*"Ich glaube, daß Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern allein auf ihn verlassen. In solchem Glauben müßte alle Angst vor der Zukunft überwunden sein."*



*Dietrich Bonhoeffer  
an der Wende zum  
Jahr 1943*

Dietrich Bonhoeffer nach  
der Rückkehr aus Amerika  
im Juli 1939 in London

**1906** Dietrich Bonhoeffer, geboren am 4. Februar 1906 in Breslau, evangelischer Theologe, Habilitation, Studentenfarrer in Berlin.

**1933** Bereits 1933 gilt er als entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. Er tritt für die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechtshandlungen ein. Als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche wird er zu einem der führenden Theologen der kirchlichen Oppositionsbewegung.

**1938** wird Bonhoeffer in die Staatsstreich-Planungen um Beck, Canaris und v. Dohnanyi eingeweiht. 1940 vom Widerstandskreis im Oberkommando der Wehrmacht als "V-Mann" der Spionage-Abwehr getarnt und mit Reise-Papieren versorgt, benutzt er seine kirchlichen Kontakte, um im Ausland politische Unterstützung für den Widerstand in Deutschland zu suchen.

**1943** wird Dietrich Bonhoeffer verhaftet und bleibt ohne Gerichtsverfahren im Wehrmacht-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Tegel inhaftiert. Hier entstehen die Briefe und Texte für das Buch "Widerstand und Ergebung".

**1945** Am 9. April wird er im KZ Flossenbürg nach einem SS-Standgerichtsverfahren hingerichtet.